

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Achter Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz
in internationalen Organisationen**

Berichtszeitraum 2021 und 2022

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-------|
| Vorwort | 4 |
| A Deutsches Personal in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen | 6 |
| 0. Tendenzen – Personalien – Herausforderungen | 6 |
| 1. Europäische Union: Deutscher Personalanteil in ausgewählten Bereichen der Europäischen Union | 11 |
| 2. Vereinte Nationen und VN-System: Deutscher Personalanteil in ausgewählten Bereichen | 18 |
| 3. Internationale Organisationen in den Bereichen Gesundheit, Welternährung und Flucht/Migration..... | 25 |
| 4. NATO: Deutscher Personalanteil in der Organisation des Nordatlantikvertrags..... | 30 |
| 5. Deutscher Personalanteil in Europarat, OECD, OSZE und weiteren multilateralen und regionalen Organisationen..... | 33 |
| B Förderung deutscher Bewerberinnen und Bewerber für internationale und europäische Institutionen | 37 |
| 1. Das Team für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt | 37 |
| 2. Gezielte Unterstützung bei EU-Bewerbungen | 38 |
| 3. Förderung der Bundesregierung für Nachwuchs bei internationalen und europäischen Institutionen | 38 |
| C Netzwerkinstrumente der internationalen Personalpolitik | 41 |
| 1. Virtuelle Konferenzformate | 41 |
| 2. Treffen hochrangiger Deutscher in internationalen Organisationen ... | 41 |
| 3. Weitere Netzwerkaktivitäten | 41 |
| D Umsetzung des Personalrahmenkonzeptes der Bundesregierung zur internationalen Personalpolitik | 43 |
| 1. Positive Umsetzungsbeispiele aus Ministerien | 43 |
| 2. Entsandte Beschäftigte (Bundes- und Landesbehörden) in internationalen und EU-Organisationen | 47 |
| E Anhang | 56 |
| Übersicht: Hochrangige Deutsche in einigen internationalen Organisationen und EU-Institutionen..... | 59 |
| Abkürzungsverzeichnis | 65 |

Informationskästen:

| | |
|---|-----------|
| <i>Der institutionelle Rahmen für die internationale Personalpolitik.....</i> | <i>5</i> |
| <i>Angemessene personelle Präsenz – Wann ist das der Fall?</i> | <i>5</i> |
| <i>Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)</i> | <i>17</i> |
| <i>Geografische Diversität in den Vereinten Nationen</i> | <i>18</i> |
| <i>Reform des VN-Entwicklungssystems</i> | <i>19</i> |
| <i>BFIO – Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen</i> | <i>37</i> |

Vorwort

Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die COVID-Pandemie der letzten Jahre. Die historische Herausforderung des Klimawandels. Die Erweiterung und Reform der Europäischen Union. Diese einschneidenden Entwicklungen führen uns unabweislich vor Augen, dass wir vor gewaltigen internationalen Aufgaben stehen, die wir nur gemeinsam mit Partnern bewältigen können.

Unser global vernetztes Land ist in besonderer Weise angewiesen auf eine internationale Ordnung, die auf den Regeln der Charta der Vereinten Nationen, auf dem Völkerrecht und universellen Menschenrechten gründet. Es ist angewiesen auf internationale Vertragswerke und Organisationen, die imstande sind, die Herausforderungen der Gegenwart auf Grundlage fester Prinzipien wirkungsvoll anzugehen. Es ist angewiesen darauf, dass wir dabei auf starke Partnerschaften bauen können, in der Europäischen Union, im transatlantischen Bündnis, aber auch weit darüber hinaus in den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen.

Im September 2023 jährt sich zum 50. Mal der deutsche Beitritt zu den Vereinten Nationen. Mehr denn je hat Deutschland heute Interesse daran, eben diese internationale Friedensordnung zu bewahren, zu stärken und weiterzuentwickeln, für die diese Vereinten Nationen stehen. Dieser Verantwortung stellt sich die Bundesregierung: Indem sie diplomatische Führungsarbeit in Verhandlungen zu Klimaabkommen, Pandemieabkommen und in anderen bedeutenden Verhandlungsprozessen leistet. Indem sie sich mit deutschen Soldatinnen und Soldaten an internationalen Friedenseinsätzen beteiligt. Indem sie einen beträchtlichen Teil der Haushalte von Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen bestreitet.

Ein wichtiger Teil dieses Engagements ist, dass Deutschland exzellente Expertinnen und Experten in internationale Organisationen entsendet. Die Bundesregierung betrachtet das als einen unverzichtbaren Beitrag dazu, die internationale Ordnung zu stärken. Diesen Beitrag leistet sie auch im wohlverstandenen eigenen Interesse. Die Europäische Union und die Vereinten Nationen stehen dabei besonders im Fokus. Insgesamt tragen Deutsche Verantwortung in knapp 300 internationalen Organisationen.

Dieser achte Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen dokumentiert aktuelle Entwicklungen im Zeitraum von 2021 bis 2022.¹ Damit entspricht die Bundesregierung der zweijährigen Berichtspflicht aus der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 21. Februar 2008 „Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken“.²

Zum Stichtag dieses Berichtes wurden bedeutende internationale Organisationen und europäische Institutionen von Deutschen geleitet: die EU-Kommission (Dr. Ursula von der Leyen), das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments (Klaus Welle, bis 31.12.2022), die Europäische Investitionsbank (Dr. Werner Hoyer), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP, Achim Steiner), die Internationale Hydrographische Organisation (Dr. Mathias Jonas), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, Helga Maria Schmid), die Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF, Wolfgang Küpper), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO, Dr. Gerd Müller) und die Weltorganisation für Meteorologie (WMO, Prof. Dr. Gerhard Adrian).

Diese Erfolge dürfen nicht über beträchtliche Herausforderungen für deutsche Kandidaturen hinwegtäuschen, die anstehen. Erstens drängen Schwellen- und Entwicklungsländer auf stärkere Repräsentation in den Vereinten Nationen. Zweitens bieten sich deutschen Fach- und Führungskräften auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt sehr gute Perspektiven; es bleibt eine wichtige Aufgabe, den Wechsel in eine internationale Organisation attraktiv zu machen. Drittens wird in den kommenden Jahren die Zahl der Pensionierungen deutscher Beschäftigter in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen signifikant steigen.

Angesichts dieser Herausforderungen hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, strategisch wichtige Positionen in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen mit Deutschen zu besetzen, quantitativ mindestens die Anteile zu halten und den Ein- und Aufstieg von jungen Fach- und Führungskräften zu fördern.

¹ Die statistischen Angaben in diesem Bericht beziehen sich grundsätzlich auf den Stichtag 31.12.2022. Abweichungen, die sich aus der Datenverfügbarkeit ergeben, sind gesondert ausgewiesen. Der Bericht berücksichtigt aus Kapazitätsgründen primär Positionen, die weitgehend Stellen im höheren Dienst nach deutschem Beamtenrecht entsprechen. Erfahrungsgemäß sind beim übrigen Personal regelmäßig die jeweiligen Sitzstaaten überrepräsentiert, was auch für die internationalen Organisationen am Dienstsitz Bonn oder Berlin gilt.

² Vgl. BT-Drucksache Nr. 16/7938 (Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses) und BT-Drucksache Nr. 16/6602 (neu) (Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD).

Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien zudem vereinbart, „mehr Frauen in internationale Führungspositionen (zu) entsenden“³.

Bei dieser Arbeit legt die Bundesregierung das Verständnis zugrunde, dass sie hier ein wichtiges Stück deutscher Außenpolitik unter dem Vorzeichen der Zeitenwende leistet.

Der institutionelle Rahmen für die internationale Personalpolitik

Fragen der internationalen Personalpolitik und deutsche Bewerbungen für internationale Spitzenpositionen werden seit 1999 in der regelmäßig tagenden Staatssekretärsrunde „Deutsches Personal in Internationalen Organisationen und Europäischen Institutionen“⁴ unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramts im Ressortkreis erörtert. Seit Herbst 2020 wird diese Runde durch eine interministerielle Besprechung auf Abteilungsleitungs-Ebene operativ vorbereitet.

Im Jahr 2000 wurde im Auswärtigen Amt die Stelle der Koordinatorin/des Koordinators für internationale Personalpolitik eingerichtet, die/der seither mithilft, die Interessen und Aktivitäten der Ressorts in der internationalen Personalpolitik zu bündeln. Im Rahmen der quartalsweise tagenden interministeriellen Runde „Internationale Personalpolitik“ tauschen die Ressorts auf Arbeitsebene Informationen und Erfahrungen aus. An dieser Runde nehmen auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer, des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) und des Büros Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) teil. Es werden u.a. Vakanzen, Bewerbungen und Entwicklungen bei den Rahmenbedingungen und künftige Prioritäten abgestimmt.

Angemessene personelle Präsenz – wann ist das der Fall?

Auf die Frage, wann ein Land als personell angemessen präsent gilt, geben die internationalen Organisationen unterschiedliche Antworten. Einige internationale Organisationen, wie z.B. die Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), haben den jeweils angemessenen quantitativen Personalanteil für ihre Mitgliedstaaten in einem sogenannten Personalkorridor abgesteckt. In die Berechnung fließen neben dem Pflichtbeitragsanteil⁵ weitere gewichtende Faktoren ein, wie z.B. die Bevölkerungszahl oder die Form der Mitgliedschaft. Im VN-Sekretariat ist Deutschland nach dem hier anzuwendenden System der „desirable ranges“ z.B. angemessen vertreten.⁶ Die EU-Kommission arbeitet seit dem Brexit mit einem Richtwert für Deutschland von 13,8 Prozent. Die NATO hingegen gibt an, im zivilen Bereich ausschließlich nach dem Prinzip der Bestenauslese zu rekrutieren. Darüber hinaus gibt es auch sogenannte Quota-Agenturen wie z.B. einige der NATO-Agenturen, bei denen die einzelnen Posten jeweils einem Mitgliedstaat zur Personalbesetzung fest zugeordnet sind.

Die Bundesregierung achtet auf ein angemessenes Verhältnis zwischen finanziellem Engagement und personeller Präsenz in Quantität und Qualität. Der deutsche Anteil am Budget einer internationalen Organisation gibt eine Orientierung, kann aber nicht der alleinige Maßstab für eine angemessene deutsche Personalpräsenz sein. Eine rein am Budgetanteil ansetzende Betrachtung würde auch außer Acht lassen, dass Deutschland ein fundamentales Interesse daran hat, dass auch die weniger finanzstarken Mitgliedsstaaten sich aktiv in den Organisationen engagieren und zu ihrem Erfolg beitragen. Dies wird eher der Fall sein, wenn die Vertretungsinteressen dieser Staaten auch beachtet werden und sich ihre personelle Präsenz nicht alleine nach ihrem Budgetanteil richtet.

³ Vgl. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021 <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf> (S.144).

⁴ Seit Mitte 2020 Konzentration in dieser Runde vor allem auf Positionen in internationalen Organisationen; Personal in europäischen Institutionen soll primär in EU-spezifischen Gremien auf unterschiedlicher Ebene behandelt werden.

⁵ In der Regel wird hier der reguläre Pflichtbeitrag herangezogen, nicht die freiwilligen Beiträge.

⁶ Nach dem System der „desirable ranges“, das ca. 3.800 sog. geografische Positionen betrachtet, stünden Deutschland 117-158 (Stand 28.02.2023) Stellen zur Verfügung. Mit 139 Stellen ist Deutschland damit angemessen vertreten („within range“).

A Deutsches Personal in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen

0. Tendenzen – Personalien – Herausforderungen

Im Berichtszeitraum waren mehr als 8.000 Deutsche⁷ in knapp 300 internationalen Organisationen und europäischen Institutionen, in denen Deutschland Mitglied ist, beschäftigt. Im Jahr 2011 waren es schätzungsweise 6.700. Der relative Anteil der Deutschen an der Gesamtzahl der Beschäftigten bleibt jedoch unverändert, da auch die Zahl der Beschäftigten dieser Organisationen insgesamt gestiegen ist.

In zahlreichen internationalen Organisationen und europäischen Institutionen befinden sich Deutsche in der Leitungsebene bzw. sie werden von Deutschen geleitet. Eine umfassende Übersicht hochrangiger Deutscher findet sich in der Anlage (Teil E).

Zum Stichtag dieses Berichtes wurden bedeutende internationale Organisationen bzw. europäische Institutionen von Deutschen geleitet; das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments (Klaus Welle, bis 31.12.2022), die EU-Kommission (Dr. Ursula von der Leyen), die Europäische Investitionsbank (Dr. Werner Hoyer), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP, Achim Steiner), die Internationale Hydrographische Organisation (Dr. Mathias Jonas), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, Helga Maria Schmid), die zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF, Wolfgang Küpper), die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO, Dr. Gerd Müller) und die Weltorganisation für Meteorologie WMO (Prof. Dr. Gerhard Adrian).

Seit dem letzten Bericht haben 2021 und 2022 folgende Deutsche Führungsverantwortung in internationalen Organisationen übernommen (chronologisch absteigend):⁸

- Renate Nikolay ist seit Dezember 2022 stv. Generaldirektorin der EU-Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien (GD CNCT).
- Dr. Andreas Schwarz wurde im Dezember 2022 zum stv. Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) ernannt.
- Dr. Dietmar Pilz wurde im Dezember 2022 zum Direktor für Technologie, Technik und Qualität in der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und Leiter des Europäischen Weltraumforschungs- und Technologiezentrum (ESTEC) ernannt (Dienstantritt Mai 2023).
- Generalmajor Ulf Häussler ist seit November 2022 Direktor der „Operations and Planning Division“ des Internationalen Militärstabs der NATO (IMS).
- Kilian Wahl ist seit November 2022 Leiter der OSZE-Mission in Skopje.
- Prof. Ralph Ossa wurde im Oktober 2022 zum Chefvolkswirt der Welthandelsorganisation (WTO) bestimmt.
- Dr. Nils Behrndt ist seit Oktober 2022 stv. Generaldirektor der EU-Generaldirektion Justiz und Verbraucher (GD JUST).
- Christine Stegling wurde im Oktober 2022 zur Stellvertretenden Exekutivdirektorin bei dem Gemeinsamen Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS (UNAIDS) ernannt.
- Dr. Benedikta von Seherr-Thoß ist seit Oktober 2022 Abteilungsleiterin für GSVP und Krisenreaktion im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).
- Susanne Kuehn ist seit Oktober 2022 die Leiterin des „Ethics Office“ im Globalen Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM).
- Gunther Beger ist seit Oktober 2022 Abteilungsleiter und stv. Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO).
- Generalmajor Werner Albl ist seit September 2022 der stv. Direktor und „Chief of Staff“ des Militärischen Planungs- und Durchführungsstabes (MPCC) der EU.
- Dr. Uwe Koch ist seit September 2022 Stellvertretender Generalmanager der NATO Eurofighter and Tornado Development, Production & Logistics Management Agency (NETMA).

⁷ Die Ermittlung der exakten Gesamtzahl Deutscher in IO/EU ist äußerst schwierig. Deutschland ist Mitglied in insgesamt knapp 300 internationalen und europäischen Organisationen; in diesem Bericht werden knapp 60 abgebildet. Die Datenerhebung der internationalen Organisationen ist zudem uneinheitlich und erschwert die Vergleichbarkeit.

⁸ Ohne Agenturen und Institute Details s. Tabelle im Anhang.

- Johannes Böhmer ist seit August 2022 Vize-Gouverneur der Entwicklungsbank des Europarates (CEB).
- Christine Klein ist seit Juli 2022 Leiterin der Abteilung Industriepolitik und Audit in der Europäischen Weltraumorganisation (ESA).
- Dr. Gisela Süß ist seit Juni 2022 Leiterin der Rechtsabteilung in der Europäischen Weltraumorganisation (ESA).
- Markus Potzel wurde im Juni 2022 zum Stellvertretenden politischen Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs für die Unterstütsungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) ernannt.
- Prof. Dr. Clemens Ladenburger ist seit März 2022 Hauptrechtsberater im Juristischen Dienst der Europäischen Kommission im Rang eines Stellvertretenden Generaldirektors.
- Christian Mumssen ist seit Februar 2022 „Chief of Staff“ beim Internationalen Währungsfonds (IWF).
- Thomas Westphal ist seit Januar 2022 Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen (GD ECOFIN) im Generalsekretariat des Rats der EU.
- Daniela Krosiak ist seit Januar 2022 Stellvertretende politische Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für die Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA).
- Frank Hagemann leitet seit November 2021 die Abteilung „Official Meetings, Documents & Relations“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).
- Dr. Martin Frick übernahm im November 2021 die Leitung des Büros des Welternährungsprogramms (WFP) in Berlin mit Zuständigkeit für Deutschland, Österreich, Liechtenstein.
- Mechthild Wörsdörfer ist seit Oktober 2021 stv. Generaldirektorin der EU-Generaldirektion Energie (GD ENER).
- Christian Ritscher leitet seit Oktober 2021 das Ermittlungsteam der Vereinten Nationen zu Verbrechen des „Islamischen Staates“ im Irak und der Levante/Daesh (UNITAD).
- Seit September 2021 hat Dr. Ludger Schuknecht das Amt des Generalsekretärs sowie einen der fünf Vizepräsidenten-Posten der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) inne.
- BM a.D. Dr. Gerd Müller wurde im Juli 2021 zum neuen Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) gewählt und ist seit 10. Dezember 2021 im Amt.
- Dr. Annette Weber ist seit Juli 2021 EU-Sonderbeauftragte für das Horn von Afrika.
- Michael Siebert ist seit Mai 2021 Abteilungsleiter für Osteuropa und Zentralasien im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).
- Achim Steiner wurde im April 2021 als Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) bis 2025 bestätigt.
- Michael Leutert ist seit April 2021 Leiter des UNDP Repräsentationsbüros in Deutschland.
- Alexandra Jour-Schröder ist seit März 2021 Stellvertretende Generaldirektorin der EU-Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (GD FISMA).
- Dr. Catharina Böhme ist seit März 2021 Kabinettschefin im Range einer Beigeordneten Generaldirektorin bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO).
- Hui C. Yang ist seit März 2021 als „Head of Supply Operations im Management Executive Committee“ des Globalen Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) vertreten.
- Prof. Dr. Robin Geiss wurde im Februar 2021 zum Direktor des VN-Instituts für Abrüstungsforschung (UNIDIR) ernannt, Amtsantritt war im April 2021.
- Prof. Dr. Georg Nolte ist seit Februar 2021 Richter am Internationalen Gerichtshof (ICJ).
- Prof. Dr. Volker Perthes ist seit Januar 2021 Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs und Leiter der neuen VN-Unterstützungsmission für Sudan (UNITAMS).
- Antje Pittelkau ist seit Januar 2021 Leiterin der Mission EUCAP Sahel Niger.

Zudem werden seit Herbst 2022 im Europäischen Auswärtigen Dienst 16 der 141 EU-Delegationen von Deutschen geleitet.

In der Breite variieren der Anteil deutscher Fach- und Führungskräfte und der Frauenanteil in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen sehr stark: Eine (quantitativ) angemessene bis gute deutsche Präsenz gibt es bei zivilem Personal zum Beispiel im VN-Sekretariat, bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Außerhalb des VN-Systems gilt dies u.a. für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die Organisation für Wirtschaft und Entwicklung (OECD), für die Asiatische Infrastruktur- und Investitionsbank (AIIB), im Management der Europäischen Kommission, Europäischen Zentralbank und Europäischen Investitionsbank (EIB) und beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Bei einigen dieser Organisationen bleibt dennoch Nachholbedarf im Führungsbereich. Sowohl quantitativ als auch qualitativ gut vertreten ist Deutschland z.B. bei der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), beim Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und bei der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD). In anderen internationalen Organisationen ist der Anteil der Fach- und Führungskräfte noch nicht zufriedenstellend, u.a. UNHCR und IAEO. Das gilt auch für den EU-Bereich: Deutschland ist im Non-Management der Europäischen Kommission, im Generalsekretariat des Rats, in der Verwaltung des Europäischen Parlaments, im Europäischen Auswärtigen Dienst sowie bei den EU-Agenturen signifikant unterrepräsentiert. Das gilt besonders für die dienstjüngeren Bediensteten, d.h. für die Besoldungsgruppen AD 5 bis AD 8 (vergleichbar A13 bis A14 im höheren Dienst).

Die Bundesregierung setzt sich durch gezielte Maßnahmen für eine Festigung und Steigerung des deutschen Personalanteils unter besonderem Ziel der Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen ein. Ein wichtiger Baustein dafür bleibt die Nachwuchsförderung. Eines der zentralen langfristigen Instrumente deutscher Personalpolitik in den Vereinten Nationen ist das „Junior Professional Officer-Programm“ (Programm für Juniorfachkräfte, JPO). Eine besondere Herausforderung im Berichtszeitraum stellte die Covid-19-Pandemie dar, welche die Integration vieler neu eingestellter JPOs an den Einsatzorten erschwerte. Der Frauenanteil im JPO-Programm liegt bei 65,6 Prozent und bestätigt einen langjährigen Trend. Die Übernahmequoten in die internationalen Organisationen für eine erste weitere Verwendung lagen zuletzt bei rund 75 Prozent. Dies belegt die hohe Qualität der deutschen JPO-Nachwuchskräfte und bestätigt den konzeptionellen Ansatz der Bundesregierung.

Im EU-Bereich gilt dies gleichermaßen. Das Auswärtige Amt wirbt in Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner Europäische Bewegung Deutschlands (EBD) unter Studierenden mithilfe der sog. „Careers Ambassadors“ für EU-Karrieren und unterstützt deutsche Bewerberinnen und Bewerber mittels Coaching-Veranstaltungen bei der Vorbereitung auf die EU-Auswahlwettbewerbe.

Herausforderungen

Es bleibt das Ziel der Bundesregierung, strategisch wichtige Positionen in internationalen Organisationen mit Deutschen zu besetzen, quantitativ mindestens die Anteile zu halten, „mehr Frauen in internationale Führungspositionen (zu) entsenden“⁹ und gleichzeitig den Einstieg und Aufstieg von jungen Fach- und Führungskräften in diesen Organisationen zu fördern. Die Erhöhung des deutschen Personalanteils im mittleren und gehobenen Leitungsbereich (im VN-System von Ebene P4 bis Direktorenebene) gestaltet sich besonders schwierig.

Für den EU-Bereich stellt sich besonders die Herausforderung einer deutlich zu geringen Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern für die EU-Auswahlverfahren, was auf deren Länge und Komplexität sowie die guten Arbeitsmarktbedingungen in Deutschland zurückzuführen sein dürfte.

Die Staatssekretärsrunde „Deutsches Personal in Internationalen Organisationen“ unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramts, Bundesminister Wolfgang Schmidt, hat im Mai 2022 erneut die Bedeutung einer aktiven Personalpolitik in und für die internationalen Organisationen bekräftigt. Es bestand Einvernehmen, dass bei der Stärkung der deutschen Personalpräsenz Bereiche, in denen Deutschland besonders engagiert ist wie Humanitäre Hilfe, Welternährung, Klima, Flucht- und Migrationsfragen und globale Gesundheitspolitik im Fokus stehen. Zusätzlich sollen wichtige Querschnittsthemen wie Genderfragen, Cyberpolitik und „Accountability“ besondere Beachtung finden. Die Bundesregierung wirbt nachdrücklich dafür, dass sich das gewachsene finanzielle Engagement mittelfristig angemessen in der Personalpräsenz widerspiegeln sollte. Dafür nutzt die Bundesregierung regelmäßige, hochrangige Gespräche mit den Leitungen der Organisationen ebenso wie die inzwischen etablierten strategischen Dialoge sowie Treffen mit deutschen Beschäftigten bei Delegationsreisen. Auf der Seite der Bewerberinnen und Bewerber wirbt die Bundesregierung mit gezielten Maßnahmen, so z.B. der jährlichen Karriere-

⁹ Vgl. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP 2021 <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/9744-30/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf> (S.144).

messe und mit Sonderveranstaltungen wie der gut besuchten Informationsveranstaltung im Februar 2021 bei Mitarbeitenden humanitärer Organisationen für eine Tätigkeit bei UNOCHA oder im April 2022 bei einer breit beworbenen Informationsveranstaltung zu internationalen Karrieren in der globalen Gesundheit gemeinsam mit GFATM, GAVI und WHO. Für die bereits in der Organisation tätigen Beschäftigten bietet die Bundesregierung auf den verschiedenen Ebenen der Karriere einen engen Austausch zu internen und externen Entwicklungsmöglichkeiten an.

Die Bundesregierung steht hier aktuell vor besonderen systemischen bzw. organisationsspezifischen Herausforderungen:

- Die Schwellen- und Entwicklungsländer drängen aktiv auf angemessene Repräsentation in den VN-Organisationen und werden hierbei ausdrücklich vom VN-Generalsekretär unterstützt, der für eine ausgewogene geografische Verteilung und Geschlechterparität eintritt. Faktisch überwiegen heute allerdings weiter die Ernennungen von Staatsangehörigen der Westlichen Gruppe (WEOG)¹⁰. Die Tatsache, dass die WEOG-Region insgesamt als deutlich überrepräsentiert wahrgenommen wird, erschwert einen Ausbau des deutschen Anteils.
- Deutschen Fach- und Führungskräften bieten sich auch auf dem nationalen Arbeitsmarkt sehr gute Perspektiven bei einer niedrigen Arbeitslosenquote für Hochqualifizierte. Gleiches gilt für Tätigkeiten im internationalen privatwirtschaftlichen Sektor. Es bleibt daher eine große Herausforderung, dafür zu sorgen, dass das Interesse an Karrieren in internationalen Organisationen nicht stagniert, insbesondere wenn die dortigen Rahmenbedingungen zunehmend weniger attraktiv erscheinen (aufwendige Auswahlverfahren, kurze Laufzeit der Verträge, Unsicherheit hinsichtlich Anschlussverwendung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, örtliche Gegebenheiten).
- In den kommenden Jahren wird die Zahl der Pensionierungen deutscher Beschäftigter in internationalen Organisationen und den EU-Institutionen signifikant steigen. Gleichzeitig ist angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland ein weiterer Rückgang bei den Bewerberzahlen zu befürchten. Dieser Hintergrund erschwert den Erfolg von Maßnahmen zum Erhalt bzw. der Steigerung des deutschen Personalanteils.

Zielmarke Geschlechterparität in internationalen Organisationen

Die Geschlechterparität bei der Stellenbesetzung bleibt eine wichtige Zielgröße für die internationalen Organisationen. Dies eröffnet gute Perspektiven für Bewerbungen weiblicher Fach- und Führungskräfte. Die Chancen, deutsches Personal in Schlüsselpositionen zu platzieren, steigen, je mehr hochqualifizierte deutsche Frauen sich für entsprechende Positionen bewerben und nominiert werden können. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühungen. Der Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode sieht vor „mehr Frauen in internationale Führungspositionen (zu) entsenden“. Im Nachwuchsbereich liegt bei den deutschen JPOs der Anteil der erfolgreichen Bewerberinnen bereits seit einigen Jahren deutlich über 60 Prozent. Auch im VN-Sekretariat liegt der Frauenanteil deutscher Beschäftigter des vergleichbaren höheren Dienstes mit 58,12 Prozent deutlich über dem VN-Durchschnitt von 47,65 Prozent.

„Gender parity in our personnel is a vital step towards gender equality in our work. Five years into the System-Wide Strategy on Gender Parity, we have come a long way. We reached gender parity among our senior leadership and our Resident Coordinators. The Secretariat as a whole is forecast to be close to parity in professional staff in 2025 – three years before the deadline – but the obstacles are more difficult to surmount in the missions. Our efforts will now prioritize areas where progress has been slow. I hope Member States will understand the need for change, and will support us in adapting our rules to facilitate our movement towards gender parity.“

VN-Generalsekretär António Guterres

VN-Generalsekretär António Guterres hat seit seinem Amtsantritt darauf gedrängt, die Ziele einer ausgeglichenen regionalen Verteilung und Geschlechterparität bei der Stellenbesetzung in den VN mit konkreten Schritten zu erreichen. Es wurde eine systemweite Strategie für Geschlechterparität („United Nations System-wide Gender

¹⁰ „Western European and Others Group“ (WEOG): Regionale Gruppe der UN, die 28 Staaten aus Europa, Nordamerika, Asien und Ozeanien umfasst.

Parity Strategy“)¹¹ abgestimmt mit drei Zielmarken: (a) 2021 Geschlechterparität auf der oberen Führungsebene, (b) 2026 Geschlechterparität im VN-System insgesamt (c) bis 2028 Geschlechterparität auch in den Organisationen, die heute einen besonders geringen Frauenanteil aufweisen. Nachdem zunächst Parität in der „Senior Management Group“¹² und unter den „Resident Coordinators“ erreicht wurde, bestätigte das VN-Sekretariat das Erreichen von Parität unter den in Vollzeit tätigen „Under-Secretary-Generals“ und „Assistant Secretary-Generals“ (erstmals im Januar 2020) sowie 2021 auch im Senior Management von Feldmissionen. Bezüglich Zielmarke (b) bestätigen die Zahlen der Vorjahre ebenfalls einen positiven Trend.¹³ In Friedensmissionen und „Special Political Missions“ liegt der Frauenanteil jedoch weiter auf deutlich niedrigerem Niveau (31.12.2021: 24,3 Prozent) und eine Zielerreichung bis 2028 scheint hier fraglich.

„Diversity is not only a matter of fairness. It also drives growth and innovation. The business case for having more women in leadership is clear. After ten years, since the European Commission proposed this directive, it is high time we break the glass ceiling. There are plenty of women qualified for top jobs: they should be able to get them.“¹⁴

EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen

Die Präsidentin der **Europäischen Kommission** hat das Ziel vorgegeben, bis zu ihrem Mandatsende Geschlechterparität auf allen Führungsebenen zu erreichen.

Zum Stichtag des Berichts lag der Frauenanteil im KOM-Management bei 46,5 Prozent, zu Mandatsbeginn waren es 40,5 Prozent. Im höheren Management war ein Sprung von 36,6 auf 43,6 Prozent zu verzeichnen, im mittleren Management von 41,5 auf 47,2 Prozent. Unter den deutschen Beschäftigten dieser Ebenen beträgt der Frauenanteil dagegen nur knapp 40 Prozent.

Gemäß der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025¹⁵ hat sich die Kommission quantitative Ziele für die Ernennung von Frauen gesetzt und ein Programm zur Entwicklung von Führungskompetenzen für Frauen ins Leben gerufen. Ausgewählte Frauen unterhalb der Referatsleitungsebene werden u.a. durch Mentoring, Coaching, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote für ihren nächsten Karriereschritt unterstützt. Bis Mandatsende soll die neu geschaffene Zusatzfunktion der stellvertretenden Direktorin/des stellvertretenden Direktors in allen Generaldirektionen der Kommission paritätisch besetzt werden. So sollen vermehrt Frauen Managementenerfahrungen sammeln und sich für den weiteren Aufstieg qualifizieren können.

Auch der **Europäische Auswärtige Dienst (EAD)** strebt mehr Geschlechterparität an und zielt darauf, bis 2024 50 Prozent aller Posten im EAD-Management und Non-Management mit Frauen zu besetzen. Im Dezember 2022 lag der Anteil von Frauen unter den AD-Beschäftigten im EAD (vergleichbarer höherer Dienst) bei 36,6 Prozent (2019: 34,8 Prozent). 31 Prozent der EU-Delegationsleitungen waren weiblich (2019: 27,7 Prozent), der Anteil von Frauen im höheren Management lag bei 34 Prozent (2019: 26 Prozent) und der Anteil von Frauen im mittleren Management bei 38 Prozent (2019: 31,3 Prozent). Unter den Deutschen im höheren Management des EAD lag der Frauenanteil bei 33 Prozent, unter den Deutschen im mittleren Management bei 29 Prozent. In der Verwaltung des **Europäischen Parlaments (EP)** liegt der Anteil von weiblichen Beschäftigten in Führungspositionen zum Stichtag bei 44 Prozent mit nur auf Direktorebene mehr Frauen (31) als Männer (30). Im Top-Management ist bei zwei deutschen Beschäftigten keine Frau vertreten, auf Direktorinnen- und Direktoren-Ebene beträgt der Frauenanteil unter den Deutschen 64 Prozent, auf Referatsleitungsebene 35 Prozent.

¹¹ <https://reform.un.org/content/gender-parity-strategy>.

¹² <https://www.un.org/sg/en/content/senior-management-group>; zum 07.02.2023 lag der Frauenanteil dort bei 60 Prozent.

¹³ Der Frauenanteil im Bereich des höheren Dienstes und „Field Services“ des VN-Sekretariats stieg bis Ende 2021 insgesamt auf 42,2 Prozent (2017: 38,2 Prozent; 2020: 40,9 Prozent).

Im VN-System insgesamt waren Ende 2021 55.118 Frauen beschäftigt (45,98 Prozent). Von insgesamt 43.189 „International Staff“ waren 20.456 (47,36 Prozent) weiblich (https://unsceb.org/sites/default/files/2022-08/CEB_Personnel_Statistics_2022.pdf).

¹⁴ Dr. Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, am 7. Juni 2022, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_22_3478.

¹⁵ Mitteilung der Kommission vom 05.03.2020, COM (2020) 152 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0152&qid=1613725173759>.

„There is strength in diversity. [...] I am convinced that advancing this agenda will make NATO even stronger and fit for the future.“¹⁶

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg

Die **NATO** sieht sich in der Verpflichtung, eine ausgewogene geschlechter- und altersspezifische wie auch geografische Diversität innerhalb des zivilen Personals zu erreichen. Der Anteil von weiblichen Beschäftigten im Internationalen Stab hat sich im Berichtszeitraum weiterhin positiv entwickelt und liegt bei 44,6 Prozent (davon 36,8 Prozent im vergleichbaren gehobenen und höheren Dienst). Die Zahl der Bewerberinnen hat sich weiter kontinuierlich erhöht und lag 2022 bei 44 Prozent (2021: 42 Prozent). Die Umsetzung der Ziele wird regelmäßig im „Annual Diversity and Inclusion Report“ dokumentiert, zuletzt für das Jahr 2021.

„Change can happen, and as long as we don’t give up, it will happen. We must continue to lead by example and support women to take their seats at the table so we can build a more equitable, prosperous and secure society for us all.“¹⁷

OSZE-Generalsekretärin Helga Maria Schmid

Die **OSZE** hat bereits 2004 einen Aktionsplan mit spezifischen Strategien und Maßnahmen zur Gleichstellung verabschiedet, der u.a. den Rahmen für das Sekretariat, die Institutionen und die Feldmissionen setzt. Erstmals hat die OSZE mit dem im Dezember 2020 eingesetzten Beschluss zum Spitzenpersonal eine geschlechtergerechte Besetzung bei den vier Spitzenpositionen erreicht. Als erste Frau in der OSZE-Geschichte leitet die Deutsche Helga Maria Schmid die Organisation. Deutschland unterstützt die OSZE bei ihrem Vorhaben, eine gleiche Anzahl von Männern und Frauen zu beschäftigen. 46 Prozent des internationalen Personals sind Frauen, zum Stichtag des Berichts dabei je 21 Frauen und Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit.

1. Europäische Union: Deutscher Personalanteil in ausgewählten Bereichen der Europäischen Union

Personalpolitisch besonders relevante EU-Organe sind die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union. Der Europäische Auswärtige Dienst, dessen Personal sich im vergleichbaren höheren Dienst zu mindestens einem Drittel aus Diplomatinnen und Diplomaten aus den Mitgliedstaaten zusammensetzen soll, sowie einige ausgewählte EU-Agenturen sind personalpolitisch ebenfalls von besonderem Interesse. Außerdem behandelt dieser Abschnitt EU-Finanzorganisationen und EU-Missionen.

1.1 Europäische Kommission

In der Europäischen Kommission sind (Stand 01.10.2022) 30.126 Personen beschäftigt (Beamtinnen und Beamte, Zeit- und Vertragsbedienstete, ohne Lokalbeschäftigte), davon 2.012 Deutsche (6,7 Prozent). Bei den 14.286 Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst der EU (EU-Bezeichnung: Administratorinnen bzw. Administratoren, „AD“) stellt Deutschland die drittgrößte Gruppe (1.350) nach Italien (1.720) und Frankreich (1.467), gefolgt von Belgien (1.290) und Spanien (1.190). Der deutsche Anteil in dieser Gruppe ist im Berichtszeitraum leicht gesunken und liegt bei knapp 9,45 Prozent. Von den 1.350 deutschen AD-Beschäftigten waren 504 Frauen, womit der Frauenanteil damit unverändert bei 37,3 Prozent liegt und unter dem Kommissions-Durchschnitt von 46,7 Prozent bleibt.

Deutschland ist, wie auch die Tschechische Republik, Dänemark, Zypern, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Schweden, unter den unbefristeten AD-Beamten im Non-Management (AD 5-12) signifikant unterrepräsentiert. Deutschland stellt nur 9,8 Prozent statt 13,8 Prozent dieser Beschäftigtengruppe, im Einstiegsbereich (AD 5-8) nur 7,9 Prozent. Andere große Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien sind im Non-Management überrepräsentiert. Frankreich ist hier mittlerweile mit 10,9 Prozent statt 11,6 Prozent nur noch leicht unterrepräsentiert.

Das Thema der geografischen Ausgewogenheit des EU-Personals hat im Berichtszeitraum zunehmend politische Aufmerksamkeit erlangt. Gemeinsam mit anderen betroffenen Mitgliedstaaten setzt sich die Bundesregierung u.a. gegenüber der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament intensiv für eine Behebung

¹⁶ Jens Stoltenberg, NATO-Generalsekretär in seiner Rede bei dem Digital Dialogue on the Future of Women, Peace and Security at NATO am 15.10.2020, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_178808.htm.

¹⁷ Helga Schmid, OSZE-Generalsekretärin, in Blog vom 8.3.2021; <https://www.osce.org/blog/why-we-need-women-in-security>

der Ungleichgewichte ein. In der Strategie der Europäischen Kommission zu Humanressourcen vom April 2022 heißt es, die geografische Ausgewogenheit aller Beschäftigter werde auf Grundlage der Entwicklung von Aktionsplänen, die die Besonderheiten jedes Mitgliedsstaats berücksichtigen, gestärkt. Die Europäische Kommission erarbeitet aktuell in enger Abstimmung mit der Bundesregierung den Aktionsplan für Deutschland. Außerdem bereitet sie sog. allgemeine Durchführungsbestimmungen auf Grundlage von Art. 27 EU-Beamtenstatut vor, die Voraussetzung für die Durchführung von Korrekturmaßnahmen bei geografischen Ungleichgewichten wären, ggfs. auch national geschlossene Auswahlverfahren als ultima ratio. So hat das Europäische Parlament Ende 2022 beschlossen, für die in seiner Verwaltung besonders signifikant unterrepräsentierten Mitgliedsstaaten Luxemburg, Niederlande, Österreich und Zypern geschlossene Auswahlverfahren durchzuführen.

Ende 2022 ist der Aspekt einer statistischen Bestandsaufnahme in den Vordergrund gerückt: Aufbauend auf den von der Europäischen Kommission 2018 entwickelten Richtwerten zur Ausgewogenheit der Repräsentanz der Mitgliedstaaten im Personalkörper der EU haben die Europäische Kommission, das Sekretariat des Rats der EU, das Europäische Parlament, der Europäische Auswärtige Dienst und das Netzwerk der EU-Agenturen Daten zur geografischen Ausgewogenheit ihrer Bediensteten vorgelegt. Dies war Grundlage für die Diskussion im Ausschuss der Ständigen Vertreter. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft hat den Prozess im ersten Halbjahr 2023 fortgesetzt.

Eine der wichtigsten Ursachen für die festgestellten Ungleichgewichte dürften ein starker Arbeitsmarkt in Deutschland in Verbindung mit langen Verfahrensprozessen bei den vom Europäischen Amt für Personalauswahl (EPSO) organisierten EU-Auswahlverfahren sein. Deutschland ist kontinuierlich im Verhältnis zu seinem Bevölkerungsanteil von 18,6 Prozent mit einem Anteil von zuletzt 4,5 Prozent (2021) unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von EPSO-Auswahlverfahren deutlich unterrepräsentiert. Dass die deutsche Erfolgsquote („Pass Rate“) mit zwei Prozent deutlich über dem EU-27-Durchschnitt von 1,5 Prozent liegt, genügt nicht, um diese Unterrepräsentanz schon zu Beginn der Auswahlverfahren wettzumachen. Die überdurchschnittlich hohe Erfolgsquote deutscher Concours-Teilnehmerinnen und Teilnehmer dürfte auch auf die vom Auswärtigen Amt angebotenen Vorbereitungsseminare für Bewerberinnen und Bewerber zurückzuführen sein.

Die deutsche Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen bekleidet seit 2019 das ranghöchste Amt in der Kommission. Am 31.12.2022 besetzten Deutsche vier (drei Frauen, ein Mann) von 37 Generaldirektorinnen bzw. -direktorenposten und sieben (vier Männer, drei Frauen) von 51 stellvertretenden Generaldirektorinnen und -direktorenposten¹⁸.

Zum 31.12.2022 besetzten Deutsche 34 Direktorinnen bzw. Direktoren bzw. direktorenwertige Beraterinnen- und Beraterposten, acht davon durch Frauen. 163 Referatsleiterinnen und Referatsleiter waren zu diesem Stichtag Deutsche, 54 davon Frauen. In 23 der 27 Kabinette der Mitglieder der Europäischen Kommission arbeiten 24 Deutsche, drei von ihnen als Kabinettschefin bzw. Kabinettschef, sechs als stellvertretende Kabinettschefin bzw. Kabinettschef.

1.2 Verwaltung des Europäischen Parlaments und Generalsekretariat des Rates

In der **Verwaltung des Europäischen Parlaments** (EP) arbeiteten zum Stichtag ca. 7.050 Personen (ohne Fraktionsmitarbeitende). 2.379 davon sind Administratorinnen und Administratoren, von denen 203 Deutsche sind (8,5 Prozent bei einem Richtwert für Deutschland von 13,6 Prozent).¹⁹ Bis 31.12.2022 war der Deutsche Klaus Welle Generalsekretär des EP, Nachfolger ist der Italiener Alessandro Chiochetti. Stellvertretender Generalsekretär und zugleich Leiter der Generaldirektion Präsidentschaft ist der Deutsche Markus Winkler. Mit Christian Mangold gibt es einen weiteren Deutschen unter den insgesamt 14 EP-Generaldirektorinnen und -direktoren. Von den 49 Direktorinnen und Direktoren in der EP-Verwaltung sind 14 Deutsche. Im Kabinett der EP-Präsidentin sind drei Deutsche tätig. Abgesehen vom höheren Management-Bereich sind Deutsche in der Verwaltung des Europäischen Parlaments (höherer Dienst) signifikant unterrepräsentiert. Das betrifft vor allem dienstjüngere Beschäftigte (AD05-08) mit 5,8 Prozent.

Das **Generalsekretariat des Rates** beschäftigte zum Stichtag 3.112 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im höheren Management ist mit Thomas Westphal ein Deutscher als Generaldirektor (einer von elf Posten, davon vier weiblich besetzt) tätig, zudem stellt Deutschland vier von 40 Direktorinnen und Direktoren. Im mittleren Manage-

¹⁸ Zum Vergleich: vier Generaldirektorinnen und Generaldirektoren en (GD) / sechs stellv. GD aus Frankreich; drei GD / zwei stellv. GD aus Italien; drei GD / fünf stellv. GD aus Spanien, zwei stellv. GD aus Polen.

¹⁹ Frankreich 199, Italien 209, Spanien 169.

ment sind sieben von 82 Referatsleiterinnen und Referatsleitern Deutsche. Im Kabinett des Präsidenten des Europäischen Rates sind zwei Deutsche tätig. Insgesamt ist Deutschland unter den 1.300 Referentinnen und Referenten im Generalsekretariat signifikant unterrepräsentiert: Deutsche stellen einen Anteil von 5,6 Prozent der Stellen im „Non-Management“ und 9,9 Prozent im Management. Spitzenreiter im „Non-Management“ sind Belgien (8,1 Prozent) und Frankreich (6,8 Prozent), im Management ebenfalls Belgien (11,5 Prozent) und Spanien (10,7 Prozent).

1.3 Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD)

Im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) sind zum Stichtag von 1.069 Administratorinnen und Administratoren 110 Deutsche (10,3 Prozent). Die national größte Gruppe unter den Beamtinnen und Beamten und Zeitvertragskräften im EAD stellen Frankreich (knapp 15 Prozent) und Italien (knapp elf Prozent). Auf der Administratorinnen- und Administratorenebene hält der EAD das vorgegebene Ziel, ein Drittel seiner Beamtinnen und Beamten aus den nationalen diplomatischen Diensten der EU-Mitgliedstaaten zu rekrutieren. 29 von insgesamt 388 nationalen Diplomatinen und Diplomaten im EAD sind aus der Bundesregierung entsandt (7,5 Prozent), ganz überwiegend vom Auswärtigen Amt. Darüber hinaus sind von den 484 nationalen Sachverständigen im EAD, 67 aus Deutschland entsandt, von ihnen kommt ein Großteil aus dem BMVg und ist beim EU-Militärstab (EUMS), einschließlich des Militärischen Planungs-, und Durchführungsstabes (MPCC) eingesetzt. Weitere Expertinnen und Experten stammen aus AA, BMZ, BMI, BMWK, BMF und ZIF.

Im höheren Management der EAD-Zentrale sind Deutsche derzeit deutlich unterrepräsentiert: Auf erster und zweiter Ebene ist Deutschland nicht vertreten. Nur drei von zehn „Managing Directors“ und einer von 18 Direktorinnen und Direktoren (ohne EU-Militärstab) sind Deutsche. Ein deutscher Entsandter arbeitet im Kabinett des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell.

Seit der Rotation 2022 leiten Deutsche 16 (sieben Frauen, neun Männer) von 141 EU-Delegationen (11,3 Prozent). Damit bleibt Deutschland nicht nur deutlich hinter seinem Bevölkerungsanteil (18,6 Prozent), sondern auch hinter dem Grad der Vertretung anderer großer Mitgliedstaaten zurück (derzeit 20 französische und je 17 spanische und italienische Delegationsleitungen).

Im EUMS, einschließlich der MPCC waren die deutschen Kandidaten erfolgreich bei der Besetzung wichtiger Spitzen- und herausgehobener Positionen. Dazu zählt der OF-7 (B7) Posten des stellvertretenden Direktors und Chef des Stabes des MPCC (seit September 2022). DEU ist es mit dem Wahlerfolg des „Deputy Directors and Chief of Staff MPCC“ gelungen, eine Schlüsselposition in der Planung und Führung von militärischen Operationen und Missionen der EU zu besetzen. Mit dem „Branch Chief Logistic Policy“, dem „Branch Chief Concepts“, dem „Director Logistics“ sowie dem „Deputy Director MPCC“ war Deutschland zum Stichtag 31.12.2022 damit angemessen im Bereich der Spitzen- und herausgehobenen Positionen repräsentiert. Weiterhin stellt Deutschland derzeit den „Executive Coordinator“ (BesGr B3) und damit eine Schlüsselposition im Kabinett des Vorsitzenden des EU-Militärausschusses sowie im militärischen Planungs- und Durchführungsstab zwei Führungspositionen der Ebene OF-5 (vergleichbar mit A16-B3). Von den insgesamt 266 militärischen Dienstposten in EUMS und MPCC wurden im Berichtszeitraum 32 durch Deutschland besetzt, was einem Anteil von 12 Prozent und damit einer zufriedenstellenden, aber noch ausbaufähigen Quote entspricht. Dass von den deutschen Besetzungen keine durch eine Frau wahrgenommen wurde, ist unbefriedigend.

1.4 Ausgewählte EU-Agenturen

Personalpolitisch sollen hier vor allem größere der 35 dezentralen EU-Agenturen, die in zentralen Politikbereichen tätig sind, betrachtet werden. Danach stellt sich die deutsche Personalsituation dort wie folgt dar:

Europäische Verteidigungsagentur (EDA) in Brüssel: Deutschland ist mit ca. zehn Prozent des Personalanteils der EDA unterrepräsentiert, was sich auf allen Ebenen widerspiegelt. Im Vergleich mit anderen teilnehmenden Mitgliedstaaten liegt der deutsche Personalanteil hinter Italien, Frankreich, Belgien, Griechenland, Spanien und Rumänien. Mit Besetzung des Postens des Stellvertretenden Hauptgeschäftsführers der EDA ist Deutschland ab Februar 2023 wieder grundsätzlich angemessen im Spitzenmanagement der EDA (Geschäftsführung und Direktorinnen/Direktorenebene) vertreten. Stark unterrepräsentiert ist Deutschland im mittleren Management auf Ebene der „Head of Units“ und beim Frauenanteil (jeweils ein Posten).

Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) in Alicante: Die deutsche Präsenz im EUIPO ist gut, in Führungspositionen jedoch ausbaufähig. Von den insgesamt 1.142 Beschäftigten kommen 96 aus Deutschland, davon sind 58 EU-Beamtinnen und -Beamte (von 544 gesamt). Deutschland stellt auf der höheren Führungsebene zwei Direktorinnen von insgesamt elf (den Direktor der Beschwerdekammern inbegriffen). In den

rechtsprechenden Beschwerdekammern des EUIPO ist Deutschland durch insgesamt fünf Mitglieder der Beschwerdekammern, davon ein Vorsitzender, vertreten. Daneben sind 35 Bedienstete auf Zeit (von 376 – meist für 10 Jahre) bei EUIPO beschäftigt und werden dort als zentraler Teil des EUIPO Personals angesehen.

Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) in Warschau: Frontex verfügt zum Stichtag über 1.024 administrative Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hauptquartier sowie 1.101 operative Einsatzkräfte des Frontex-eigenen Statuspersonals. Der deutsche Anteil am gesamten Personal bei Frontex beträgt 34 Personen. Deutschland stellt seit Anfang 2022 einen der drei Exekutivdirektoren bei der Agentur („Deputy Executive Director Return and Operations“). Deutschland beteiligt sich darüber hinaus derzeit im Jahresschnitt mit ca. 160 Beamtinnen und Beamten täglich an operativen Einsatzmaßnahmen von Frontex. Diese Unterstützungskräfte sind hauptsächlich Angehörige der Bundespolizei, aber auch von BKA, Polizeien der Länder und der Zollverwaltung, die als Langzeitexpertinnen und -experten (zwei Jahre) oder Kurzzeitexpertinnen und -experten (bis zu vier Monate) in den Operationen von Frontex eingesetzt werden. Seit Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache ist die Entsendung dieser Einsatzkräfte für die Mitgliedstaaten verpflichtend. Deutschland ist weiterhin größter Kontingentsteller der Mitgliedstaaten.

Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) in Valletta²⁰: Die EUAA beschäftigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben Bedienstete auf Zeit („temporary agents“), die dauerhafte oder langfristige Aufgaben übernehmen und Vertragsbedienstete („contract agents“), die in Abhängigkeit des tatsächlichen Bedarfs sowohl kurz- als auch langfristige Aufgaben übernehmen können. Darüber hinaus wird die EUAA bei bestimmten Aufgaben von entsandten nationalen Expertinnen und Experten (ENDs) der Mitgliedstaaten unterstützt, um von deren hohem Maß an Fachwissen zu profitieren. Für 2022 standen der EUAA 505 Planstellen (bezogen auf „contract agents“, „temporary agents“ und ENDs) zur Verfügung. Davon waren zum Stichtag 446 Planstellen besetzt (davon elf Deutsche; ca. 2,5 Prozent).

Deutschland unterstützt regelmäßig Expertinnen/Experteneinsätze der EUAA in den Mitgliedstaaten mit eigenem Personal, in 2022 u.a. in Italien, Malta, Rumänien, Spanien und Zypern.

Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln: Deutsche stellen ca. 20 Prozent des EASA-Personals im höheren Dienst (532 Personen). Dies ist die zweitgrößte Gruppe nach den Französischen und Franzosen (23 Prozent). Deutschland ist insgesamt angemessen vertreten, wenngleich nicht auf der Direktorinnen- und Direktorenebene (insgesamt vier Stellen). Auf der darunterliegenden Management-Ebene sind vier Deutsche als „Section Heads“ (vgl. Referatsleitungsebene) beschäftigt.

Europäische Chemikalienagentur (ECHA) in Helsinki: Die ECHA hat 458 besetzte Planstellen (höherer/mittlerer Dienst), 128 Stellen mit Vertragsbediensteten und zwei nationale Expertinnen und Experten. Davon sind momentan 31 Stellen mit Deutschen besetzt (27 im höheren Dienst, zwei im mittleren Dienst und zwei Vertragsbedienstete). Es gibt derzeit zwei Deutsche in Führungspositionen auf Ebene der Abteilungsleitung (vgl. Referatsleitung in Ministerialbürokratie).

Europäische Umweltagentur (EEA) in Kopenhagen: Zum Stichtag 2022 sind bei der EEA 20 Deutsche beschäftigt (ca. acht Prozent). Davon sind neun Beschäftigte auf Zeit und elf Vertragsbedienstete. Insgesamt sind Deutsche in der EEA daher quantitativ und qualitativ gut vertreten.

Europäische Arzneimittelagentur (EMA) in London bzw. jetzt Amsterdam: von 936 Beschäftigten sind zum Stichtag 67 Deutsche. Dies entspricht einem Anteil von 7,16 Prozent. Im „Management Board“ der Agentur sind vier Deutsche vertreten.

Europol in Den Haag: Bei Europol sind zum Stichtag insgesamt 851 Beschäftigte als Bedienstete auf Zeit (726) sowie Vertragsbedienstete (125) tätig, außerdem 79 entsandte Nationale Expertinnen und Experten im „Guest Officer Concept“. Der deutsche Anteil an den Bediensteten auf Zeit, den Vertragsbediensteten sowie den Nationalen Expertinnen und Experten beträgt ca. 7,4 Prozent (69 Personen, davon 44 Bedienstete auf Zeit, vier Vertragsbedienstete, 21 Nationale Expertinnen und Experten). Im EU-Vergleich hat Deutschland den siebthöchsten Anteil an Bediensteten, bezogen auf seine Bevölkerungsgröße bleibt Deutschland von allen Mitgliedstaaten am stärksten unterrepräsentiert (ca. neun Prozent). Der Anteil des deutschen Personals in wichtigen und höherrangigen Funktionen bei Europol ist konstant hoch geblieben: Fünf Deutsche haben Führungspositionen inne und bekleiden Funktionen als „Deputy Executive Director Governance Directorate“ (stellvertretende Exekutivdirektion,

²⁰ EUAA (Europäische Asylagentur/“European Union Agency for Asylum“) ersetzt seit dem 19.01.2022 EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen/“European Asylum Support Office“), um eine Weiterentwicklung vom Unterstützungsbüro hin zu einer eigenständigen Agentur zu bewirken.

vergleichbar Unterabteilungsleitungsebene), „Head of Department“ (vgl. Referatsleitungsebene), zwei „Head of Unit“ sowie „Head of the Data Protection“ (Leitung Datenschutz). Dies entspricht einem Anteil von ca. sieben Prozent bei Führungspositionen.

1.5 Europäische Finanzorganisationen (EIB, EZB, ESFS, ESM, SRB)

Die **Europäische Investitionsbank (EIB) in Luxemburg** ist die Förderbank der Europäischen Union. Zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) bildet sie die EIB-Gruppe. Deutschland stellt mit Dr. Werner Hoyer seit 2012 den Präsidenten der EIB, dessen zweite Amtszeit Ende 2023 ausläuft.

Der deutsche Anteil am Gesamtpersonal der EIB-Gruppe entspricht 8,7 Prozent (400 von 4.604 Mitarbeitenden) und liegt damit, wie regelmäßig bei den größten Anteilseignern, unter dem deutschen Anteil von 18,8 Prozent am Kapital der EIB. Seit Anfang 2021 bis September 2022 wurden insgesamt 50 deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt, allerdings haben auch 31 die EIB-Gruppe verlassen. Deutschland ist mit 14,4 Prozent im Management gut vertreten und stellt insgesamt eine Generaldirektorin und einen Generaldirektor (Abteilungsleitungsebene), elf Direktorinnen und Direktoren (Unterabteilungsleitungsebene) und 28 „Heads of Division“ (Referatsleitungsebene). Auf Arbeitsebene ist seit Oktober 2022 im Wege eines Personaltausches ein Beamter aus dem BMZ in der Entwicklungsbank der EIB (EIB Global). Der Anteil der Frauen unter den deutschen Führungskräften beträgt 26,8 Prozent bei einem bankinternen Anteil von 30,8 Prozent von Frauen in Managementpositionen. „Executive Staff“ stellen mit über 70 Prozent den Hauptanteil der Beschäftigten der Bank; der Anteil der Deutschen liegt hier bei nur 8,8 Prozent. Die EIB-Gruppe bietet ein Nachwuchskräfteprogramm für „Graduates“, in dessen Rahmen insgesamt sechs Deutsche bis September 2022 erste Berufserfahrung mit befristeten Verträgen bei der EIB sammelten.

Insgesamt ist Deutschland bei der **Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt** gut vertreten. Über die Besetzung des Direktoriums entscheidet der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit (Art. 283 Abs. 2 AEUV). Bislang kam stets eines der insgesamt sechs Direktoriumsmitglieder aus Deutschland. Isabell Schnabel ist seit 2020 Mitglied des Direktoriums der EZB und zugleich Mitglied des EZB-Rates. Weiteres Mitglied des EZB-Rates ist derzeit in seiner Funktion als Präsident der Deutschen Bundesbank Dr. Joachim Nagel. Bei den Leitungspositionen sind 184 von 562 Stellen (32,7 Prozent) mit Deutschen besetzt. Der prozentuale Anteil Deutscher bei Leitungspositionen in der EZB liegt zum Stichtag weiterhin über dem Anteil des eingezahlten Kapitals der Deutschen Bundesbank (21,4 Prozent).

Das auf europäischer Ebene 2011 geschaffene **Europäische Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision, ESFS)** setzt sich zusammen aus dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken („European Systemic Risk Board“, ESRB), drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden („European Banking Authority“, EBA; „European Insurance and Occupational Pensions Authority“, EIOPA; „European Securities and Markets Authority“, ESMA), einem behördenübergreifenden Ausschuss der drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden („Joint Committee“) und den nationalen Aufsichtsbehörden. Im ESRB Verwaltungsrat sind mit Dr. Joachim Nagel (bis 31.12.2021) in seiner Funktion als Präsident der Deutschen Bundesbank, Karlheinz Walch (Bundesbank-Zentralbereichsleiter Banken und Finanzaufsicht) und dem Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Mark Branson, drei deutsche Mitglieder vertreten. Zudem war die Vizepräsidentin der Bundesbank, Prof. Claudia Buch bis 31.12.2021 Mitglied des ESRB-Lenkungsausschusses (in ihrer Funktion als Vizevorsitzende des Beratenden Fachausschusses des ESRB). Eine Deutsche ist Vorsitzende („Chair“) bei der ESMA sowie ein Deutscher seit 2020 Vorsitzender („Chair“) des CCP-Aufsichtsausschuss bei der ESMA. Die Bundesregierung verstärkt ihre Bemühungen, qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten für die Leitungspositionen zu identifizieren. Ziel ist es, die Präsenz Deutscher insbesondere auf der mittleren Führungsebene (Abteilungsleitungen) weiter auszubauen. Auf dieser Ebene sind bisher bei der EIOPA eine von sieben und bei ESMA eine von acht Positionen mit Deutschen besetzt.

Der **Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (SRB) in Brüssel** ist die zuständige europäische Abwicklungsbehörde für in der Eurozone niedergelassene Banken. Er ist insbesondere zuständig für die Sicherstellung der Abwicklungsfähigkeit und für Beschlüsse im Zusammenhang mit einer Restrukturierung bzw. Abwicklung von bedeutenden Banken und Bankengruppen sowie für die Verwaltung des Einheitlichen Abwicklungsfonds. Vorsitzende des SRB war von 2015 bis Ende 2022 die Deutsche Elke König. Nachfolger ist der Franzose Dominique Laboureix. Drei Deutsche besetzen Positionen der Führungsebene („Head of Unit“). Der Personalstamm des SRB wird kontinuierlich aufgestockt, der noch nicht vollständig umgesetzte Stellenplan für 2023 sieht 457 Stellen für Zeitbedienstete („temporary agents“) vor. Zum Stichtag waren insgesamt 30 Deutsche (7,03 Prozent) beim SRB

angestellt. Die Bundesregierung und die deutschen Finanzinstitutionen verfolgen das Ziel, den SRB weiterhin mit qualifiziertem deutschen Personal zu unterstützen.

1.6 Missionen und Operationen der Europäischen Union

Deutschland beteiligte sich 2021 und 2022 an zivilen und militärischen Missionen sowie Operationen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Seit Januar 2021 ist Leitende Polizeidirektorin Antje Pittelkau (Polizei Berlin) als Leiterin der Mission EUCAP Sahel Niger tätig. Bis Anfang 2022 war Leitender Polizeidirektor Christoph Buik (Bundespolizei) Leiter der EUAM Irak.

Über das ZIF wurden im Jahr 2021 insgesamt 70 Sekundierte (davon 27 Frauen) in zivile GSVP-Missionen sekundiert. Darüber hinaus wurden drei Personen zum „Kosovo Specialist Chambers and Specialist Prosecutor’s Office“, vier Personen in die „Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC)“ im EAD (davon zwei Frauen) sowie neun in andere Arbeitsbereiche des EADs (davon fünf Frauen) sekundiert.

Dabei entfiel 2021 das größte Kontingent auf die Beratungsmission EUAM Ukraine mit 14 Sekundierten. Zahlenmäßig folgen die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo mit acht, die beiden EUCAP Sahel Missionen in Niger (acht Sekundierte) und Mali (sieben), die Beratungsmission EUAM Irak (sieben), die Beobachtungsmission EUMM Georgien (sechs), die Mission EUCAP Somalia (sechs), die Polizeimission EUPOL COPPS (sechs), EUBAM Libyen (vier), die Mission EUAM RCA mit zwei Sekundierten sowie die regionale Beratungs- und Koordinierungszelle (RACC) mit einer sekundierten Person.

Im Jahr 2022 wurden über das ZIF insgesamt 81 Personen (davon 31 Frauen) in zivile GSVP-Missionen sekundiert. Darüber hinaus wurden drei Personen zum „Kosovo Specialist Chambers and Specialist Prosecutor’s Office“, drei Personen in die „Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC)“ im EAD (davon zwei Frauen) sowie zehn in andere Arbeitsbereiche des EAD (davon sechs Frauen) sekundiert.

Dabei entfiel 2022 das größte Kontingent auf die Beratungsmission EUAM Ukraine mit 18 Sekundierten, gefolgt von der Beobachtungsmission EUMM Georgien mit 13. Zahlenmäßig folgen dann die Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo (neun), die Mission EUCAP Somalia (sieben), EUPOL COPPS (sieben), EUBAM Libyen (sechs), EUCAP Sahel Niger (sechs), EUCAP Sahel Mali (fünf), EUAM Irak (fünf) und EUAM RCA (drei).

Über das BMI und die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Internationale Polizeimissionen“ (AG IPM) waren im Berichtszeitraum insgesamt 145 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des Bundes und der Länder sowie Angehörige der Zollverwaltung in insgesamt acht GSVP-Missionen und einem Projekt der Kommission (EUBAM Moldau/Ukraine) tätig.

Auch für insgesamt fünf militärische Missionen und Operationen im Rahmen der europäischen GSVP – EUNAVFOR Somalia Operation ATALANTA (bis April 2022), EUNAVFOR MED IRINI, EUFOR Operation ALTHEA, EUTM Mali und EUMAM UKR (seit November 2022) – stellte Deutschland militärisches und zum Teil auch über das ZIF sekundiertes ziviles Personal.

Im Jahr 2022 beteiligte sich Deutschland im Hauptquartier von EUNAVFOR MED IRINI über mehrere Kontingente mit im Durchschnitt elf Soldatinnen und Soldaten sowie sukzessive zwei ZIF-Sekundierten (seit September 2022 mit einer zivilen politischen Beraterin). Darüber hinaus beteiligte sich Deutschland im Zeitraum von Januar 2021 bis Oktober 2022 mit Kontingenten von jeweils bis zu 20 Soldatinnen und Soldaten mit dem Einsatz eines Seefernaufklärers. Im Zeitraum von Januar 2021 bis Oktober 2022 stellte Deutschland vier seegehende Einheiten, teilweise mit ca. 200 Soldatinnen und Soldaten für EUNAVFOR MED IRINI.

Im Rahmen der Operation EUNAVFOR Somalia Operation ATALANTA lag die Mandatsobergrenze bis Ende Mai 2021 bei 400 und bis Ende April 2022 bei 300 Soldatinnen und Soldaten. Bis Juni 2021 wurden in den Kontingenten abwechselnd zwischen 13 und 23 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt. Von Juni 2021 bis April 2022 war die deutsche militärische Beteiligung auf bis zu sechs Soldatinnen und Soldaten im Operationshauptquartier reduziert und wurde zu Ende April 2022 vollständig beendet. Der über das ZIF sekundierte zivile politische Berater ist zum Stichtag weiterhin im Hauptquartier tätig.

Bei der militärischen Trainingsmission EUTM Mali wurde die Mandatsobergrenze von 450 Soldatinnen und Soldaten zu Juni 2021 auf 600 erhöht und seit Juni 2022 auf 300 reduziert. Im Jahr 2021 und bis Ende Oktober 2022 befanden sich durchschnittlich ca. 230 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. (Der deutsche Einsatz wurde zum 31.05.2023 beendet, stattdessen wird sich Deutschland an der EU-geführten militärischen Partnermission im Niger (EUMPM Niger) mit bis zu 60 Soldatinnen und Soldaten beteiligen.)

Bei EUFOR Operation ALTHEA waren zu Ende 2022 rund 30 deutsche Soldatinnen und Soldaten eingesetzt. Davon sind fünf Soldatinnen und Soldaten Aufgabenbereichen im Stab des HQ EUFOR, acht im nationalen Unterstützungselement und 16 als Bestandteil der „Liaison and Observation Teams“ (LOT) eingesetzt, eine deutsche Truppenärztin war zur temporären Unterstützung eines österreichischen Militär-Hospitals nahe Sarajewo tätig.

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) – eine vollwertige Entsendeorganisation

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), das deutsche Kompetenzzentrum für Friedenseinsätze, unterstützt die Bundesregierung seit 2002 in der internationalen Personalpolitik, insbesondere bei der Qualifizierung, Bereitstellung, Vermittlung und Betreuung von sekundiertem Zivilpersonal in Friedenseinsätzen, humanitären Einsätzen und Wahlbeobachtungsmissionen von EU-Institutionen und internationaler Organisationen wie OSZE, VN, Europarat, Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und NATO.

Seit Inkrafttreten des neugefassten Sekundierungsgesetzes am 27.06.2017 hat das ZIF die Arbeitgeberrolle gegenüber dem sekundierten Personal übernommen, das zuvor vertraglich mit dem Auswärtigen Amt verbunden war. Die Bundesregierung hat das ZIF zu einer vollwertigen Entsendeorganisation ausgebaut und mit der Umsetzung des außenpolitisch wichtigen Instruments der Sekundierung betraut, um damit zivile Kapazitäten zur Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung zu stärken. Die politische Steuerung der Sekundierungen verbleibt bei der Bundesregierung.

Seit seinem Ausbau zur vollwertigen Entsendeorganisation haben das Auswärtige Amt (AA) und das ZIF die Zahl der zivilen Expertinnen und Experten, die zur Langzeitsekundierung unter Vertrag genommen wurden, von 121 (31.12.2017) auf 167 (31.12.2022) gesteigert. Zwischenzeitlich konnte ein historischer Höchststand von 194 Sekundierungen erreicht werden (26.04.2022), die Zahl sank aber in Folge des Mandatsendes der OSZE Sonderbeobachtermission in der Ukraine ab. Dort war das größte Kontingent deutscher Sekundierter eingesetzt.

Diese 95 Männer und 72 Frauen sind in Hauptquartiere, Institutionen, Friedenseinsätze sowie humanitäre Einsätze internationaler Organisationen sekundiert. Davon sind 35 Personen (17 Frauen, 18 Männer) in Institutionen und Einsätzen der OSZE, 81 Personen (davon 34 Frauen) in GSVP-Missionen, in Institutionen der EU sowie zu EU-Sonderbeauftragten, 23 Personen (davon elf Frauen) in VN-Friedens- und humanitäre Einsätze, sechs Personen (davon fünf Frauen) zum Europarat, drei Personen (davon zwei Frauen) in einen OAS-Friedenseinsatz und sieben Personen (davon eine Frau) in zivile Funktionen in NATO-Einsätze und -Institutionen sekundiert. Zudem unterstützten zum Stichtag ein Deutscher den polnischen OSZE-Vorsitz, ein Deutscher das Sekretariat für Europäische Angelegenheiten der Republik Nordmazedonien, drei Personen die Kosovo-Sonderkammern und Anklagebehörde (drei Männer), zwei Personen den Sonderstrafgerichtshof in der Zentralafrikanischen Republik (zwei Männer), eine Deutsche das Büro der Vizepremierministerin der Republik Nordmazedonien und drei Personen den Internationalen Strafgerichtshof (davon eine Frau). Ein Deutscher war darüber hinaus zum Büro des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina sekundiert. Der Aufwuchs der Personalstärke im Gesamten ging gleichzeitig mit einem Aufwuchs an deutschen Führungskräften in den Einsätzen einher. Mit einem Frauenanteil von 43,1 Prozent beim deutschen sekundierten Personal hat die Bundesregierung durch das ZIF im Berichtszeitraum den Anteil des weiblichen Personals in Friedenseinsätzen weiter erhöhen können.

Darüber hinaus hat das ZIF im Jahr 2022 insgesamt 200 (2021: 174) Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter in Missionen der OSZE und der EU entsandt, davon 32 (2021: 29) Langzeitwahlbeobachterinnen und -beobachter und 168 (2021: 145) Kurzzeitwahlbeobachterinnen und -beobachter. Bei einer Verteilung von 92 männlichen und 108 weiblichen Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachtern lag der Frauenanteil 2022 bei 54 Prozent (2021: 46 Prozent).

Zudem hat das ZIF im Berichtszeitraum die Sekundierung in Kurzeinsätze der Humanitären Hilfe im Rahmen des Standby-Partnership Programmes ausgeweitet. 2021 und 2022 waren neun Expertinnen und 15 Experten in humanitären Kurzeinsätzen sekundiert.

Im Berichtszeitraum rekrutierte das ZIF für den ZIF Expert Pool humanitäre Expertinnen und Experten gezielt in 16 Expertiseprofilen, z.B. „Cash and Voucher Assistance“, „Humanitarian Affairs“ oder „Protection from Sexual Exploitation, Abuse and Harassment (PSEAH)“, die von den UN-Partnerorganisationen angefragt werden.

Zusätzlich zu den bereits bestehenden Entsendevereinbarungen mit dem Welternährungsprogramm (WFP) und UNOCHA hat das ZIF 2021 neue Sekundierungsvereinbarungen mit UNDP und UNHCR sowie 2022 mit dem IStGH und der WHO abgeschlossen.

2. Vereinte Nationen und VN-System: Deutscher Personalanteil in ausgewählten Bereichen

Die VN sind organisatorisch in sechs Hauptorgane unterteilt: den Sicherheitsrat, die Generalversammlung, den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), das Sekretariat, den Internationalen Gerichtshof und den Treuhandrat. Das VN-System insgesamt setzt sich aus den Vereinten Nationen, seinen Fonds und Programmen sowie aus Sonderorganisationen zusammen. Hinzu kommen die sogenannten verwandten („related“) Organisationen. Gemeinsame Klammer unter Personalwirtschaftsgesichtspunkten ist das sogenannte „Common System“²¹.

Geografische Diversität im System der Vereinten Nationen

Im Berichtszeitraum bleibt neben der Geschlechterparität die Ausweitung der geografischen Diversität in den VN durch die 2020 von VN-Generalsekretär Guterres verabschiedete Strategie weiter ein Fokus in der VN-Personalpolitik. Diese zielt auf eine ausgeglichene geografische Repräsentanz ab und damit insbesondere auf die Vertretung bisher nicht repräsentierter bzw. stark unterrepräsentierter Mitgliedstaaten. Beides stellt eine Herausforderung für die deutsche Personalpolitik dar: Deutschland ist nach VN-interner Zählung²² weiter angemessen repräsentiert. Die Regionalgruppe WEOG („Western European and Other States Group“) wird insgesamt jedoch als deutlich überrepräsentiert wahrgenommen, wenngleich dies innerhalb der Gruppe nur für neun von 28 WEOG-Staaten zutrifft.

2.1 Sekretariat der Vereinten Nationen

Das VN-Sekretariat, seit 2017 geleitet von VN-Generalsekretär António Guterres, ist das Verwaltungsorgan der Vereinten Nationen und hat seine Hauptsitze in New York und Genf. Es verfügt über Außenstellen in Wien und Nairobi, fünf Regionalbüros und 30 Länderbüros.

Mit 578²³ deutschen Beschäftigten, davon 499 im höheren Dienst, ist Deutschland im VN-Sekretariat beim „Professional Staff“ (P-Stellen) fünftgrößter Personalsteller nach den USA, Frankreich, das Vereinigte Königreich und Italien. Von den 499 Beschäftigten im höheren Dienst sind 290 weiblich (58,12 Prozent, ab P5 52,54 Prozent) und somit deutlich über dem VN-Durchschnitt von 47,65 bzw. 43,62 Prozent. Die deutsche Personalquote ist bei den P-Stellen in den letzten Jahren leicht gesunken, was sich mit einem Wert von 3,66 Prozent auch im Berichtszeitraum fortsetzt (2020: 3,81; 2019: 3,92). Allerdings hat sich die Personalquote in der Gesamtschau der letzten 15 Jahren sehr positiv entwickelt.

Als ranghöchster Deutscher im VN-Sekretariat ist Prof. Volker Perthes seit Anfang 2021 als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für den Sudan und Leiter der politischen Mission UNITAMS (USG) tätig. Im Oktober 2021 trat Dr. Christian Ritscher die Stelle als Leiter der UNITAD auf ASG-Ebene an. Seit Anfang 2022 ist Deutschland mit Daniela Krosiak als stellvertretende Sonderbeauftragte (ASG) in der Führungsebene der Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali MINUSMA vertreten. Im Juni 2022 wurde Markus Potzel zum stellvertretenden politischen Sonderbeauftragten für die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan UNAMA ernannt.

Der deutsche Personalanteil auf der Ebene der „Senior Manager“ (ab P5) lag am 31.12.2022 bei 118 von insgesamt 2.923 Stellen (4,04 Prozent) und ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (2020: 3,6 Prozent). Deutschland belegt (zusammen mit Kanada) den fünften Platz hinter den USA, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien. Gemessen am deutschen Pflichtbeitrag von 6,11 Prozent (Platz vier unter den größten Geberländern) gilt Deutschland damit in dieser Kategorie als angemessen repräsentiert. Auch leicht aufgewachsen ist die deutsche Personalpräsenz im „Resident Coordinator-System“ (von 13 Beschäftigten 2020 auf 14 Beschäftigte 2022).

Mit 139 Beschäftigten auf sogenannten Kernstellen („geographical posts“) ist Deutschland im VN-Sekretariat angemessen repräsentiert.²⁴ Diese Einstufung hat negative Auswirkungen auf die Erfolgchancen von deutschen

²¹ Common system of salaries, allowances and other benefits.

²² Nach dem vom VN-Sekretariat anzuwendenden Berechnungsmodell, in dem ca. 3.800 sogenannte Kernstellen (der insgesamt mehr als 12.000 Gesamtstellen im vergl. höheren Dienst) unter Einbeziehung von VN-Mitgliedschaft, Beitragssatz zum VN-Regelhaushalt und Bevölkerungszahl betrachtet werden, gilt für eine „angemessene Repräsentanz“ („desirable range“) für Deutschland ein Korridor zwischen 117 und 158 (Stand 28.02.2023) Beschäftigten.

²³ Diese Angabe bezieht sich auf alle Beschäftigten im VN-Sekretariat (inkl. VN-Missionen), den sogenannten G-Staff („General Service“, überwiegend im Verwaltungsapparat tätig), „Field Staff“ (FS) und P-Staff („Professional Staff“, vergleichbarer höherer Dienst).

²⁴ Nach dem vom VN-Sekretariat anzuwendenden Berechnungsmodell gilt für eine „angemessene Repräsentanz“ („desirable range“) für Deutschland ein Korridor zwischen 117 und 158 (Stand 28.02.2023) Beschäftigten.

Stellenbewerbungen, vor allem auf Kernstellen. Zudem kann Deutschland bis auf weiteres nicht am VN-Nachwuchsprogramm „Young Professionals Programme (YPP)“ teilnehmen, da dieses nur nicht- bzw. unterrepräsentierten Staaten offensteht sowie Staaten, denen unter Einbeziehung zu erwartender Ruhestände eine Unterrepräsentierung bevorsteht.

Die deutsche Präsenz variiert stark zwischen den verschiedenen Teilen der zum VN-Sekretariat zählenden Einheiten. Sehr gut vertreten ist Deutschland z.B. in zwei der fünf Regionalkommissionen, die geschaffen wurden, um die Zusammenarbeit und Integration zwischen den Ländern in jeder Region der Welt zu erfüllen. In der Wirtschaftskommission für Europa (UNECE, gegründet 1947) ist Deutschland auf P5-/D1-Ebene mit fünf Bediensteten weiterhin größter Personalsteller unter den Hauptbeitragszahlern. Auch in der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP, 1947), bei der Deutschland lediglich Beobachterstatus hat, besetzt Deutschland vier P5-Positionen. Ausbaufähig ist hingegen die qualitative deutsche Präsenz auf den Führungsebenen z.B. im Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR). 2022 war Deutschland der fünftgrößte bilaterale Geber des OHCHR, ist personell aber nur knapp ausreichend repräsentiert und rangiert hinter europäischen Partnern mit geringeren Beiträgen. Zum Stichtag waren 31 Stellen von deutschen Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst besetzt, davon eine D2-Position. Erfolgreiche deutsche Bewerbungen bei OHCHR werden angestrebt, sind jedoch wegen der Überrepräsentierung westlicher Staaten besonders schwer durchsetzbar. Unter der Führung des neuen Hochkommissars Volker Türk (Österreich) dürfte die Verbesserung der geografischen Diversität weiter eine wichtige Stellung einnehmen.

Seit Frühjahr 2020 galt im VN-Sekretariat ein Einstellungsstopp für aus dem regulären Budget finanzierte Stellen, der sich bis ins Jahr 2021 erstreckte. Dieser sowie die COVID-19-Pandemie wirkten sich auch 2022 noch auf die allgemeine Einstellungspraxis im VN-Sekretariat aus. So gab es eine Reihe von Auswahlverfahren, in denen VN-Beschäftigte auf vakante Stellen befördert wurden, anstatt nach externen Kräften zu suchen. Zudem fand der Arbeitsbetrieb auch 2021 hauptsächlich im Homeoffice statt, was vor allem dienstjüngeren Beschäftigten den Einstieg und den Aufbau ihrer Netzwerke erschwerte.

Bei den sekundierten, uniformierten Dienstposten ist Deutschland unterrepräsentiert. Im „Office of Military Affairs“ ist aktuell nur noch ein sekundierter Offizier sowie in der „Police Division“ nur ein sekundierter Polizist auf der Ebene P4 vertreten. Eine stärkere Präsenz uniformierten Personals bis auf Führungsebenen wird angestrebt.

Das JPO-Programm bleibt eines der wichtigsten langfristigen Instrumente deutscher Personalpolitik in den Vereinten Nationen. Die hohen Übernahmequoten zeugen von der Qualität der deutschen Kandidatinnen und Kandidaten und bestätigen die Vorauswahl und Programmbegleitung. Zum Stichtag waren mehr als 180 deutsche JPOs in etwa 30 Partnerorganisationen im Einsatz, davon 72 unter der Verwaltung der Abteilung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten des VN-Sekretariats (UN-DESA). Auch als Reaktion auf die Kritik aus den G77, dass vor allem reiche Länder es ihren Staatsangehörigen ermöglichen können, im Rahmen des JPO-Programms VN-Berufserfahrung zu sammeln, hat Deutschland sein finanzielles Engagement 2021 aus dem Haushaltstitel des BMZ um eine Einzahlung in den „Developing Countries Candidates (DCC) Trust Fund“ zur Pilotierung der ersten Finanzierung einer JPO aus dem Globalen Süden ergänzt.

Reform des VN-Entwicklungssystems

Die VN-Entwicklungsreform ist der aus personalpolitischer Sicht interessanteste Strang der von VN-Generalsekretär António Guterres bereits in seiner ersten Amtsperiode angestoßenen Reformen. Diese zielt auf eine stärkere Zentralsteuerung durch die VN-Länderkoordinatorinnen und -koordinatoren/“Resident Coordinators (RC)“ ab. Auch eine breitere Rekrutierung soll die RC zu schlagkräftigen Komponenten des VN-Entwicklungssystems in den Einsatzländern machen. Kernpunkt der Reform war die Herauslösung der RC aus UNDP, wo sie die Aufgabe als Doppelhut neben ihrer Funktion als UNDP-Länderbüroleiterinnen und -leiter wahrnahmen. Die RC unterstehen jetzt unter einer selbständigen Sekretariatsseinheit (UNDCO) der Stellvertretenden VN-Generalsekretärin und sind zentrale Ansprechpartnerinnen und -partner in den Gastländern. Während die „erste Generation“ der neuen RC sich zum großen Teil aus den ehemaligen UNDP-RC zusammensetzte, hat das Sekretariat inzwischen große Anstrengungen für ein neues Rekrutierungsverfahren und seit April 2021 auch eine neue darauf hinführende RC/humanitäre Koordinatorinnen- und Koordinatoren-Pipeline aufgelegt.

Deutschland hat fortwährendes großes Interesse, sich im RC System personell gut zu positionieren und bewirbt sehr aktiv die internen und externen Ausschreibungen. Die Personalpräsenz im RC System ist 2022 von 13 Beschäftigten 2020 leicht auf 14 gestiegen. Neben drei „Resident Coordinators“ (in Kirgisistan, Mexiko und El Salvador/Belize) gibt es einen deutschen „Resident Coordinator a.i.“. Insgesamt sind neben den drei deutschen RCs derzeit fünf Deutsche im RC Pool und weitere sechs Deutsche in der Resident Coordinator/Humanitarian Coordinator Talent Pipeline.

2.2 Besondere politische Missionen und friedenssichernde Missionen der Vereinten Nationen

Die Bundesregierung legt ein besonderes Augenmerk auf die Besetzung von Positionen in den Missionen der Vereinten Nationen (VN), sowohl friedenssichernde Missionen („peacekeeping missions“) als auch besondere politische Missionen („special political missions“)²⁵. In diesen ist Deutschland weiterhin als viertgrößter Beitragszahler (6,11 Prozent) nach den Vereinigten Staaten (USA), China und Japan mit einem Anteil von gut zwei Prozent am Zivilpersonal (59 deutsche Beschäftigte beim „Professional Staff“, davon 19 im Senior Management ab P5) unterrepräsentiert. Derzeit gibt es elf friedenssichernde Missionen und elf besondere politische VN-Missionen der Kategorie 3 sowie weitere Sondergesandte des VN-Generalsekretärs. Die Steigerung der zivilen deutschen Präsenz in VN-Friedensmissionen bleibt eine große Herausforderung. Neueinstellungen von außen gibt es in der Praxis nur in Ausnahmefällen. Andere Möglichkeiten wie Sekundierungen sind ebenfalls nur in sehr begrenztem Maße möglich.

Folgende eigene Initiativen und Instrumente der VN wurden im Berichtszeitraum genutzt, um die Präsenz hier zu steigern:

Deutschland beteiligte sich im Berichtszeitraum mit insgesamt 37 Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder an den fünf VN-Missionen MINUSMA (18), UNMIK (vier), UNSOM (vier), UNAMID (eine Person) und UNITAMS (zehn) und unterstützt derzeit sowohl MINUSMA als auch UNITAD mit jeweils einer zivilen sekundierten Kraft.

Die Bundeswehr beteiligt sich neben den Einsatzkontingenten bei MINUSMA und UNIFIL mit Einzelpersonal als sogenannte „UN Expert on Mission“ oder „Military Staff Officer“ in den Einsätzen MINUSMA, UNIFIL, UNMISS und MINURSO. Bei UNIFIL besetzt die Bundeswehr mit dem Kommandeur der Maritime Task Force eine Führungsposition auf Ebene D1, darüber hinaus werden allerdings keine Positionen oberhalb der Ebene P5 besetzt.

Die Besetzungen von Leitungsstellen in VN-Missionen wurden im Berichtszeitraum aktiv weiterverfolgt. Die Besetzung der Leitungsstelle (USG) bei der 2020 gegründeten Mission UNITAMS im Sudan, der Leitungsstelle (ASG) von UNITAD sowie von zwei stellvertretenden Leitungsstellen bei UNAMA in Afghanistan und MINUSMA in Mali sowie bis September 2022 einer stellvertretenden Leitungsstelle bei UNAMI im Irak und bis Ende 2021 bei UNMHA im Jemen ist ein konkretes Ergebnis dieser Bemühungen sowie ein Erfolg der VN-Politik der Bundesregierung. Die UNITAMS-, UNAMA- und UNAMI-Besetzungen erfolgten mit Kandidatinnen bzw. Kandidaten aus dem sogenannten D/SRSG-Pool. Die Bundesregierung hat sich an der globalen Ausschreibung des VN-Sekretariats für diesen Pool auch 2021 wieder beteiligt.

Um den Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen in VN-Missionen auf der Ebene D1 bis D2 zu erhöhen und die Ziele der „Gender Parity Strategy“ des Generalsekretärs zu erreichen, wurde die 2014 eingeführte „Senior Women’s Talent Pipeline“ 2022 erneut aufgelegt. Die Mitglieder dieses Talentpools gelten als potenzielle Kandidatinnen für Leitungsaufgaben in Friedensmissionen und werden unter anderem speziell auf Auswahlgespräche vorbereitet. Im Berichtszeitraum wurden drei Deutsche nach einem Auswahlverfahren aufgenommen. Damit sind 17 deutsche Frauen in diesem Pool; fünf von diesen wurden inzwischen für Positionen auf Ebene P5-D2 ausgewählt, u.a. für Einsätze bei UNSOM, MONUSCO, UNMHA. Mit insgesamt 43 Ernennungen aus dem Pool seit 2014 zählen die deutschen Kandidatinnen damit zu den erfolgreichsten.

Der Schwerpunkt der Maßnahmen zur Steigerung des deutschen Anteils am Zivilpersonal in VN-Missionen liegt auf dem Nachwuchsbereich. Es werden gezielt JPO in ausgewählten Missionen eingesetzt. So werden seit 2017 auch sogenannte JPO-Hybridstellen besetzt, bei denen deutsche JPO einen Teil der Förderzeit im Hauptquartier

²⁵ Die besonderen politischen Missionen werden in drei Hauptkategorien unterteilt: Kategorie 1: Hochrangige Gesandte des Generalsekretärs, die meist vom Hauptquartier der Vereinten Nationen aus agieren und in Konflikten vermitteln. Kategorie 2: Teams zur Sanktionsüberwachung. Diese Teams bestehen aus technischen Expertinnen und Experten, die die Implementation der Sicherheitsratsresolutionen überwachen. Kategorie 3: Spezielle politische Missionen, die vor Ort tätig sind. Inbegriffen sind regionale Büros. Die Missionen gehören organisatorisch zum VN-Sekretariat.

in New York verbringen und den anderen Teil in einer Friedensmission. Nach diesem Modell werden fortlaufend neue Stellen konzipiert, aktuell zwei bis drei Stellen jährlich. Im Berichtszeitraum waren deutsche JPO bei den VN-Missionen in Mali, Irak, im Sudan, in der Republik Südsudan und in der Demokratischen Republik Kongo im Einsatz.

Das Freiwilligenprogramm der VN (UNV) beschäftigte im Berichtszeitraum 40 Deutsche (davon eine JPO), wovon 39 ihren Sitz in Bonn hatten. 2022 waren 40 Deutsche als VN-Freiwillige im Einsatz, zwölf waren bei VN-Missionen, die anderen im Entwicklungsbereich tätig.

Über das ZIF wurden aus Mitteln des Auswärtigen Amts auf Grundlage des Formats „**Government Provided Personnel**“ (GPP) in den Jahren 2021 und 2022 vier Deutsche zu der Mission UNMISS, sowie zwei Personen zu MINUSMA und eine Person zu UNITAD sekundiert. Eine weitere Sekundierung zu UNITAD erfolgte auf Grundlage des „Non-reimbursable loan agreement“. Weitere Sekundierungen sind in Vorbereitung.

2.3 Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

UNDP als wichtigster Akteur in der VN-Entwicklungszusammenarbeit mit einem Jahresbudget von rund 5,5 Mrd. USD ist in rund 170 Staaten tätig und mit 135 Länderbüros und fünf Regionalbüros vor Ort vertreten. Weltweit hat UNDP 7.629 Beschäftigte, davon 2.714 im vergleichbaren höheren Dienst, 827 auf den Ebenen P5 und höher.²⁶ UNDP nutzt keine geografische Quote. Gleichwohl wird bei der Besetzung der Positionen besonders auf eine regionale Ausgewogenheit geachtet. Deutschland war 2021 mit Gesamtbeiträgen von ca. 378 Mio. USD hinter den USA (401 Mio. USD) zweitgrößter Geber, liegt aber bei den Personalstellern nicht unter den ersten fünf.

Mit Achim Steiner steht seit Juni 2017 erstmals seit der Gründung von UNDP ein Deutscher als Administrator im Range eines „Under Secretary General“ an der Spitze der Organisation. Dies umfasst zudem den Co-Vorsitz in der Nachhaltigen Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen (UNDG) und die Mitgliedschaft im Exekutivkomitee des Generalsekretärs. Eine zweite Amtszeit von Achim Steiner bis 2025 wurde im April 2021 von der VN-Generalversammlung bestätigt.

Der deutsche Personalanteil im vergleichbaren höheren Dienst ist mit 66 Beschäftigten (2,43 Prozent; 2020: 2,75 Prozent) etwa gleichbleibend. Mit insgesamt 22 Stellen im Senior Management (ab P5) ist Deutschland weiterhin schlechter repräsentiert als z.B. USA (70), Italien (38), Frankreich (35) und Kanada (28). Im Leitungsbe- reich stellt Deutschland neben dem Administrator eine Deputy Assistant Administrator (D2) sowie sechs „Resident Representatives“ in China (D2) sowie in Guinea-Bissau, Laos, Libanon, Papua-Neuguinea und Peru (D1). Deutschland stellt zudem eine Direktorin (New York, D1), einen Direktor (Berlin, D1), einen Manager (Istanbul, D1) und eine Stellvertretende Direktorin (Kopenhagen, D1), sowie zehn deutsche Beschäftigte auf P5-Stellen.

Im JPO-Programm belegt Deutschland mit neun finanzierten Stellen (sechs Frauen) den vierten Platz nach Schweden (15), Japan (zwölf) und dem bei UNDP sehr auf Nachwuchskräfte setzenden China (elf). Seit 2021 verfolgt UNDP ein Rotationsprinzip („Mobility Policy“), das nach spätestens sechs Jahren (auf Härteposten nach zwei Jahren) einen zwingenden Wechsel des Arbeitsplatzes vorsieht. Dies hat zur Folge, dass interne Ausschreibungen eine höhere Bedeutung gewinnen und externe Bewerbungen erschwert werden. Dem JPO-Programm kommt daher verstärkte Bedeutung zu.

Der Frauenanteil bei UNDP liegt im vergleichbaren höheren Dienst bei 48,23 Prozent, in Führungspositionen bei 42,81 Prozent, der Frauenanteil unter deutschen Beschäftigten liegt mit 53 Prozent im höheren Dienst deutlich darüber, in Führungspositionen jedoch nur bei 40,91 Prozent.

Über das ZIF wurden auf Grundlage der 2021 geschlossenen Sekundierungsvereinbarung mit UNDP vier Personen zu UNDP Sudan (davon zwei Frauen) und eine Deutsche zu UNDP Afghanistan sekundiert.

2.4 Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD)

UNCTAD wird von Generalsekretärinnen und Generalsekretären aus Mitgliedstaaten der G77 geleitet. Im September 2021 übernahm mit Rebeca Grynspan (Costa Rica) erstmals eine Frau diese Position. Deutschland besitzt zum Stichtag mit sieben Führungspositionen ab P5 bei insgesamt 18 Entsandten im höheren Dienst einen hohen Anteil an der UNCTAD-Führungsebene und gilt dort als gut repräsentiert. Dies gilt ebenso unter Betrachtung des regulären Budgetanteils: Als viertgrößter Geber besetzt Deutschland mehr Führungspositionen als die anderen

²⁶ Dies beinhaltet auch die Beschäftigten von UNV und UNCDF.

wichtigen Geber USA, China, Japan und Frankreich. Die kontinuierliche politische Unterstützung der UNCTAD durch die Bundesregierung reflektiert sich somit im Personaltabelleau. Der Frauenanteil bei UNCTAD liegt bei 39 Prozent, bei den deutschen Beschäftigten mit 55 Prozent deutlich darüber.

2.5 Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Die älteste Unterorganisation der VN mit Sitz in Genf untergliedert sich in drei Sektoren: Sie weist Funkfrequenzen von Satellitenpositionen zu, erarbeitet technische Standards für Informations- und Kommunikationstechnologien und arbeitet mit Entwicklungsländern zum Aufbau von Telekommunikationsinfrastruktur und -diensten zusammen. Zum Stichtag waren von den 716 Beschäftigten 452 der Kategorie P1 bis D2 zuzuordnen, darunter zehn Deutsche. Der ranghöchste Deutsche im Berichtszeitraum ist der stellvertretende Direktor des Standardisierungsbüros Reinhard Scholl (D2). Eine Deutsche war zum Stichtag als JPO beschäftigt.

2.6 Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Das Mandat der von Regierungs-, Arbeitnehmenden- und Arbeitgebendenvertreterinnen und -vertretern geführten ILO liegt in der Förderung sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeitsbedingungen. Deutschlands Engagement zeigt sich als weiterhin viertgrößter Pflichtbeitragszahler der ILO hinter USA, China und Japan und an gleicher Stelle bei den freiwilligen Beiträgen hinter EU, VN und USA. Deutschland liegt beim Stellenanteil an fünfter Stelle: Insgesamt sind 83 Deutsche bei der ILO tätig. Im vergleichbaren höheren Dienst liegt Deutschland mit 78 von insgesamt 1.353 Beschäftigten mit seinem Stellenanteil von 5,8 Prozent zwar deutlich hinter Frankreich (124; 9,2 Prozent), aber inzwischen knapp vor den USA (77 Beschäftigte). Deutschland bewegt sich damit weiterhin im anhand des Mitgliedsbeitrages errechneten Sollstellenrahmen.

32 deutsche Beschäftigte haben Leitungspositionen²⁷ inne. Dies entspricht einem gestiegenen Anteil von 7,7 Prozent bei einer Gesamtzahl von 416 Stellen auf dieser Ebene, womit Deutschland jetzt auf dem ersten Platz zu verorten ist. Im Spitzenmanagement ist Deutschland mit dem Regionaldirektor für Europa und Zentralasien Heinz Koller (ADG) angemessen vertreten. Diese Stelle wird traditionell mit einer oder einem Deutschen besetzt. Auf der zweiten Führungsebene sind weitere zwei Deutsche in D1-Positionen. Auf der D2-Ebene ist Deutschland mit einer Stelle vertreten. Das starke Engagement Deutschlands im Bereich der Nachwuchsförderung ist positiv herauszuheben und zahlt sich aus. Derzeit arbeiten fünf deutsche JPO bei der ILO, darunter zwei Frauen. Für 2023 stehen drei weitere, auch strategisch herausgehobene, Besetzungen in Aussicht. Die Übernahmeaussichten sind weiter gut. Während der Frauenanteil in der ILO-Belegschaft bei 53 Prozent liegt (unter deutschen Beschäftigten 48 Prozent), bleibt ihr Anteil an Führungspositionen nach erneutem geringen Anstieg noch bei unter 40 Prozent.

Der Gesamtanteil der regulär Beschäftigten in der ILO ist seit 2013 rückläufig. Die ILO verfolgt in ihrer Personalpolitik seit einigen Jahren das Ziel, Personal aus stellenmäßig unterrepräsentierten Ländern zu gewinnen. Das war auch Bestandteil der Wahlkampagne des neuen Generaldirektors. Daher ist in Verbindung mit einem kaum wachsenden ILO-Personalgesamtbestand mit einem Rückgang deutschen Personals zu rechnen. Umso bedeuten-der ist eine effektive Identifizierung und Unterstützung von deutschen Kandidatinnen und Kandidaten.

2.7 Internationaler Währungsfonds (IWF)

Insgesamt sind 115 Deutsche beim IWF tätig, davon 104 im Stab und elf mit Zeitverträgen²⁸. Damit liegt der Anteil der festangestellten deutschen Stabsangehörigen bei 3,5 Prozent (einschließlich Zeitverträgen bei rund drei Prozent). Im engeren Managementbereich der B5-(Direktion/Abteilungsleitung) und B4-Positionen (stellvertretende Abteilungsleitung) ist Deutschland an strategisch wichtigen Positionen mit rund 7,2 Prozent (sechs von 83 Stellen) gut vertreten. Im Bereich A9 bis A15 ist Deutschland (im Vergleich zur Finanzierungsquote von 5,9 Prozent) mit 3,8 Prozent hingegen unterrepräsentiert. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten unter dem deutschen Personal beim IWF beträgt insgesamt 34 Prozent und 31,4 Prozent unter den Festangestellten und liegt damit deutlich unter dem durchschnittlichen Anteil der weiblichen IWF-Beschäftigten (48,1 Prozent bzw. 45,4 Prozent).

²⁷ Ab P5, das heißt dritte Führungsebene.

²⁸ Alle Zahlen beim IWF mit Stand April 2022.

2.8 Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

UNIDO verfolgt einen umfassenden entwicklungspolitischen Ansatz der engen Verzahnung von Industrialisierung mit Faktoren wie bspw. Energiesicherheit, „Green Energy“, Beschäftigung und Ernährungssicherheit, Ressourceneffizienz, berufliche Bildung und soziale Inklusion. Für Deutschland hat die UNIDO in den letzten Jahren daher politisch deutlich an Gewicht gewonnen. Am 12.07.2021 wurde der damalige Bundesminister Dr. Gerd Müller von den 52 Mitgliedstaaten des „Industrial Development Board“ der UNIDO zum neuen Generaldirektor bestimmt und ist seit 10.12.2021 im Amt. Er ist der erste Generaldirektor aus einem Industriestaat. Die Bundesregierung trägt der gewachsenen Bedeutung der Organisation u.a. dadurch Rechnung, dass sie ihre Zusammenarbeit mit UNIDO im Rahmen des Zweiten Strategischen Dialogs im Dezember 2022 weiter vertieft hat.

UNIDO hat insgesamt 684 Beschäftigte in ihrer Zentrale in Wien und in mehr als 50 Büros weltweit. Deutschland stellt 34 Beschäftigte (als „locally recruited staff“ und „international staff“), davon 30 im vergleichbaren höheren Dienst („international staff“, P2 aufwärts einschließlich extra-budgetäre Stellen), was den nominell größten Anteil von Beschäftigten („international staff“) in der UNIDO²⁹ darstellt. Auf der Basis eines informellen Personalkorridors gilt Deutschland in der UNIDO damit als sehr gut repräsentiert.³⁰ Auf Leitungsebene ist Deutschland, nach dem Generaldirektor und dem „Managing Director“ (Abteilungsleiter und einer der stv. Generaldirektoren), mit drei Deutschen als Senior Manager (P5) und sechs Deutschen als Direktoren (D2/D1/L6) vertreten. Zum Ende des Berichtszeitraums waren zwei deutsche JPO bei UNIDO tätig. Aufgrund budgetärer Zwänge werden Vakanzen hauptsächlich intern besetzt und Übernahmen von JPO sind ungewiss. Der Frauenanteil bei UNIDO liegt bei 42 Prozent (deutsche Beschäftigte 38,2 Prozent), eine Geschlechterparität ist besonders ab Ebene P5 noch nicht erreicht.

2.9 Weltbankgruppe (WBG)

Die Weltbankgruppe besteht aus fünf Organisationen: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), Internationale Finanz-Corporation (IFC), Multilaterale Investitions-Garantie Agentur (MIGA) und dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID). Die WBG verfügt über gut 17.000 Beschäftigte, davon 11.000 internationale Stabsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. 64 Prozent des Stabes sind in Washington D.C. eingesetzt, die restlichen 36 Prozent verteilen sich auf die 143 Außenbüros der WBG.

Der Anteil der deutschen Beschäftigten am internationalen Stab der WBG liegt mit 219 Beschäftigten bei 3,24 Prozent. Mit diesem seit Jahren relativ stabilem Anteil ist Deutschland bei einem Kapitalanteil von gut vier Prozent leicht unterrepräsentiert. Unter Berücksichtigung von als Consultants beschäftigten Deutschen sind rund 600 Deutsche bei der WBG tätig. Seit 01.07.2022 ist mit Martin Raiser (Vizepräsident, Abteilung Südasiens) und sind weiterhin mit der Deutsch-Schweizerin Anke D'Angelo (Vizepräsidentin und Leiterin der internen Prüfungsabteilung) und Jürgen Vögele (Vizepräsident, Nachhaltige Entwicklung) drei Deutsche auf der Führungsebene vertreten und mit ca. fünf Prozent aller Führungskräfte leicht überrepräsentiert.³¹

Beim Frauenanteil besteht für Deutschland in allen drei Organisationen insgesamt Aufholbedarf: Bei der Weltbankgruppe liegt der Anteil bei 40 Prozent, im höheren Management bei nur 15 Prozent (im Vergleich Weltbankgruppe insgesamt: 44,2 Prozent).

Während die Besetzung hochrangiger Positionen vor allem auch politischer Flankierung bedarf, ist für die Nachwuchsförderung das JPO-Programm von zentraler Bedeutung, denn Spitzenpersonal wird sehr häufig aus dem eigenen Haus rekrutiert. Im Rahmen des JPO-Programms sind sechs Deutsche bei der Weltbankgruppe tätig.

2.10 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Der Anteil der deutschen Beschäftigten bei den regulären Stellen des vergleichbaren höheren Dienstes bleibt mit 49 von 1.533 seit Jahren stabil bei 3,2 Prozent. Gemessen an seinem Beitrag zum Haushalt von knapp sechs Prozent, ist Deutschland somit deutlich unterrepräsentiert. Mit 69 Deutschen von insgesamt 2.553 Beschäftigten fällt der deutsche Anteil mit 2,7 Prozent in der Gesamtbetrachtung noch schlechter aus, was jedoch auch für andere große Beitragszahler wie die USA, Japan und China gilt. Beim Führungspersonal (P5 und höher) sind zwar 17

²⁹ Gefolgt von China mit 22 Mitarbeitern, Italien (20), Sitzstaat Österreich (20), und Japan (19). (Zahlen Stand Dezember 2022).

³⁰ Ebenfalls überrepräsentiert sind vor allem Länder, die inzwischen ausgetreten sind (Frankreich, Belgien).

³¹ Die Ebene Vizepräsidentin/Vizepräsident bei der Weltbank entspricht in etwa der Ebene Abteilungsleitung in der deutschen Ministerialbürokratie. Insgesamt gibt es in der WBG 58 Positionen auf dieser Ebene.

Stellen (4,6 Prozent) mit Deutschen besetzt, in den strategisch wichtigen Fachabteilungen „Nuclear Safety and Security“ sowie „Safeguards“ besetzt Deutschland derzeit jedoch keine Position auf Direktionsebene. Mithin, insbesondere auf Führungsebene der Fachabteilungen, ist die geringe Anzahl qualifizierter deutscher Bewerberinnen und Bewerber mit nukleartechnologischem Hintergrund aufgrund rückläufiger nukleartechnischer Lehre, Forschung und Praxis in Deutschland. 2022 wurden drei deutsche JPO-Stellen in der IAEA finanziert, eine davon aus dem beim BMUV angesiedelten nationalen „Unterstützungsprogramm für Safeguards“.

Seit seinem Amtsantritt Ende 2019 hat IAEA Generaldirektor Grossi den Frauenanteil in der IAEA signifikant ausgebaut. Die Bundesregierung unterstützt dies ausdrücklich: Der Frauenanteil am deutschen Personal des vergleichbaren höheren Dienstes liegt mit 28,5 Prozent noch unter dem der IAEA (41,3 Prozent). Seit Anfang 2018 ist Deutschland Mitglied der „Group of Friends for Women in Nuclear“. Deutschland unterstützt das von Generaldirektor Grossi im März 2020 ins Leben gerufene „Marie Skłodowska Curie Fellowship Programme“, das gezielt Frauen fördert, die ein Studium oder einen technischen Beruf ergreifen.

2.11 Internationaler Strafgerichtshof (ICC) und andere Gerichtshöfe (IRMCT, STL, ICJ, KSC)

Beim Personal der internationalen bzw. hybriden (Straf-)Gerichtshöfe bleibt Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Mitgliedstaaten tendenziell unterrepräsentiert. Dies gilt in besonderem Maße für den **Internationalen Strafgerichtshof (ICC)**, wo die Leitung des Gerichtshofs sowie seine Personalabteilung gemeinsam mit der Bundesregierung an Maßnahmen arbeiten, um mehr deutsche Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen.

Am ICC gibt es im vergleichbaren höheren Dienst eine Personalquote von 27 bis 37 Stellen für Deutschland als zweitgrößten Beitragszahler (ca. 12 Prozent, 20 Mio. Euro). Prof. Bertram Schmitt ist seit März 2015 Richter in der Hauptverfahrenskammer des ICC. Er wird regulär im Frühjahr 2024 ausscheiden; für die Wahl im Dezember 2023 hat die Bundesregierung 2022 die BGH-Strafrichterin Dr. Ute Hohoff nominiert. In den vergangenen Jahren ist eine stetige Verbesserung der deutschen Personalpräsenz zu verzeichnen, dennoch liegt Deutschland mit 33 Beschäftigten (davon zwölf Frauen) weiter unter der angestrebten Quote. Deshalb war das Abkommen zur Einbindung des ICC in das deutsche JPO-Programm 2020 ein wichtiger Erfolg: 2021 nahm die erste deutsche JPO am ICC ihre Arbeit als „Associate Trial Lawyer“ auf, das Programm wurde 2022 fortgesetzt. Am ICC sind zwei Frauen und sechs Männer als Sekundierte eingesetzt. 2022 hat das ZIF eine Sekundierungsvereinbarung mit dem ICC geschlossen auf deren Basis im Jahr 2022 drei Deutsche (davon eine Frau) sekundiert wurden.

Der **Internationale Residualmechanismus für Sonderstrafgerichtshöfe (IRMCT)** ist das Nachfolgegericht der internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda. Nur ein geringer Anteil des ehemaligen Personals ist übernommen worden. Der Residualmechanismus wickelt nur noch in geringem Umfang Strafverfahren ab und ist daher für Neubewerbungen im Rechtsbereich weniger attraktiv. Der deutsche Personalanteil ist mit fünf deutschen Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst bei einer sinkenden Beschäftigtenzahl von 185 (2020: 231) in diesem Bereich in Anbetracht des Budgetanteils von 6,11 Prozent als viertgrößter Geber³² vertretbar.

Sonderstrafgerichtshöfe: Das **Sondertribunal für den Libanon (STL)** in Den Haag wurde bisher von 49 Prozent libanesischen und 51 Prozent freiwilligen Beiträgen der internationalen Gemeinschaft (Deutschland als fünftgrößter Geber) finanziert. Das Gericht wird seit Mitte 2022 in einen „dormant state“ überführt und soll nach Abschluss der verbleibenden Aufgaben bis Ende 2023 geschlossen werden. Daher haben die vier deutschen Beschäftigten das STL bereits verlassen. Bei den sogenannten **Kosovo Sonderkammern (KSC & SPO)** in Den Haag sind drei deutsche Richter tätig, darüber hinaus an den Sonderkammern sowie im Büro des Chefanklägers insgesamt 13 Deutsche, darunter drei von deutschen Behörden abgeordnete Beschäftigte. Damit ist Deutschland personell – nicht zuletzt in Schlüsselpositionen – vergleichsweise gut aufgestellt. Am Sonderstrafgerichtshof in der Zentralafrikanischen Republik (**CPS CAF**) ist seit September 2022 die Stelle des „International Deputy Registrar“ mit einem sekundierten Deutschen besetzt. Ein weiterer Deutscher arbeitet als sekundierter Richter in der Rechtsmittelkammer.

Der **Internationale Gerichtshof (ICJ)** ist Hauptrechtsprechungsorgan der VN. Im vergleichbaren höheren Dienst hat der ICJ rund 56 Beschäftigte, Deutschland ist dort weiterhin mit einer langjährigen Mitarbeiterin („Legal Officer“, P3) vertreten. Prof. Dr. Georg Nolte ist seit Februar 2021 Richter am ICJ. Er wird dem Gremium in seiner ersten Amtszeit bis 2030 angehören.

³² China als zweitgrößter Geber (12,3 Prozent) ist nur mit einem Richter vertreten.

Der deutsche Personalanteil an den Strafgerichtshöfen soll weiter erhöht werden. Das AA engagiert sich in enger Abstimmung mit dem BMJ und den Landesjustizbehörden unter anderem mit der gezielten Ansprache möglicher Kandidatinnen und Kandidaten, Vorträgen beim Richterbund sowie mit der gezielten Einladung der Gerichtshöfe zu Karrieremessen.

2.12 Welthandelsorganisation (WTO)

Deutschland war 2022 im WTO-Sekretariat unverändert mit 23 (davon zehn Frauen) von insgesamt 657 WTO-Beschäftigten vertreten und lag damit auf Rang sechs hinter Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Spanien, USA und Italien. Mit knapp 3,5 Prozent des WTO-Personals im Sekretariat ist Deutschland als drittgrößter Beitragszahler (7,2 Prozent) unterrepräsentiert. Seit mit Antritt der neuen Generaldirektorin Okonjo-Iweala (Nigeria) zum 01.03.2021 einhergehendem Ausscheiden des deutschen stellvertretenden Generaldirektors, DDG Dr. Karl Brauner, war Deutschland weder im Leitungsbereich noch unter den Direktorinnen und Direktoren (Grade 11/12) vertreten. Im Oktober 2022 wurde Prof. Ralph Ossa zum Chefvolkswirt (Grade 11) ernannt, um den Dienst zum 01.01.2023 anzutreten. Perspektivisch soll die DDG-Position wieder von Deutschland angestrebt werden.

Frauen stellen seit Jahren 55 Prozent des gesamten WTO-Personals, 48 Prozent im vergleichbaren höheren Dienst und 37 Prozent im Leitungsbereich. Der Frauenanteil deutscher Beschäftigter liegt dabei bei 36 Prozent. Acht Frauen sind unter den 22 Beschäftigten ab Grade 9. Unter der Prämisse der Rekrutierung auf der Basis von Qualifikation bemüht sich die WTO um eine Erhöhung des Frauenanteils sowie des Anteils von Beschäftigten aus dem Globalen Süden, insbesondere aus „Least Developed Countries“. Diese Linie wird von Deutschland unterstützt.

3. Internationale Organisationen in den Bereichen Gesundheit, Welternährung und Flucht/Migration

Der Fokus in diesem Abschnitt wird auf internationale Organisationen – dabei primär Sonderorganisationen und Programme der Vereinten Nationen – aus den Bereichen Gesundheit, Welternährung und Flucht/Migration gelegt. In diesen hat die Bundesregierung ihr finanzielles Engagement in den letzten Jahren ausgeweitet. Die Bundesregierung wirbt nachdrücklich dafür, dass sich das politische und finanzielle Engagement mittelfristig auch angemessen in der Personalpräsenz widerspiegelt.

3.1 Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Deutschland ist auf Rang sechs der Hauptpersonalsteller der WHO³³. Insgesamt arbeiten 129 deutsche Mitarbeitende in einem formellen Beschäftigungsverhältnis für die WHO (davon 115 im vergleichbaren höheren Dienst). Deutsche Beschäftigte machten damit 3,28 Prozent der insgesamt 3.052 Beschäftigten in dieser Kategorie aus. Unter den deutschen Beschäftigten gibt es 43 Führungskräfte. Der Anteil an Frauen insgesamt ist mit 53 Prozent leicht über dem der WHO insgesamt (50 Prozent). Unter Generaldirektor Dr. Tedros Ghebreyesus wird weiter eine strikte Geschlechterparitätspolitik verfolgt. Insbesondere wurde die Führungsebene (Deputy Director General/Assistant Director General) konsequent mehrheitlich mit Frauen besetzt. Zusätzlich finanziert Deutschland sechs JPO, davon sind vier Frauen.

Die ranghöchste Deutsche in der WHO war ab März 2021 Dr. Catharina Böhme als Kabinettschefin des Generaldirektors im Range einer „Assistant Director General“ als Nachfolgerin des Deutschen Dr. Bernhard Schwartländer. Zu Mai 2023 wechselte sie auf die Position der stv. Generaldirektorin mit Zuständigkeit für Außenbeziehungen und Governance, ebenfalls im Range einer ADG. Damit wurde ein zentrales Ziel der deutschen internationalen Personalpolitik gegenüber der WHO erreicht. Weiterhin besetzt Deutschland sieben D1- und vier P6-Stellen. Zudem stellt Deutschland drei Länderbüroleiter bei der WHO und mit Gundo Weiler einen Beschäftigten auf der zweiten Führungsebene unter dem neuen Regionaldirektor von WHO EURO.

Im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie hat die Bundesregierung ihre finanzielle Unterstützung für die WHO maßgeblich gesteigert³⁴, so dass Deutschland als zweitgrößter (staatlicher) Geber einen Beitrag von 10,58 Prozent zum Gesamtbudget der WHO im Biennium 2022/2023 leistet. Mit einem Anteil von vier Prozent am Führungspersonal der WHO ist Deutschland allerdings stark unterrepräsentiert. Angestrebt wird die Besetzung von mindestens ein bis zwei weiteren D1-/D2-Stellen; die Kontinuität auf ADG-Ebene ist durch die Ernennung

³³ 2021 hinter den USA mit 296 Beschäftigten, dem Vereinigten Königreich mit 214, Indien mit 181, Frankreich mit 178 und Kanada mit 118.

³⁴ Im Biennium 2022/2023 mit Mitteln i.H.v. 852 Mio. USD (Pflichtbeitrag und freiwillige Beiträge).

von Dr. Catharina Böhme gewahrt. Besonderes Augenmerk wird dabei auch auf deutsche Beschäftigte in Führungspositionen innerhalb der Organisation gelegt, die sich für höherrangige Aufgaben anbieten. Bislang führten interne Bewerbungen von Deutschen nur unterdurchschnittlich zum Erfolg.

Seit der Entsendevereinbarung von 2022 zwischen ZIF und WHO unter Begleitung des Auswärtigen Amts unterstützt Deutschland die WHO im Rahmen von humanitären Kurzzeiteinsätzen von Sekundierten über das ZIF. 2022 waren drei Personen (drei Frauen) zur WHO sekundiert.

3.2 Globaler Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) und die Impfallianz Gavi

Der GFATM ist eine ausschließlich aus freiwilligen Beiträgen finanzierte Stiftung nach Schweizer Recht mit Teilprivilegien und Immunitäten einer internationalen Organisation. Die Rolle als drittgrößter Geber korrespondiert nicht mit dem Anteil der Deutschen im GFATM. Hier liegt Deutschland mit 27 der insgesamt 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, deutlich hinter anderen Personalstellern. Insgesamt liegt die Anzahl der deutschen „Senior Manager“ bei acht Beschäftigten (Frauenanteil 62 Prozent). Der Frauenanteil unter deutschen Beschäftigten insgesamt liegt bei 60 Prozent.

Obwohl Deutschland auch die Impfallianz Gavi als drittgrößter Geber (zwei Mrd. EUR in der Förderperiode 2021-2025, inkl. Beiträge an die COVAX-Facility) unterstützt, ist deutsches Personal mit derzeit nur 13 (davon sieben Frauen) von 360 Beschäftigten (3,6 Prozent des Personals) deutlich unterrepräsentiert (Stand: 30.04.2022). Mit Dr. Johannes Ahrendts ist ein Deutscher als „Senior Manager“ tätig. Wegen der besonderen Rechtskonstruktionen von Gavi und GFATM kann Deutschland keine JPO-Abkommen schließen. Deutschland unterstützt die COVAX-Facility³⁵, die von Gavi verwaltet wird, aktuell mit einer von Deutschland finanzierten und über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) entsendeten Person sowie einer vom AA finanzierten Expentin.

3.3 Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)

UNAIDS mit Sitz in Genf ist federführend bei der Entwicklung der Globalen AIDS Strategie (aktuell 2021-2026) und sieht für die Umsetzung des Arbeitsplans ein jährliches Kernbudget von 242 Mio. USD vor. Unter anderem die schwierige finanzielle Situation führte zu einem Neustrukturierungsprozess, der Stellenkürzungen sowie Stellenverlegungen (u.a. von ca. 50 Stellen der Personalverwaltung nach Bonn) enthält. Zum Stichtag waren insgesamt noch 658 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei UNAIDS beschäftigt, davon sieben Deutsche (alles Frauen, darunter drei JPO), womit Deutschland unterrepräsentiert ist. Im Oktober 2022 wurde die Deutsche Christine Stegling vom VN-Generalsekretär zur „Assistant Secretary-General“ und „Deputy Executive Director for Policy, Advocacy and Knowledge Branch“ ernannt. Sie ist damit ranghöchste Deutsche bei UNAIDS. 2022 unterstützte Deutschland UNAIDS als viertgrößter Geber mit ca. fünf Prozent (2021: sechs Prozent) der Gesamtbeiträge. Durch den Realignment-Prozess sind zwei von Deutschen besetzte Stellen gefährdet. Deshalb werden insbesondere Bewerbungen im Bereich des „Senior Managements“ weiter gezielt unterstützt.

3.4 Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

Insgesamt sind 28 Deutsche bei UNFPA beschäftigt. Im vergleichbaren höheren Dienst liegt der deutsche Personalanteil damit bei drei Prozent. Im Professional-Bereich ist Deutschland als sechstgrößter Geber mit 27 Beschäftigten nach wie vor der personell mit am prominentesten vertretenen Mitgliedstaat bei UNFPA³⁶. Deutschland ist besonders qualitativ sehr gut vertreten mit zwei D1- und elf P5-Stellen. Insgesamt herrscht beim Personal von UNFPA Geschlechterparität, wobei der Frauenanteil unter deutschen Beschäftigten bei ca. 38 Prozent liegt.

Das JPO-Programm bei UNFPA hat sich grundsätzlich als erfolgreich erwiesen. Gleichzeitig ist das deutsche Engagement im Berichtszeitraum auch finanziell tendenziell angewachsen, besonders im Kontext der Covid-19 Pandemie. Deshalb soll mittelfristig eine deutsche Personalpräsenz in den obersten beiden Führungsebenen (D2 und ASG) angestrebt werden.

³⁵ COVAX – Covid-19 Vaccines Global Access Initiative, die einen weltweit gleichmäßigen und gerechten Zugang zu Covid-19-Impfstoffen gewährleisten will.

³⁶ Nach Zahlen von 31.12.2022 ist Deutschland auf Platz 6 hinter USA (85 Professional Staff), Italien (39), dem Vereinigten Königreich (30), Frankreich (29) und Indien (28).

3.5 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Für die FAO als größte aller VN-Sonderorganisationen mit dem Mandat für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei sowie Ernährung und Sitz in Rom wird nach einem speziellen Verteilungsschlüssel (Sollstellenrahmen) für jedes Mitgliedsland ermittelt, in den unter anderem die Höhe der Beiträge und die Bevölkerungsgröße einfließen. Dieser liegt für Deutschland bei zwischen 41 und 56 Stellen.

Ende 2021 waren insgesamt 67 Deutsche auf „Staff Positionen“ bei der FAO beschäftigt, davon 33 Frauen, zudem sieben JPOs, davon fünf Frauen. 44 Stellen wurden aus dem regulären Arbeits- und Haushaltsprogramm (PWB) finanziert und unterfielen damit dem geografischen Verteilungsschlüssel von 41 bis 56 Stellen und Deutschland war nach dem FAO Verteilungsschlüssel angemessen vertreten, lag jedoch im unteren Bereich. Bei den Spitzenpositionen besetzt deutsches Personal sieben D1-Stellen, davon sechs in Rom. Im November 2022 waren dagegen noch 62 Deutsche auf „Staff Positionen“ beschäftigt und Deutschland war zum 01.12.2022 nach dem Verteilungsschlüssel gerade noch angemessen vertreten. Auf der höheren Leitungsebene (ab D2 aufwärts) ist Deutschland seit Anfang 2019 dagegen nicht mehr vertreten, was der Rolle als viertgrößter Beitragszahler der FAO (6,09 Prozent) nicht gerecht wird. Ziel deutscher Personalpolitik ist es, auf der höheren Leitungsebene wieder vertreten zu sein. Dafür wurden nach der Umstrukturierung 2020 strategische Stellen, insbesondere auf D2-Ebene, identifiziert und gezielt hochqualifizierte externe und interne Kandidatinnen und Kandidaten hochrangig unterstützt, die sich jedoch nicht durchsetzen konnten. Die endgültige Entscheidung aus der Bestenliste in den Auswahlverfahren obliegt maßgeblich Generaldirektor Qu Dongyu (China).

3.6 Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der IFAD als Sonderorganisation der Vereinten Nationen und zugleich eine der sog. internationalen Finanzinstitutionen mit Sitz in Rom beschäftigte zum Stichtag insgesamt 735 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Frauenanteil 57,3 Prozent). Seit 2018 arbeitet IFAD dezentral, Ende 2022 waren fast 40 Prozent der Beschäftigten in den Länder- und Regionalbüros eingesetzt (Ziel: 45 Prozent bis 2024). Deutschland als drittgrößter Geber bei Kernbeiträgen und signifikanter Kofinanzierer für Sonderbedarfe ist zum Stichtag mit 14 Beschäftigten (ohne Kurzzeitverträge) eher unterrepräsentiert.

Der ranghöchste Deutsche bei IFAD war seit Oktober 2020 Dominik Ziller als Vizepräsident. Damit besetzte Deutschland zum zweiten Mal in Folge eine IFAD Schlüsselposition, scheidet jedoch zum März 2023 auf eigenen Wunsch aus. Es wird angestrebt, dass Deutschland künftig wieder im Senior Management ab Stufe D2 vertreten ist. Auf Regional- und Länderebene leiten deutsche Beschäftigte u.a. Regionalbüros in Brasilia (P5), New Delhi (P5) sowie Büros im westlichen und südlichen Afrika. In der IFAD Zentrale ist Deutschland u.a. auf der D1- (eine Person) und P5-Ebene (zwei) vertreten. Vier deutsche JPOs sind in IFAD tätig, sowie zusätzlich deutsche Beschäftigte mit Zeit- und Consultant-Verträgen. Die sich im Zusammenhang mit laufenden Reformen ergebenden Einstiegschancen sollen genutzt werden.

3.7 VN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA)

UNOCHA ist Teil des VN-Sekretariats mit Hauptsitzen in Genf und New York sowie dezentralen Büros und hat die Aufgabe, humanitäre Hilfsmaßnahmen innerhalb des VN-Systems weltweit zu koordinieren, um effektive Hilfe zu gewährleisten. UNOCHA beschäftigt insgesamt 754 Personen im Bereich „Professional Staff“³⁷. An der Spitze der Personalstellenden stehen die USA (75 Beschäftigte, davon 19 Führungskräfte ab P5), gefolgt von Frankreich (45; sieben), Kenia (37; zwei), das Vereinigte Königreich (36; 15), Italien (36; 55) und Kanada (33; fünf). Deutschland folgt mit 25 Beschäftigten, davon drei im Senior Management. Von den 24 deutschen Beschäftigten des vergleichbaren höheren Dienstes sind elf in New York, sieben in Genf und sechs im Feld stationiert. Deutschland stellt zum Stichtag drei JPO bei UNOCHA, davon eine in New York, zwei in den Regionalbüros Nairobi und Panama. 54 Prozent der deutschen Beschäftigten sind weiblich, womit der deutsche Frauenanteil über dem UNOCHA-Anteil von 48,5 Prozent liegt.

OCHA finanziert sich nur zu fünf Prozent aus dem VN-Gesamtbudget, der Rest sind freiwillige Beiträge und Spenden. Frankreich, Italien und Kanada sind dabei, gemessen an ihren finanziellen Beiträgen, stark überrepräsentiert.³⁸ Deutschland lag bei den finanziellen Beiträgen zum Kernbudget des UNOCHA an vierter Stelle und

³⁷ Ab P2 aufwärts.

³⁸ Schweden und Norwegen als dritt- und fünftgrößte Geber sind dagegen mit elf bzw. fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stark unterrepräsentiert.

war größter Geber für das Gesamtbudget einschließlich des VN-Nothilfefonds/CERF und des humanitären Länderfonds/CBPFs (2021). Im Spitzenmanagement von UNOCHA ist Deutschland zum Stichtag mit drei D1-Stellen vertreten und bleibt mit 19 bzw. 15 „Senior Managern“ deutlich unterrepräsentiert. Deutschland finanziert zudem drei JPOs. UNOCHA steht weiter in der Kritik der Überrepräsentanz westlicher Staatsangehöriger in der Zentrale. Dies erschwert auch die deutschen Bemühungen nach besserer Personalpräsenz.

Seit der Unterzeichnung der Entsendevereinbarung von 2019 zwischen ZIF und UNOCHA unter Begleitung des Auswärtigen Amts unterstützt Deutschland UNOCHA im Rahmen von Kurzzeiteinsätzen von Sekundierten über das ZIF. 2021 und 2022 konnten 12 Sekundierungen (davon eine Frau) abgeschlossen werden.

Vor dem Hintergrund des strategischen Interesses an einer besseren Personalpräsenz bei UNOCHA hat das Auswärtige Amt im Februar 2021 eine zielgruppenorientierte Informationsveranstaltung zu Tätigkeiten bei UNOCHA durchgeführt, die zusätzliche Bewerbungen generierte.

3.8 Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

UNICEF, eine der größten VN-Organisationen und eine der wenigen mit dualem Mandat sowohl für humanitäre Hilfe als auch für Entwicklungszusammenarbeit, finanziert sich fast ausschließlich über freiwillige staatliche und private Beiträge. Die USA sind größter Beitragszahler und stellen traditionell die Exekutivdirektorin. Deutschland war sowohl 2021 mit 868 Mio. USD (10,7 Prozent des Gesamtbudgets) als auch 2022 mit 1,06 Mrd. USD zweitgrößter Geber knapp hinter den USA.

UNICEF beschäftigt im Bereich „Professional Staff“ (vgl. höherer Dienst) 80 Deutsche, davon 50 Frauen, wobei der Anteil des deutschen Personals damit seit Jahren relativ konstant niedrig bei knapp unter zwei Prozent liegt (2022: 1,67 Prozent). Deutschland rangiert somit deutlich hinter den größten Personalstellern: USA (378), dem Vereinigten Königreich (234), Frankreich (230), Indien (215) und Italien (200). China stellte 43 Beschäftigte im vergleichbaren höheren Dienst bei einem Beitrag zum UNICEF-Gesamtbudget von 2,4 Mio. USD (2021). Insgesamt sind die Stellen bei UNICEF nahezu geschlechtergerecht besetzt.

Mit der deutsch-tunesischen Doppelstaaterin Amel Karboul, der CEO des „Education Outcome Funds“ unter dem Dach von UNICEF, besetzt Deutschland seit langem erstmals wieder eine D2-Stelle. Mit einer D1- und 20 P5-Stellen ist die deutsche Präsenz auch auf der Führungsebene ausbaufähig. Verstärkt wird diese durch die Entsendung von sechs JPO, darunter vier Frauen. Ein Ausbau der Präsenz auf allen Ebenen, insbesondere ab D2 aufwärts, wird angestrebt. Fragen der geografischen Diversität erschweren deutsche Bewerbungen.

3.9 Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)

Deutschland hat sein Engagement beim WFP mit Sitz in Rom seit 2012 stetig verstärkt; in den Jahren 2021 und 2022 war Deutschland hinter den USA jeweils zweitgrößter staatlicher Geber und lag 2022 mit über 1,7 Mrd. USD deutlich vor dem nächstgrößten bilateralen Geber Kanada (440 Mio. USD).

Quantitativ bleibt Deutschland innerhalb der Gruppe der fünf größten Geberländer trotz gleichzeitigem Personalwuchs des WFP auf 23.266 Beschäftigte stark unterrepräsentiert. Zum Stichtag waren insgesamt 171 Deutsche beschäftigt (2021: 157), davon 69 (2021: 62) im vergleichbaren höheren Dienst tätig („international professional staff“), sowie fünf deutsche JPO. Deutschland liegt damit Bereich „international professional staff“ deutlich hinter Sitzstaat Italien (214), USA (157), Frankreich (111), Kenia (103) und dem Vereinigten Königreich (97). Der Frauenanteil des deutschen Personals liegt mit 61 Prozent deutlich über dem WFP-Durchschnitt von 42 Prozent. Im höheren Management konnte mit 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein leichter Anstieg erreicht werden. Mit Ute Klamert als Beigeordneter Exekutivdirektorin (ASG-Ebene) für den Bereich Partnerschaften und Advocacy ist Deutschland seit März 2019 erstmals auch im Spitzenmanagement der Organisation vertreten, zudem mit zwei D2-Positionen und drei D1-Positionen; Dr. Martin Frick übernahm im November 2021 die Leitung des WFP-Büros in Berlin auf D2-Ebene. Bis Februar 2021 war Dr. Ulrich Seidenberger als Vorsitzender der Gruppe der Geberländer tätig. Unter den Regionaldirektorinnen und -direktoren ist Deutschland weiterhin nicht vertreten.

Die Stagnation im mittleren Management (2022: 24 P4 und 19 P3), die Voraussetzung von Feld- und Krisenortterfahrung sowie der hohe Anteil von Beraterinnen- und Beraterstellen (72 deutsche „Consultants“) erschweren den internen Personalaufstieg. Die Bereiche „Emergencies, Logistics, Supply Chain“, sowie die Stärkung der Resilienz- und Entwicklungsdimension (Strategischer Plan 2022 – 2025) bieten gute Einstiegsmöglichkeiten für Externe, die genutzt werden sollen.

Seit dem Abschluss der Entsendevereinbarung aus dem Jahr 2020 zwischen ZIF und WFP unter Begleitung des Auswärtigen Amts unterstützt Deutschland WFP im Rahmen von Kurzzeiteinsätzen von Sekundierten über das ZIF. 2021 und 2022 wurden acht Personen (davon fünf Frauen) sekundiert.

3.10 Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die IOM hat für Deutschland im Berichtszeitraum weiter sehr hohe Bedeutung. Deutschland ist nach den USA zweitgrößter bilateraler Geber hinter den USA mit einem Beitrag zum Gesamtbudget von rund 239 Mio. USD (2021) und rund 274 Mio. USD (2022).

Durch seine dezentrale Aufstellung (nur drei Prozent des Personals am Hauptsitz in Genf) besteht eine besondere personalwirtschaftliche Struktur mit einem hohen Anteil lokal Beschäftigter. Deutschland ist daher mit insgesamt 167 Beschäftigten, davon 55 im vergleichbaren höheren Dienst, unter den insgesamt 18.934 Beschäftigten weltweit insgesamt noch angemessen vertreten (Platz acht der Personalsteller), nicht jedoch im Vergleich zu anderen europäischen Mitgliedstaaten. Der Frauenanteil bei IOM liegt im Durchschnitt bei 50 Prozent, unter deutschen Beschäftigten bei 65 Prozent. Auf Führungspositionen in zweiter Ebene (D2, D1, P5) waren 2022 acht Deutsche beschäftigt, davon fünf Frauen. Der ranghöchste Deutsche (D2) ist seit August 2022 der Leiter des IOM Regionalbüros Südosteuropa in Wien. Seit Februar 2020 ist ein Mitarbeiter des BMZ zur IOM nach Genf sekundiert. IOM gilt als attraktiver Einstieg in das VN-System. Derzeit sind vier deutsche JPO bei IOM tätig, die Übernahmequote liegt aktuell bei fast 100 Prozent.

Die kontinuierliche Förderung des deutschen Personals zielt darauf, die gute Personalpräsenz aufrecht zu erhalten und einen Ausbau insbesondere im Führungsbereich einzuleiten. Gerade im Vergleich mit Italien und Frankreich besteht gemessen an der Höhe der Beitragszahlungen weiteres Ausbaupotential, wobei Bewerbungen aus Südeuropa vom Sprachenregime der IOM (Englisch, Französisch, Spanisch) profitieren. Zudem drängen die Regionen des globalen Südens auf stärkere Beteiligung. China (Mitglied seit 2016), aber auch Japan bauen ihre Positionen aus. Insgesamt steigender Konkurrenzdruck erschwert die anteilige Erhöhung des deutschen Beschäftigtenanteils bei dem allgemeinen Personalaufwuchs von IOM.

3.11 Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)

Deutschland gehört zu den wichtigsten politischen und finanziellen Unterstützern des UNHCR, konnte seine Position in den letzten Jahren weiter festigen und teils deutlich ausbauen. Es ist zweitgrößter bilateraler Geber hinter den USA (rd. 1,87 Mrd. USD im Jahr 2021 und 2,195 Mrd. USD 2022), hat seine Zuwendung an UNHCR weiter gesteigert (2021 rd. 489 Mio. USD; 2022 537 Mio. USD) und damit die Europäische Kommission (rd. 327 Mio. USD 2021 und 255 Mio. USD 2022) als zweitgrößte Geberin abgelöst. Zudem genießt Deutschland als Mitglied in der Gruppe der größten Aufnahmestaaten von Flüchtlingen und aufgrund seines politischen Engagements für Flüchtlingsschutz weltweit, im UNHCR einen hervorragenden Ruf und übt eine Brückenfunktion aus.

Bei den Hauptpersonalstellern rangiert Deutschland dennoch nur auf Platz sieben. Andere – auch europäische – Staaten stellen hier eine deutlich höhere Anzahl von Beschäftigten bei erheblich niedrigerer Fördersumme. Insgesamt waren zum Stichtag 95 Deutsche bei UNHCR tätig. Mit einem Frauenanteil von 65 Prozent bei den deutschen Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst liegt Deutschland deutlich über dem entsprechenden UNHCR-Frauenanteil (47 Prozent).

Deutschland ist nicht im Spitzenmanagement von UNHCR vertreten, auf der zweiten Führungsebene bis Ende 2022 jedoch mit zwei D2-Stellen (UNHCR-Repräsentantin in Berlin und UNHCR-Repräsentant in Amman) und sieben D1-Stellen, was eine Verbesserung im Vergleich zu 2020 darstellt. Mittelfristig wird die deutsche Präsenz vor allem auf der Ebene D1, D2 und höher weiter aktiv verfolgt und gegenüber der UNHCR-Spitze kontinuierlich thematisiert. Eine gezielte Identifizierung und Förderung deutscher Nachwuchsführungskräfte wurde angestoßen. Wichtig bleibt eine Förderung der Beschäftigten auf P5-Ebene (18 Stellen) auf dem Weg zu höheren D-Gruppierungen. Während Deutschland angesichts seiner bedeutenden Rolle auf mittlerer und oberer Führungsebene unterrepräsentiert ist, ist es die europäische Gruppe insgesamt nicht. Darüber hinaus drängen die Mitgliedsstaaten des globalen Südens und vor allem die großen Flüchtlingsaufnahmeländer auf eine stärkere Berücksichtigung bei der Besetzung von Führungspositionen. Eine Quotierung zugunsten dieser Staaten ist zu erwarten.

Die deutsche Präsenz wird zum Stichtag verstärkt durch fünf JPO, die an strategisch wichtigen Stellen in Genf als auch im Feld eingesetzt werden. Dies ist ein Rückgang um neun, respektive zehn JPO 2021 und 2020. Deutschland liegt 2022 an dritter Stelle (nach den USA mit 24 und Japan mit neun JPO) im Bereich der JPO-Geber und stellt neun Prozent der JPOs. Die Übernahmeaussichten sind gut und JPO werden gezielt gefördert. Deutschland hat

zudem in den vergangenen Jahren durch diverse befristete Sekundierungen seine Präsenz in der UNHCR-Zentrale verstärkt.

2021 unterzeichneten ZIF und UNHCR unter Begleitung des Auswärtigen Amts eine Entsendevereinbarung. Seitdem unterstützt Deutschland UNHCR durch Kurzeiteinsätze von Sekundierten über das ZIF. 2021 und 2022 konnten zwei Deutsche (davon eine Frau) sekundiert werden.

4. NATO: Deutscher Personalanteil in der Organisation des Nordatlantikvertrags

Bei einer Bewertung des deutschen Personalanteils in der NATO³⁹ ist zu unterscheiden zwischen dem militärischen Anteil (Internationaler Militärstab – IMS und NATO Kommandostruktur NCS) und den zivilen Elementen (Internationaler Stab – IS) sowie den NATO-Agenturen (zivil/militärische Strukturen).

Die deutsche Vertretung im **Internationalen Militärstab der NATO (IMS)** ist in Bezug auf Führungspositionen sehr stark. So ist Deutschland momentan zweifach auf der Direktorenebene (insgesamt sechs Direktoren) vertreten. Generalmajor Jürgen Brötz besetzt seit Oktober 2020 die Position des „Deputy Assistant Secretary General – Intelligence“. Generalmajor Ulf Häussler hat im November 2022 die Funktion des „Director Operations and Planning“ übernommen. Auf der mittleren Führungsebene OF-5 (BesGr A16 und B3) besetzt Deutschland derzeit 13 von 53 Dienstposten; was als hervorragender Wert angesehen wird. Insgesamt hat Deutschland im Berichtszeitraum 47 Posten im IMS besetzt, davon vier Frauen.

Die deutsche Vertretung in der **NATO Kommandostruktur (NCS)** und damit in den dauerhaften („stehenden“) Hauptquartieren der NATO, ist angemessen und ausgewogen. So übernimmt Deutschland permanent 22 von 175 „Sternen“ in der NCS. Hierbei rechnet etwa ein „Einsterne-Posten“ (BesGr B6) mit einem Stern und ein „Viersterne-Posten“ (BesGr B10) mit vier Sternen an. Dies ist der zweithöchste Wert nach den USA (27,5 „Sterne“). Insgesamt trägt Deutschland dauerhaft Verantwortung für 896 von 7.167 militärischen Posten in der NCS, was einer Quote von 13 Prozent entspricht. Auch dies ist der zweithöchste Wert nach den USA (16 Prozent). Der Frauenanteil lag bei den deutschen Besetzungen in 2021 und 2022 bei fünf Prozent.

Es bleibt eine große Herausforderung, die Personalpräsenz im Internationalen Stab und bei den NATO-Agenturen weiter zu verbessern. Ursächlich dafür sind primär, trotz einiger Maßnahmen von nationaler und NATO-Seite, die für deutsche Interessenten teilweise unattraktiven Rahmenbedingungen (insb. die befristeten Arbeitsverträge) einer Anstellung bei der NATO. Trotz aller Anstrengungen kamen 2022 nur etwa drei Prozent aller Bewerbungen für den Internationalen Stab aus Deutschland, bei den Bewerbungen in den sogenannten „professional grades“ 2021 3,2 Prozent und 2022 3,4 Prozent. Davon lag der Anteil der Bewerberinnen 2022 bei 40 Prozent.

Im Rahmen der beiden wichtigsten Nachwuchsprogramme der NATO waren 2022 im „NATO Internship Programme“ 15 deutsche „Interns“ von insgesamt 120 tätig. Der Frauenanteil im Programm insgesamt hat sich weiterhin deutlich positiv entwickelt und liegt bei 53,8 Prozent. Im laufenden Young Professionals Programme (YPP) ist Deutschland zum Stichtag mit einem von zwölf „Junior Officers“ vertreten.

4.1 NATO Internationaler Stab

Die Gesamtzahl der budgetierten Stellen des Internationalen Stabs hat sich 2022 um 60 auf 1.212 Stellen erhöht. Der deutsche Beitragssatz zur NATO-Gemeinschaftsfinanzierung ist ab 2021 auf rund 16,3 Prozent (2020: 14,8 Prozent) gestiegen. Obwohl Deutschland nun neben den USA den höchsten Beitragssatz zahlt, ist Deutschland personell deutlich unterrepräsentiert. Eine direkte Korrelation zwischen Beiträgen zum NATO Haushalt und Personalanteil besteht im Rahmen der Bestenauslese der NATO allerdings nicht.

Die Gesamtzahl der deutschen Beschäftigten im Internationalen Stab liegt bei 49 (ca. 4,6 Prozent), davon sind 19 Frauen. Fünf sind von den Bundesressorts entsandt worden.

Auf der höheren und mittleren Führungsebene (G22+) war Deutschland 2022 mit zwölf von 98 Beschäftigten vertreten und liegt damit in dieser Kategorie hinter den USA (15) und gleichauf mit Italien, sowie vor Frankreich (zehn) und dem Vereinigten Königreich (acht).

³⁹ NATO, OECD, Europarat, Europäische Weltraumagentur (ESA) und Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) gehören zu den sogenannten Koordinierten Organisationen, die sich in einem gemeinsamen Koordinierungsausschuss zur Regelung ihres Dienstrechts zusammengeschlossen haben. Die Besoldungsgruppen A5, A6 und A7 decken in etwa die Besoldungsgruppen A16 bis B9 im deutschen öffentlichen Dienst ab. Spitzenpositionen sind sogenannte „Unclassified Officials“, gemeint sind GS, Deputy GS und IEA Executive Director, und liegen über A7.

Auf Spitzenebene sind Bettina Cadenbach als Beigeordnete „Generalsekretärin der Political Affairs and Security Policy Division (ASG PASP)“ und auf der mittleren Führungsebene eine Ressortvertreterin als „Deputy Director im Private Office des Generalsekretärs“ vertreten. Beide sind Angehörige des Auswärtigen Amts. Mit Generalmajor Jörg See als „Stellvertretenden Beigeordneten Generalsekretär in der Defence Policy and Planning Division (DASG DPP)“ hat Deutschland seit 2019 eine Schlüsselfunktion im Bereich Verteidigungspolitik und -planung inne. Seit 2020 ist Deutschland mit Generalmajor Jürgen Brötz als „Stellvertretenden Beigeordneten Generalsekretär Intelligence in der Joint Intelligence and Security Division (DASG INT)“ auf gleicher Ebene und in politisch-militärischer Doppelfunktion vertreten. Seit 2022 ist Deutschland mit zwei Neubesetzungen auf Direktorinnen-/Direktoren und stellvertretenden Direktorinnen-/Direktorenebene vertreten.

Die Ressorts können deutsches Personal als nationale Expertinnen und Experten in die NATO als sog. „Voluntary National Contributions“ (VNC) entsenden. Das AA sekundiert Expertinnen und Experten im Rahmen des Sekundierungsgesetzes über das ZIF in die NATO. 2022 waren über das ZIF und aus dem BMVg 16 nationale Expertinnen und Experten (davon drei Frauen), u.a. in den Bereichen Verteidigungspolitik und -planung, Einsätze, Erüchtigung von Partnern sowie zu Human Security sekundiert. Die Alimentierung der VNC erfolgt immer über die entsendende Nation.

4.2 Ausgewählte NATO Agenturen

In den beiden größten Agenturen, der „NATO Communications and Information Agency (NCIA)“ sowie der „NATO Support and Procurement Agency (NSPA)“ und weiteren NATO Agenturen gibt es für den Anteil der zivilen Stellen zum großen Teil keine feste Quotierung von Posten; die beteiligten Nationen haben keinen direkten Einfluss auf die Stellenbesetzungen. Die militärischen DP der NCIA unterliegen größtenteils der Quotierung. Hier besetzt Deutschland einen angemessenen Anteil der militärischen Dienstposten. Seit Oktober 2021 ist die Stelle des „Director CSU“ von Brigadegeneral Ralf Hoffmann besetzt. Betrachtet man nur die Management-Ebene, so ist Deutschland hier, gemessen an der finanziellen Beteiligung, unterrepräsentiert. Dies trifft ebenso auf die Besetzung der nicht quotierten DP mit Deutschen zu. In der NCIA ist Deutschland mit zwei von 34 zivilen Posten ab der mittleren Managementebene vertreten, in der NSPA mit fünf von 36. Die „NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency (NAGSMA)“ wurde 2021 endgültig geschlossen. Zuletzt waren hier sechs Deutsche tätig. Die fortzuführenden Projektaufgaben sind an die NSPA übergeben worden.

4.3 NATO-Einsätze/Operationen

Die NATO-Mission RESOLUTE SUPPORT in Afghanistan, welche neben dem Hauptquartier in Kabul sechs Regionalkommandos („Train Advise Assist Command“, TAAC) umfasste, wurde im Zuge des alliierten Truppenabzugs zum Sommer 2021 beendet. Davor besetzte Deutschland u.a. die Position des Chefs des Stabes im Hauptquartier und hatte seit Beginn der Mission als zweitgrößter Truppensteller die Führung und Gesamtverantwortung für das TAAC-Nord inne.

Die NATO-Verbündeten beschlossen im Juli 2016 die Maritime Security Operation SEA GUARDIAN (MSO SG) als Nachfolgeoperation von Operation ACTIVE ENDEAVOUR (OAE). Die Inkraftsetzung erfolgte im November 2016 und Deutschland beteiligt sich seitdem mit Einheiten der Marine und dem bei AWACS eingesetzten deutschen Personal. Die deutsche Beteiligung erfolgte bislang vorwiegend im sogenannten „associated support“. Hierbei unterstehen die Einheiten nicht unmittelbar der Operation, leisten aber dennoch durch Lagebilderstellung und durch den Informationsaustausch mit anderen Einheiten beim Befahren des Seegebietes im Mandatsgebiet einen wichtigen Beitrag für SEA GUARDIAN. Über das Führungsschiff NATO Unterstützung Ägäis (siehe 4.4 Einsatzgleiche Verpflichtungen) wird dabei eine durchgängige Beteiligung Deutschlands sichergestellt. Fallweise werden auch Beteiligungen an Schwerpunktoperationen in unterschiedlichen Seegebieten des Mittelmeeres im „direct support“ realisiert, d.h. die Einheit ist zuvorderst im Auftrag SEA GUARDIAN unterwegs. Zuletzt erfolgte dies vom 20.10. bis 04.11.2022 durch ein U-Boot. Die Mandatsobergrenze beträgt zum Stichtag des Berichts 550 Soldatinnen und Soldaten.

Deutschland beteiligte sich seit Beginn mit Kräftekontingenten auf Basis der VN-Sicherheitsratsresolution 1244 vom 10.06.1999 an dem NATO Einsatz Kosovo Force (KFOR). Das Bundestagsmandat ist grundsätzlich nicht befristet, eine Bundestagsbefassung erfolgt alle zwölf Monate, wenn dies der Wunsch einer Fraktion ist.

Der deutsche Beitrag beträgt seit Ende Januar 2019 nunmehr ca. 70 Soldatinnen und Soldaten bei KFOR und dem NATO „Advisory and Liaison Team (NALT)“. Deutschland ist damit noch im HQ KFOR, operativ im Bereich Aufklärung, mit einer nationalen Unterstützungsorganisation sowie zusätzlich maßgeblich bei NALT vertreten. Die Mandatsobergrenze bei KFOR liegt aktuell bei 400 Soldatinnen und Soldaten.

Deutschland beteiligt sich seit September 2020 im Rahmen des Mandats „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte – Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern“ mit Personal (Stand 31.12.2022: 18 Soldaten, ein über ZIF sekundierter ziviler Experte) an der NATO Mission Iraq (NMI). Schwerpunkt der deutschen Beteiligung NMI ist die Training Development Division, die von einem deutschen Brigadegeneral geführt wird. Ziel von NMI ist die Stärkung des irakischen Sicherheitssektors durch Fähigkeitsaufbau auf strategisch-institutioneller Ebene sowie die Umsetzung der Sicherheitssektorreform. Die Mandatsobergrenze liegt bei 500 Soldatinnen und Soldaten.

4.4 Einsatzgleiche Verpflichtungen

Deutschland führt seit Februar 2016 die NATO Unterstützung in der Ägäis und beteiligt sich mit einer Einheit (Führungsschiff) im Seegebiet. Mit dieser-Aktivität der NATO in der Ägäis, welche im Rahmen der deutschen Beteiligung am Ständigen Maritimen Einsatzverband 2 der NATO (SNMG 2) durchgeführt wird, werden Griechenland und Türkei in der Migrations- und Flüchtlingskrise unterstützt. Personell variiert der deutsche Beitrag je nach Personalstärke der seegehenden Einheiten zwischen 80 und ca. 250 Soldatinnen und Soldaten.

Infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine hat der Nordatlantikat am 24.02.2022 die Aktivierung der NATO Vorausplanungen (sogenannte „Graduated Response Plans“ – GRP) zum Schutz des Bündnisgebietes beschlossen. Damit ist der Oberbefehlshaber der NATO (SACEUR) berechtigt, die Verlegung der für die „Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)“ angezeigten Kräfte bei den Mitgliedsstaaten anzufordern, sollte die Lage dies erfordern. Der SACEUR hat seit dem 23.03.2022 die VJTF Maritime (M) aktiviert. Die Einheiten aller Ständigen Maritimen Einsatzverbände der NATO wurden dieser zugeordnet. Der deutsche Anteil der NATO Unterstützung Ägäis ist davon explizit ausgenommen. Die deutsche Beteiligung mit Booten, Schiffen und Seefernaufklärungsflugzeugen umfasst je nach Personalstärke der beteiligten seegehenden Einheiten und Luftfahrzeuge zwischen 80 und ca. 320 Soldatinnen und Soldaten.

Seit dem 24.01.2017 fungiert Deutschland im Rahmen der NATO-Vornepräsenz „enhanced Forward Presence (eFP)“ als Rahmennation des multinationalen eFP-Einsatzverbandes in Litauen. Die eFP dient der Rückversicherung der baltischen Staaten und Polens und umfasst je einen multinationalen Einsatzverband in jedem dieser Staaten. Der deutsche Anteil an dem eFP-Einsatzverband umfasst durchschnittlich ca. 900 Soldatinnen und Soldaten. Seit August 2022 leisten außerdem ca. 20 Soldatinnen und Soldaten im vorgeschobenen Führungselement (Forward Command Element, FCE) der „enhanced Vigilance Activities Brigade“ ihren Dienst in Litauen. Das FCE stellt die Integration der Brigade in die litauischen Verteidigungspläne sicher. Je nach Auftragslage wächst die Zahl der Soldatinnen und Soldaten auf bis zu 64 an.

Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland im Rahmen der erweiterten NATO-Maßnahmen („enhanced Vigilance Activities“ – eVA) in der Slowakei. Eine deutsche Beteiligung erfolgt seit März 2022 zunächst mit Kräften am deutsch-niederländischen Flugabwehrraketenvorhaben im Rahmen der integrierten NATO-Luftverteidigung mit ca. 240 Soldatinnen und Soldaten. Zudem beteiligt sich Deutschland seit Juni 2022 mit einer verstärkten Infanteriekompanie an der „multinationalen Battlegroup (eVA BG SVK)“ und ca. 260 Soldatinnen und Soldaten.

Ein weiterer nationaler Beitrag zu den vorgenannten erweiterten NATO-Maßnahmen besteht in einer gesteigerten Präsenz von Booten und Schiffen der Deutsche Marine im Ostseeraum, die unter dem Oberbegriff „BALTIC GUARD“ verstärkt Übungsvorhaben in diesem Seegebiet durchführen und zu einem maritimen Lagebildaufbau und zu den Abschreckungsmaßnahmen der NATO beitragen.

Deutschland beteiligt sich im Rahmen der NATO-Rückversicherungsmaßnahmen („Assurance Measures“) im Zeitraum August 2022 bis Ende April 2023 mit rund 200 Soldatinnen und Soldaten sowie fünf Waffensystemen Eurofighter an der integrierten NATO-Luftverteidigung für die baltischen NATO-Partner Estland, Lettland und Litauen (Verstärkung „Air Policing“ Baltikum).

Zudem unterstützte DEU im Februar/März 2022 ein ITA Kontingent beim „enhanced Air Policing South“ in Rumänien mit bis zu 80 Soldatinnen und Soldaten und bis zu sechs Waffensystemen Eurofighter.

5. Deutscher Personalanteil in Europarat, OECD, OSZE und weiteren multilateralen und regionalen Organisationen

5.1 Europarat (EuR)

Deutschland zählt zu den vier Hauptbeitragszahlern und zu den prägenden Stimmen im Europarat. Von November 2020 bis Mai 2021 übernahm Deutschland turnusgemäß den Vorsitz des Ministerkomitees. Ende 2022 waren ca. 100 deutsche Beschäftigte (Frauenanteil knapp 60 Prozent) in Straßburg tätig. Damit bleibt der deutsche Personalanteil weitgehend unverändert. Dieser liegt allerdings mit vier Prozent der Gesamtbeschäftigten deutlich unter dem deutschen Anteil am Haushalt (13 Prozent). Deutschland liegt bei den Beschäftigten des vergleichbaren höheren Dienstes (A1 bis A7) mit 75 Stellen weiter auf dem zweiten Platz hinter Frankreich. Auf Direktorenebene (A6) besetzt Deutschland fünf von 32 Stellen, auf der A7 Ebene sind keine Deutschen vertreten. Die Büros des Europarats in Armenien und Serbien von Deutschen geleitet.

Das ZIF hat im Berichtszeitraum 2021 und 2022 vier Beschäftigte (davon drei Frauen) zum Europarat in Straßburg, einen Beschäftigten in das Büro des Europarats in Belgrad, eine Beschäftigte nach Jerewan, sowie eine Beschäftigte zur Entwicklungsbank des Europarats in Paris sekundiert.

5.2 Europäische Weltraumorganisation (ESA)

Von insgesamt 2.553 Beschäftigten der ESA zum Stichtag waren 496 Deutsche. Damit konnte trotz der andauernden Pensionierungswelle die absolute Anzahl der deutschen Beschäftigten gesteigert werden. Unter den 2.395 Beschäftigten des vergleichbaren höheren Dienstes lag der Anteil deutscher Beschäftigte mit 19,4 Prozent knapp unter dem deutschen Finanzierungsbeitrag von 21,1 Prozent. Demgegenüber sind insbesondere Italien und Spanien, gemessen an ihrem Finanzierungsbeitrag, weiterhin deutlich überrepräsentiert. Der Anteil weiblicher Beschäftigter bleibt bei der ESA mit 29 Prozent gering. Bei den weiblichen Beschäftigten mit Führungsverantwortung (A6) konnte der deutsche Anteil im Berichtszeitraum ausgebaut werden: Deutschland stellt aktuell zwei Drittel aller weiblichen Bediensteten mit Führungsverantwortung (vier von sechs). Zum Stichtag des Berichts waren insgesamt 54 Stellen in der Besoldungsstufe A6 eingruppiert.

In der ESA wurden im Berichtszeitraum zwei zentrale Leitungspositionen von Deutschen eingenommen: Mit dem ehemaligen DLR-Programmdirektor Dr. Rolf Densing stellt Deutschland seit Anfang 2016 den ESA-Direktor für Missionsbetrieb und Leiter des Raumfahrtkontrollzentrums (ESOC) in Darmstadt. Prof. Dr. Günther Hasinger bleibt Direktor für Wissenschaft, wobei seine fünfjährige Amtszeit im Februar 2023 endet. Dr. Dietmar Pilz wurde im Dezember 2022 zum Direktor für Technologie, Technik und Qualität in der Europäischen und Leiter des Europäischen Weltraumforschungs- und Technologiezentrum (ESTEC) in Noordwijk, Niederlande ernannt (Amtsantritt Mai 2023). Prof. Dr. Günther Hasinger bleibt Direktor für Wissenschaft. Prof. Dr. Ing. Johann-Dietrich Wörner hatte das Amt des Generaldirektors noch bis zur Amtsübergabe an den Österreicher Dr. Josef Aschbacher am 01.03.2021 inne. Im November 2022 wurden mit Dr. Amelie Schönenwald und Nicola Winter zwei Deutsche in die Reserve der ESA-Astronautinnen und Astronauten berufen (Frauenanteil der 22.500 Bewerbungen 24 Prozent).

5.3 Interpol

Das Generalsekretariat verteilt sich auf den Hauptsitz in Lyon, das „INTERPOL Global Complex for Innovation“ in Singapur sowie sechs Regionalbüros in Afrika und Südamerika, drei Ständige Vertretungen (bei der EU, den VN und der AU) und zwei Verbindungsbüros in Den Haag bei Europol und in Wien bei UNODC.

Das Interpol-Generalsekretariat (IPSG) beschäftigt rund 1.000 Personen aus über 110 Nationen, davon sind etwa 260 als sog. „Seconded Experts“ zum IPSG entsandt. Deutschland stellt derzeit den Interpol-Generalsekretär, Prof. Dr. Jürgen Stock.

Deutschland ist derzeit mit zwölf Entsandten aus verschiedenen Strafverfolgungsbehörden (sechs des BKA, fünf aus insgesamt drei Bundesländern und ein Entsandter der Generalzolldirektion) vertreten und gehört damit zu den Hauptentsendestaaten. Ferner unterstützt Deutschland das IPSG mit Vertragsbediensteten, darunter zwei Mitarbeitern des BKA. Der Anteil der deutschen Entsandten ist seit dem Amtsantritt von Herrn Prof. Dr. Jürgen Stock 2014 und dessen Wiederwahl 2019 geringfügig gestiegen und mit Blick auf die Diversität zufriedenstellend.

5.4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Deutschland ist drittgrößter Beitragszahler nach den USA und Japan⁴⁰ sowie fünftgrößter Personalsteller der OECD⁴¹. Zur OECD gehören eine Reihe von Sondergremien und Sondereinheiten („special bodies and special entities“) mit eigenem Mitgliederkreis und eigenen Aufsichts- und Steuerungsgremien, die in der Statistik mitgezählt werden.⁴² Traditionell stellen die USA und Japan als größte Beitragszahler zwei der vier stellvertretenden Generalsekretäre. Auf OECD-Leitungsebene ist Deutschland derzeit nicht vertreten.

Ende 2021 waren von den 3.979 Beschäftigten (plus 297 gegenüber 2020) aller Laufbahnen 248 Deutsche (plus 25 gegenüber 2020), davon gehörten 199 Beschäftigte der Gruppe der „Officials“, also der regulär Beschäftigten an (plus vier gegenüber 2020). Dies entspricht einer Quote von ca. 5,8 Prozent und damit im Vergleich zu 2020 nahezu unverändert bei einem deutschen Anteil am festgesetzten Budget (ohne freiwillige Beiträge) von 7,2 Prozent. Im vergleichbaren höheren Dienst, den sogenannten A-Graden, waren 170 (2020: 164) Stellen mit Deutschen besetzt (ca. 7,7 Prozent).⁴³ In Leitungspositionen ab A5 stellte Deutschland zum Stichtag 17 von 199 (2019: 15 von 211).⁴⁴ Gut vertreten ist Deutschland auf der Ebene A7 mit zwei Direktoren und einer Direktorin und auf der Ebene A6 mit zwei stellvertretenden Direktorinnen und zwei stellvertretenden Direktoren. Insgesamt liegt Deutschland mit 170 Beschäftigten bei den A-Graden prozentual über seinem Budgetanteil.

2021 waren insgesamt 48 Prozent der deutschen Beschäftigten Frauen. Mit inzwischen 56 Prozent (2019: 47,2 Prozent) insgesamt und 47,9 Prozent (2020: 47 Prozent, 2019: 45,6 Prozent) im Bereich der A-Grade ist der Frauenanteil 2021 nochmals leicht gestiegen. Bei den höheren Ebenen (A5-A7) besteht noch Handlungsbedarf, auch wenn in den letzten Jahren ebenfalls ein deutlich positiver Trend zu erkennen ist und der Frauenanteil mittlerweile 45,2 Prozent beträgt.

Über das JPO-Programm waren 2021 insgesamt fünf Deutsche in der OECD beschäftigt. Seit 2011 besteht ein Austauschprogramm des Auswärtigen Amtes mit der OECD.

Nachwuchsförderprogramme wie das Carlo-Schmid-Programm bieten deutschen Praktikantinnen und Praktikanten gute Chancen auf eine spätere Karriere in der OECD. Die Quote der deutschen Praktikantinnen und Praktikanten in den letzten Jahren, die nach ihrer Praktikumszeit bei der OECD (weiter-)beschäftigt werden, ist im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten mit ca. 16 Prozent hoch (der OECD Durchschnitt liegt bei etwa zehn Prozent). Deutschland belegt in dieser Gruppe mit 29 Personen (2020: 32) den zweiten Platz hinter Frankreich. Sehr positiv ist 2021 der Anstieg von deutschen Praktikantinnen und Praktikanten auf 237 (2020: 162).

5.5 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Zur OSZE gehören neben dem Sekretariat in Wien drei unabhängige Institutionen mit Sonderaufgaben: Der Hochkommissar für Nationale Minderheiten (HKNM) in Den Haag, das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau und die Beauftragte für Medienfreiheit (RFOM) in Wien.

Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Beitragszahler der OSZE und trägt 9,35 Prozent (allgemeiner Beitragsschlüssel) bzw. 11,35 Prozent (Feldmissionen) des Haushalts. 2022 trug Deutschland im Rahmen extrabudgetärer Projekte mehr als 10 Mio. Euro bei.

Die OSZE weist aus personalpolitischer Hinsicht einige Besonderheiten auf. So versteht sich die OSZE als Non-Career-Organisation und hat deshalb eine Beschäftigungshöchstdauer von zehn Jahren. Der Großteil des Personals wird von den 57 Teilnehmerstaaten zur OSZE sekundiert, hauptsächlich in die 14 OSZE-Feldmissionen. Aufgrund des seit 2011 nominell gleich gebliebenen Haushalts hat die OSZE nur wenige kontraktierte, vollständig durch die Organisation bezahlte, Positionen. Neue Stellen können seit 2022 aufgrund der Blockade des OSZE-Haushalts durch Russland fast nur in Form von Sekundierungen geschaffen werden.

Insgesamt ist die Anzahl deutscher Beschäftigter in den OSZE-Institutionen und den 14 Feldmissionen infolge der Beendigung der Sonderbeobachtungsmision in der Ukraine nach der russischen Weigerung, der Mandatsverlängerung zuzustimmen, auf 37 gesunken. Der deutsche Anteil unter den internationalen Beschäftigten lag zum Stichtag bei 7,1 Prozent. Damit ist Deutschland derzeit bei der OSZE insgesamt gut aufgestellt, vor allem bei

⁴⁰ Vor dem Vereinigten Königreich und Frankreich

⁴¹ Nach Frankreich; dem Vereinigten Königreich, USA und Italien.

⁴² APF, DEV, FATF, ECMT, ITF, IEA, PDG, NEA, SAH. Secretary-General's Report to Ministers 2018

⁴³ zum Vergleich 2019: 7,4 Prozent = 176 Stellen

⁴⁴ Die OECD gehört zu den sogenannten Koordinierten Organisationen, die sich in einem gemeinsamen Koordinierungsausschuss zur Regelung ihres Dienstrechts zusammengeschlossen haben.

Führungspositionen, aber auch in der Breite. Nachholbedarf gibt es bei kontraktierten Stellen, dabei liegt der deutsche Anteil bei 4,1 Prozent. Deutschland nimmt nicht am JPO-Programm der OSZE teil.

Deutschland stellt mit Helga Maria Schmid die OSZE-Generalsekretärin sowie eine D-Stelle im Sekretariat. Bei der SMM waren im Berichtszeitraum 2021 und 2022 50 Personen (davon 24 Frauen) vom ZIF sekundiert, darunter eine stellvertretende Missionsleiterin. Bei den Feldmissionen ist Deutschland mit zwei Missionsleitungen (Kasachstan, Nordmazedonien) und einer stellvertretenden Missionsleitung (Usbekistan) vertreten. Für die laufenden Bewerbungsverfahren für stellvertretenden Missionsleitungen in Kosovo und Bosnien hat Deutschland Kandidatinnen und Kandidaten nominiert. Im kleinen Büro des HKNM ist Deutschland weiterhin mit einer Sekundierten, bei der RFOM mit zwei Sekundierten vertreten.

5.6 Regionale Entwicklungsbanken (AfDB, ADB, AIIB, EBRD, IDB)

Die **Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)** beschäftigt zum Stichtag insgesamt 2.123 Personen, davon 39 Prozent Frauen. Rund 60 Prozent der Beschäftigten sind am Hauptsitz der Bank in Abidjan, Elfenbeinküste tätig, während rund 40 Prozent auf 41 Länder- und fünf Regionalbüros, sowie eine Außenrepräsentanz in Tokio, Japan verteilt sind. Der deutsche Personalanteil liegt mit weniger als ein Prozent (zehn Beschäftigte, ohne Vertretung im Aufsichtsrat) deutlich unterhalb des deutschen Kapitalanteils (ca. vier Prozent). Der deutsche Personalanteil bleibt damit auf einem niedrigen Niveau. Mit lediglich einem Direktor und zwei Managern sind Deutsche auch in Führungspositionen unterrepräsentiert. Mit einer weiter hohen Zahl an Vakanzen im professionellen Bereich (derzeit 270) und zahlreichen Beschäftigten im Rentenalter stehen die Chancen für eine zukünftige Beschäftigung jedoch grundsätzlich gut. Die AfDB verfügt über ein eigenes „Young Professionals Program (YPP)“, wobei deutsche Bewerbungen wegen der Unterrepräsentierung erfahrungsgemäß gute Chancen haben. Eine Vereinbarung über die Entsendung deutscher JPO konnte auch mit Blick auf das YPP mit der AfDB bisher nicht erreicht werden.

Die **Asiatische Entwicklungsbank (ADB)** beschäftigt zum Stichtag insgesamt 3.844 Personen, rund 75 Prozent sind am Hauptsitz der ADB in Manila, Philippinen tätig und 25 Prozent in den 43 Außenbüros, darunter auch die Europarepräsentanz der ADB in Frankfurt am Main. Mit Blick auf die im zweiten Quartal 2023 in Kraft tretenden Organisationsreform wird der Anteil der Beschäftigten in den Länderbüros ab 2024 sukzessive steigen. Deutschland hat aufgrund seiner Mitgliedschaft im „Board of Directors“, hier vertreten durch Dr. Roger Fischer (BMZ) und im „Development Effectiveness Committee“ eine herausgehobene Rolle. Der Anteil des deutschen Personals am internationalen Stab der ADB liegt mit fünf Beschäftigten (davon 13 Frauen) bei 3,5 Prozent und damit knapp unterhalb des deutschen Kapitalanteils an der ADB von 4,3 Prozent (neunte Stelle der Anteilseigner). Auf der Ebene „Senior Manager“ (IS 6-8) ist Deutschland mit neun Personen vertreten, davon zwei Frauen. Bei der ADB liegt der Frauenanteil deutscher Beschäftigter mit 26,67 Prozent am internationalen Personal unter dem der ADB (37,68 Prozent). Gegenwärtig gibt es drei deutsche JPO bei der ADB.

An der 2015 gegründeten **Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB)** ist Deutschland mit einem Kapitalanteil von rund 4,6 Prozent als Gründungsmitglied und größter nicht-regionaler Anteilseigner beteiligt.⁴⁵ China ist größter Anteilseigner mit rund 29,8 Prozent. Im Senior Management ist Deutschland seit September 2021 durch Herrn Dr. Ludger Schuknecht als einem von fünf Vizepräsidenten hochrangig auf der Führungsebene vertreten. Aktuell kommen insgesamt zwölf von insgesamt 438 AIIB-Beschäftigten aus Deutschland. Damit liegt der deutsche Personalanteil mit 2,7 Prozent unter dem deutschen Kapitalanteil. Wie in den beiden Jahren zuvor bestand auch 2022 die größte Hürde für deutsche Bewerberinnen und Bewerber in den strikten Quarantäneregeln der chinesischen Regierung bei Einreise. In den nächsten Jahren, in denen die Bank auch weiter Personal aufbauen will, soll der deutsche Personalanteil gehalten und nach Lockerungen der Reisebeschränkungen möglichst gesteigert werden.

Mit einem Kapitalanteil von 8,5 Prozent liegt Deutschland im Vergleich mit anderen großen Anteilseignern an der **EBRD (European Bank for Reconstruction and Development)** zusammen mit dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Italien und Japan auf Platz zwei hinter den USA (10,1 Prozent). 2021 arbeiteten 111 Beschäftigte deutscher Nationalität in der EBRD, darunter 77 mit unbefristetem Vertrag. Damit liegt Deutschland auf dem vierten Rang der Nationalitäten unter den Beschäftigten hinter dem Vereinigten Königreich, Russland und Frankreich. Gemessen am gesamten Personalkörper ist der Anteil deutscher Beschäftigter mit 2,8 Prozent im langjährigen Vergleich gleichbleibend. Der Anteil der Frauen an den unbefristeten Beschäftigten in der EBRD betrug Ende 2022 56 Prozent, unter den deutschen unbefristeten Beschäftigten rund 60 Prozent. Die deutsche

⁴⁵ Knapp über die Hälfte der Mitglieder (105) der seit Januar 2016 operativen multilateralen Finanzinstitution mit Sitz in Peking stammt aus der Region.

Präsenz in der Leitungsebene der Bank spiegelt in etwa die Gesamtrepräsentanz im Arbeitsstab wider. Im Segment des „Senior Managements“ stellt Deutschland acht der insgesamt 148 Führungspositionen und damit deutlich weniger als das Vereinigte Königreich (41) und etwas weniger als Frankreich (zehn). Auf der höheren Managementebene („Senior Leadership Group“) ist Deutschland mit vier „Managing Directors“ von insgesamt 32 Stellen vertreten. Mit Jürgen Rigtterink ist seit April 2018 ein Deutscher als Erster Vizepräsident für das Bankgeschäft zuständig. Zum Stichtag sind zwei deutsche JPOs in der EBRD tätig.

Die **Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB)** beschäftigte zum Stichtag 1.888 Festangestellte und wird dabei mehrheitlich von den Mitgliedsstaaten aus der Region getragen. Für den Privatsektorarm IDB Invest sind zusätzlich 418 Beschäftigte tätig. Der Anteil des deutschen Personals am internationalen Stab der IDB liegt mit 17 Beschäftigten bei 1,1 Prozent und damit nur leicht unterhalb des deutschen Kapitalanteils an der IDB von 1,89 Prozent. Bei der IDB Invest sind vier Deutsche im internationalen Stab tätig, was einem Anteil von 0,95 Prozent entspricht. Im Rahmen des strategischen Dialogs des BMZ mit der IDB wurde die Frage der Personalpräsenz deutscher Beschäftigter prominent behandelt und die IDB stellte eine Strategie zur gezielten Anwerbung vor. Bei freiwilligen Beiträgen für die IDB sollte stets geprüft werden, ob in den Projekten die Finanzierung einer Stelle verankert werden kann. Ranghöchste Deutsche waren Julia Johannsen als Landesdirektorin der IDB in Bolivien und Dr. Ralf Schröder als Deutscher Exekutivdirektor. Der Frauenanteil deutscher Beschäftigter liegt bei 35 Prozent (IDB gesamt 55 Prozent).

B Förderung deutscher Bewerberinnen und Bewerber für internationale und europäische Institutionen

1. Das Team für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt

Die Maßnahmen zur Erhöhung des deutschen Personalanteils in internationalen Organisationen werden innerhalb der Bundesregierung abgestimmt. Eine Schlüsselrolle kommt dem Koordinator für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt zu. Er leitet das Team für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt, das folgende Ziele verfolgt:

- (1) bei hochrangigen Kandidaturen die Abstimmung im Ressortkreis erleichtern;
- (2) die Vernetzung der deutschen Beschäftigten in internationalen Organisationen fördern;⁴⁶
- (3) das Interesse der Fach- und Führungskräfte an beruflichen Perspektiven in internationalen Organisationen wecken bzw. wachhalten;
- (4) Interessierte in Kooperation mit dem BFIO, den Fachreferaten- und Fachressorts sowie den Auslandsvertretungen auf das Bewerbungsverfahren vorbereiten und unterstützen;
- (5) an Auswahl und Betreuung der JPO mitwirken, die Stellen besetzen, die federführend vom Auswärtigen Amt betreut werden; rd. ein Drittel der JPO-Stellen, namentlich im VN-Sekretariat, in VN-Friedensmissionen, in der Humanitären Hilfe sowie beim Internationalen Strafgerichtshof und der UNESCO.

Die wichtigsten Instrumente für die Information der interessierten Öffentlichkeit sind:

- **Der Internationale Stellen- und Personalpool www.jobs-io.de.** In dieser Datenbank sind regelmäßig über 1.000 offene Stellen in rd. 250 internationalen Organisationen eingestellt. Der Pool eröffnet die Möglichkeit, zielgenau Vakanzen nach verschiedenen Kriterien zu suchen und wöchentlich auf das jeweilige Profil zugeschnittene Ausschreibungen per Mail zu erhalten. Zum Stichtag hatten rund 1.400 Interessierte ein Suchprofil im Pool angelegt (Frauenanteil 48 Prozent). Das Portal verzeichnete 2022 weiter einen starken Anstieg der Zugriffe auf über 2,6 Mio. (2021 1,3 Mio., 2020 789.000).
- Die **„Karrieremesse Internationale Organisationen“** wird jährlich Ende Januar ausgerichtet. 2021 und 2022 nutzen rund 60 internationale Organisationen das Messeangebot, um Nachwuchskräfte aus Deutschland zu werben. Die 16. Karrieremesse 2021 und die 17. Karrieremesse 2022 wurden pandemiebedingt als Online-Messen angeboten, was die Reichweite erheblich erweiterte. 2021 registrierten sich rund 3.300 Interessierte zur Teilnahme, 2022 ca. 4.400.
- Über die **Webseite und Rundmails an Multiplikatoren** informiert das Team für internationale Personalpolitik über Einstiegspositionen, Programme für Praktikantinnen und Praktikanten und Webinars im Bereich der internationalen Organisationen und weist auf entsprechenden Auswahlverfahren in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen hin. Zur Erhöhung des Frauenanteils werden zielgerichtet Ausschreibungen an Frauennetzwerke versandt.
- **Soziale Medien:** über die öffentliche Seite des LinkedIn Accounts des Koordinators, sowie die Nutzung der Sozialen Medien des Auswärtigen Amts wie Instagram, Twitter und Facebook wird regelmäßig für Tätigkeiten in internationalen Organisationen, spezielle Ausschreibungen, Programme und Veranstaltungen geworben.

Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO)

Um die internationale Personalpolitik der Bundesregierung zu unterstützen, berät das BFIO in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt deutsche Interessentinnen und Interessenten unterschiedlichster Fachgebiete und Karrierestufen zu beruflichen Perspektiven bei Internationalen Organisationen und begleitet sie während des Bewerbungsprozesses. Dabei bearbeitet das BFIO jährlich etwa 3.000 Anfragen – von der Hochschulabsolventin bis hin zur langjährigen internationalen Führungskraft.

Neben einem breiten Informationsangebot in Form von Broschüren, Flyern, Videos mit Portraits von Deutschen in internationalen Organisationen, einer Website (www.bfio.de) sowie über einen eigenen LinkedIn Kanal, steht das BFIO auch für individuelle Beratung zur Verfügung. Zudem ist das BFIO regelmäßig auf Karriere- und Jobmessen präsent, um über Tätigkeitfelder bei internationalen Organisationen zu informieren.

⁴⁶ Details siehe unter Kapitel C 1.-3.

In engem Zusammenwirken mit dem Koordinator für internationale Personalpolitik ist das BFIO ein Bindeglied zwischen Bewerberinnen und Bewerbern auf der einen und den Fachressorts der Bundesregierung sowie den Auslandsvertretungen auf der anderen Seite. Jährlich werden etwa 450 Bewerbungen von deutschen Fach- und Führungskräften bei internationalen Organisationen begleitet. Die Zusammenarbeit zwischen den Auslandsvertretungen und dem BFIO zeigt insbesondere bei der Vorbereitung von Bewerberinnen und Bewerbern auf Auswahlgespräche gute Erfolge.

Ein weiteres zentrales Aufgabenfeld des BFIO ist die operative Umsetzung des erfolgreichen „Junior Professional Officer-Programms (JPO-Programm)“ im Auftrag der Bundesregierung (Federführung beim BMZ). Das BFIO ist verantwortlich für Personalwerbung und -marketing, Vorauswahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten, Durchführung der Auswahlverfahren mit den beteiligten Ressorts, Betreuung der JPO während der Programmdauer, Verwaltung der vom BMZ übertragenen Haushaltsmittel, Evaluation sowie Aufbau und die Pflege eines JPO-Alumni-Netzwerks.

2. Gezielte Unterstützung bei EU-Bewerbungen

Im EU-Bereich bietet das Auswärtige Amt (AA) stark nachgefragte Vorbereitungsseminare, Webinare und Coachings für Bewerberinnen und Bewerber bei den EU-Auswahlverfahren durch einen externen Dienstleister an. Beim letzten Generalisten-Auswahlverfahren 2019 betrug die Quote der erfolgreichen deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer trotz eines vergleichsweise niedrigen Bewerberanteils von nur 6,4 Prozent 12,4 Prozent. Die Vorbereitungskurse, Webinare und Coachings haben wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen. An einer EU-Karriere Interessierte werden von AA und StÄV EU zudem individuell beraten.

Auch nach der erfolgreichen Teilnahme an den Auswahlwettbewerben unterstützen das AA und die Ständige Vertretung bei der Europäischen Union die sogenannten Laureatinnen und Laureaten bei der Suche nach einer Stelle in den EU-Institutionen und helfen bei der persönlichen Vernetzung mit anderen EU-Bediensteten. In Zeiten von Personaleinsparungen in allen EU-Institutionen können die so aufgebauten Netzwerke entscheidend für den erfolgreichen Einstieg in die EU-Beamtenlaufbahn sein. An einer EU-Karriere Interessierte können auf der Internetseite des AA einen **elektronischen Rundbrief** abonnieren, der monatlich z.B. über Auswahlverfahren, Vorbereitungsseminare oder Stellenausschreibungen im EU-Zusammenhang informiert. Darüber lässt das AA umfangreiches Informationsmaterial zu EU-Karrieren herstellen und an Universitäten und Interessierte verteilen.

Es werden außerdem sogenannte „**EU Careers Ambassadors**“ an derzeit zwölf ausgewählten Universitäten unterstützt. Bei diesem Programm beraten Studentinnen und Studenten, die vom Europäischen Amt für Personalauswahl (EPSO) ausgewählt und geschult werden, Studierende z.B. an ihren Universitäten und auf Messen zu den Möglichkeiten einer EU-Karriere. Das AA finanziert dieses EU-Programm größtenteils und ergänzt es zusammen mit seiner Kooperationspartnerin, der Europäischen Bewegung Deutschland, durch zusätzliche Netzwerk- und Evaluierungsveranstaltungen für die deutschen „EU Careers Ambassadors“.

Deutschen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren werden regelmäßige Kontakte zur Ableistung der Wahl- oder Verwaltungsstation in der Europäischen Kommission vermittelt. Aufgrund der positiven Erfahrungen treten auch immer häufiger Generaldirektionen mit gezielten Angeboten für diesen Personenkreis an das AA heran.

3. Förderung der Bundesregierung für Nachwuchs bei internationalen und europäischen Institutionen

3.1 Junior Professional Officer-Programm (JPO-Programm)

Das JPO-Programm⁴⁷ ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung, um langfristig den deutschen Personalanteil in internationalen Organisationen zu erhöhen. Es ist an den Grundsätzen und Zielen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik ausgerichtet. Die Nachwuchskräfte in diesem Programm sind Multiplikatoren und Imageträger. Sie verbinden nationale Institutionen mit multilateralen Organisationen.

Unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ermöglicht das **JPO-Programm** geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, fundierte Berufserfahrung in internationalen Organisationen zu erwerben und damit eine zentrale Einstiegsvoraussetzung für eine internationale Karriere zu erfüllen. Dabei werden die JPO für spezifische Stellenprofile ausgewählt und erhalten einen regulären

⁴⁷ Das JPO-Programm war früher bekannt als „Programm Beigeordnete Sachverständige“. JPO werden international auch als „Associate Experts (AE)“ bezeichnet.

VN-Arbeitsvertrag (P2-Ebene im VN-System) bzw. vergleichbare Verträge bei Regional- und Entwicklungsbanken. Eine Tätigkeit als JPO qualifiziert gezielt und erhöht deutlich die Chancen, sich im Anschluss an die dreijährige Förderungsdauer erfolgreich für ausgeschriebene Stellen bei internationalen Organisationen zu bewerben. Um den Beitrag zu den außen- und entwicklungspolitischen Schwerpunkten strategisch auszurichten, wurde das Programm in den letzten Jahren kontinuierlich angepasst und eng inhaltlich und organisatorisch eingebettet in die Bereiche „Internationale Personalpolitik“ des AA, des BMZ, und der Fachressorts. Die Zahl derjenigen, die direkt nach ihrer JPO-Zeit Anschlussverträge erhielten, bleibt weiter in einem hohen Bereich (rund 75 Prozent). Eine Herausforderung ist auch hier der zunehmende Wettbewerb auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt.

Alle teilnehmenden Bundesressorts wirken unter Abstimmung mit dem federführenden BMZ zusammen mit den die Stellen vorschlagenden Auslandsvertretungen an der Identifizierung geeigneter JPO-Stellen und der Kandidatinnen- und Kandidatenauswahl mit, teilweise unterstützt durch aushäusige Expertise (BLE, IDOS, ZIF). Die fachliche Ausrichtung und politische, insbesondere entwicklungspolitische Bedeutung der ausgewählten JPO-Stellen für die beteiligten Ressorts sind von zentraler Bedeutung. Dazu gehören die politischen Prioritäten der laufenden Legislaturperiode, insbesondere die Umsetzung der Agenda 2030 und damit eng verbundene Bereiche wie etwa Menschenrechte, Friedenssicherung, Ernährungssicherung, Flucht und Migration, Klimaschutz und „Just Transition“, feministische Außen- und Entwicklungspolitik oder globale Gesundheit, Krisenprävention und Stabilisierung, aber auch weitere politische Prioritäten der Bundesregierung.

Das Programm wird aus Mitteln des BMZ in Höhe von jährlich rund 21 Mio. Euro finanziert. Hiermit werden jährlich bis zu 60 Stellen neu besetzt, so dass auch im Berichtszeitraum regelmäßig zwischen 160 und 170 Deutsche als JPO tätig waren. Seit 1976 wurden über 2.600 deutsche JPO von der Bundesregierung gefördert. Die gesamte administrative Abwicklung des JPO-Programms wurde dem Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) der Bundesagentur für Arbeit übertragen. Aus historischen Gründen werden JPO bei der FAO vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) betreut.

Zum Netzwerkausbau zwischen den JPO und der Bundesregierung finden regelmäßige Veranstaltungen in Bonn, Berlin und an Hauptstandorten der Internationalen Organisationen New York, Genf, Rom und Wien statt, in Präsenz und virtuell. Zudem werden die JPO in das Netzwerk zur internationalen Personalpolitik durch BMZ und AA integriert. Zunehmend wichtiger wird die Präsenz des JPO-Programms in Sozialen Medien, insbesondere im sozialen Netzwerk LinkedIn mit über 5.000 „Followern“.

3.2 Carlo-Schmid-Programm (CSP)

Das Carlo-Schmid-Programm wurde im Berichtszeitraum vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Zusammenarbeit mit der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator durchgeführt. Das Programm richtet sich an sehr qualifizierte Studierende und Graduierte und gibt ihnen die Möglichkeit, sich in einem Praktikum mit den Problemstellungen und Arbeitsweisen in internationalen Organisationen und EU-Institutionen vertraut zu machen. Während des Praktikums sammeln die Stipendiatinnen und Stipendiaten Erfahrungen, erweitern ihre interkulturelle Kompetenz und nutzen die Möglichkeit, sich wichtige berufliche Netzwerke aufzubauen. Dies alles verbessert die Voraussetzungen und Chancen für eine spätere Beschäftigung im internationalen Bereich. Das AA sowie der Tönissteiner Kreis leisten aktive Hilfestellung bei der Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten vor Ort. Das Carlo-Schmid-Programm genießt bei Bewerberinnen und Bewerbern, Ressorts und internationalen Organisationen sehr hohes Ansehen. Das CSP wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert und durch die Stiftung Mercator gefördert. Die im Berichtszeitraum verausgabten Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beliefen sich auf rund 2,45 Mio. Euro.

Die Bewerberzahl blieb auch im Berichtszeitraum mit rund durchschnittlich 750 Bewerbungen pro Jahr auf sehr hohem Niveau. In den Jahren 2021 und 2022 konnten insgesamt 210 qualifizierte Studierende und Graduierte mit einem DAAD-Stipendium für ein Praktikum in einer internationalen Organisation, einer EU-Institution oder einer ausgewählten Nichtregierungsorganisation gefördert werden. Der Frauenanteil lag bei 70 Prozent.

3.3 Mercator Kolleg für internationale Aufgaben

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Nachwuchsförderprogramm der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator in Kooperation mit dem AA. Rektor des Mercator Kollegs ist der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Botschafter a.D. Dr. Klaus Scharioth. Ziel des Programms ist die Qualifizierung deutschsprachigen Personals für den Führungsnachwuchs in internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sowie die Qualifizierung von international denkenden und handelnden

Nachwuchskräften. Ein hoher Anteil der ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeitet heute bei internationalen Organisationen, NGOs oder deutschen Institutionen in einem internationalen Kontext.

Das Mercator Kolleg fördert jährlich 20 engagierte, deutschsprachige Hochschulabsolventinnen und -absolventen aller Fachrichtungen und junge Berufstätige, die für die dringlichsten globalen Fragen unserer Zeit Lösungen finden und mitentwickeln wollen. Während des 12-monatigen Programms erhalten die Kollegiatinnen und Kollegiaten ein monatliches Stipendium in Höhe von 1.800 Euro und können damit in zwei bis drei selbst gewählten internationalen oder supranationalen Organisationen, in global tätigen NGOs, Think Tanks oder Unternehmen weltweit Arbeitserfahrung sammeln. Eine selbst entworfene praktische Fragestellung bestimmt als Projektvorhaben die Wahl der Arbeitsstationen weltweit. Begleitend findet ein qualifizierendes Seminarprogramm statt. Der 13. Jahrgang 2021/22 setzte sich aus 15 Kollegiatinnen und neun Kollegiaten zusammen, der seit September 2022 gestartete 14. Jahrgang 2022/23 umfasst 16 Kollegiatinnen und acht Kollegiaten.

3.4 Ausgewählte weitere deutsche Nachwuchsförderprogramme

Einige Bundesministerien ermöglichen Absolventinnen und Absolventen der EU- und VN-Auswahlverfahren im Rahmen einer vorübergehenden Beschäftigung wichtige Berufserfahrungen bei der Umsetzung und Koordinierung der EU- bzw. VN-Politik zu sammeln (**Laureatenprogramm**).

Das **EZ-Traineeprogramm** ist ein Nachwuchsförderungsprogramm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, welches die GIZ im Auftrag des BMZ durchführt. Das Programm bietet eine 17-monatige standardisierte Ausbildung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit jeweils drei Praxisstationen an, wobei die jährlich 20 Teilnehmenden Strukturen, Akteure und Funktionsweise der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aus unterschiedlichen Perspektiven kennenlernen. Die EZ-Trainees verfügen nach Programmabschluss über Fach-, Management- und Führungskompetenzen, um Positionen in deutschen und internationalen Organisationen der EZ zu übernehmen. Das Programm trägt mit der bedarfsgerechten Kompetenzentwicklung von Nachwuchskräften zu Fach- und Führungskräften zur erfolgreichen Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung bei.

C Netzwerkinstrumente der internationalen Personalpolitik

1. Virtuelle Konferenzformate

Präsenzveranstaltungen zur Förderung der Vernetzung deutscher Beschäftigte internationaler Organisationen und europäischer Institutionen (u.a. „IO-Mitarbeiterkonferenz“) konnten aufgrund der Covid-19-Pandemie im Berichtszeitraum nicht stattfinden. Mit dem Umstieg auf digitale Plattformen (Barcamp, Speed-Dating, Sozialplattform wonder.me) wurden deutsche IO-Beschäftigte weltweit erreicht und in ein virtuelles Netzwerk eingebunden.

Im Berichtszeitraum standen u.a. Christoph Heusgen, bis Juni 2021 Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen in New York, Björn Böhning, bis Januar 2022 Staatssekretär im BMAS, Beate Andrees, die Leiterin des ILO Büros in New York, Dr. Jana Puglierin, die Leiterin des Berliner Büros des European Council on Foreign Relations (ECFR), Dr. Brigitte Lammers, Fa. Egon Zehnder, und Günter Sautter, Leiter der Abteilung für internationale Ordnung, Vereinte Nationen und Rüstungskontrolle für Diskussionen zur Verfügung. Daneben bot der Koordinator für Internationale Personalpolitik wiederholt Gespräche zu praktischen Fragen der Personalpolitik an.

Mit diesen virtuellen Formaten konnte die Reichweite der Netzwerkaktivitäten auf jeweils bis zu 500 Teilnehmenden erweitert und der CO₂-Fußabdruck gegenüber Präsenzveranstaltungen verringert werden.

2. Treffen hochrangiger Deutscher in internationalen Organisationen

Die zweite Säule der Vernetzungsaktivitäten bildete die jährliche Einladung hochrangiger Deutscher in internationalen Organisationen nach Berlin, die sog. „**Direktorinnen-/Direktorenreise**“. Hierzu werden jeweils 15 bis 20 hochrangige Deutsche, die Leitungs- bzw. Direktorenposten in internationalen Organisationen bekleiden, zu einem zweitägigen hochrangig besetzten Seminarprogramm nach Berlin eingeladen. Das Format trägt seit Jahren aktiv dazu bei, den Inter-Agency-Dialog sowie den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu fördern. Nachdem sie 2021 aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht durchgeführt werden konnte, fand sie 2022 mit zwölf Teilnehmerinnen und vier Teilnehmern wieder in Präsenz statt zum Thema „Deutschlands Einsatz für eine regelbasierte internationale Ordnung in der Zeitenwende“. Die Direktorinnen und Direktoren trafen mit sieben Abgeordneten des Bundestages zusammen und wurden auf Ebene der Staatssekretärinnen und -sekretäre im AA und BMZ und auf Ebene der Abteilungsleiterinnen und -leiter im Bundeskanzleramt wahrgenommen.

3. Weitere Netzwerkaktivitäten

Karrierenetzwerk auf LinkedIn: Im Sommer 2019 hat das Team für internationale Personalpolitik eine geschlossene Gruppe auf LinkedIn eingerichtet, in der zum Stichtag rund 1.500 Beschäftigte aus internationalen Organisationen registriert waren. Die Zielgruppe wird mit aktuellen Posts mit Veranstaltungstipps, Einladungen sowie Neuigkeiten zu Rahmenbedingungen versorgt. Die Gruppenmitglieder können eigene Posts einstellen, auf Vakanzen in ihren Organisationen hinweisen oder sich auch zu Einschätzungen und Erfahrungen austauschen. Das Team der internationalen Personalpolitik ist mit rund 3.600 Kontakten auf LinkedIn vernetzt.

Den elektronischen Newsletter „Eine Karriere in Europa“ versendet das Auswärtige Amt regelmäßig an ca. 20.000 Personen, darunter Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wie Alumni-Netzwerke, politische Stiftungen, DAAD, Stiftung Mercator und andere. Er bietet aktuelle Informationen zu EU-Auswahlverfahren, Vorbereitungsmaßnahmen und sonstige Einstiegsmöglichkeiten für EU-Karrieren (z.B. Praktika, Ausschreibungen für Zeitverträge).

Netzwerktreffen der Ressorts: Zahlreiche Ministerien bieten für Beschäftigte einzelner internationaler Organisationen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich Veranstaltungen zum Meinungs- und Informationsaustausch, häufig im zeitlichen Zusammenhang mit Besuchen der Leitungsebene am jeweiligen Standort der internationalen Organisation. Dort wird über fachpolitische Entwicklungen und die Interessenlage aus Sicht der Bundesregierung informiert.

Netzwerkpflege der Ständigen Vertretungen (StäV) bei den verschiedenen internationalen Organisationen und der Europäischen Union:⁴⁸ Die StäV bei der EU in Brüssel pflegt verschiedene hierarchieübergreifende Netzwerke, auch um jüngere Beschäftigte auf ihrem Karriereweg in den EU-Institutionen zu unterstützen. Die StäV bietet

⁴⁸ Hier handelt es sich um Beispiele; auch an anderen bilateralen Botschaften und Ständigen Vertretungen finden regelmäßig Netzwerkaktivitäten statt.

diesen darüber hinaus individuelle Beratung an, wenn sie nach einigen Jahren Berufserfahrung eine Managementkarriere anstreben. Zur Stärkung des Frauenanteils in Führungspositionen unterstützt die StäV bei der Europäischen Union zudem ein Netzwerk von Frauen in Managementpositionen in den EU-Institutionen. Dieses hat inzwischen ein Mentoringprogramm aufgesetzt. Die Vernetzung von Frauen mit Führungsverantwortung hilft nach dem ersten Einstieg in verantwortliche Positionen auch bei der Bewerbung auf höherwertige Positionen. Die StäV bei den VN in New York nutzt die Reisetätigkeit von Kabinettsmitgliedern und höheren Beamtinnen und Beamten regelmäßig für Treffen in unterschiedlichen Formaten mit deutschen Beschäftigten im VN-System, wie auch bei der Reise des Unterausschusses VN anlässlich der Generalversammlung 2022. Im Interesse der Nachwuchsförderung findet eine enge Betreuung der deutsche JPOs statt, von thematischen Angeboten, z.B. zum besseren Verständnis von VN-Auswahlprozessen über Einzelberatungen bis zur Organisation informeller Netzwerkveranstaltungen für JPOs, ehemalige JPOs aber auch Carlo-Schmid-Stipendiatinnen und -Stipendiaten. Die StäV bei den VN und den anderen internationalen Organisationen in Genf pflegt den Kontakt zu deutschem Personal in den jeweiligen Organisationen in verschiedenen Formaten und nutzt hierfür auch Gelegenheiten, die sich im Rahmen hochrangiger Besuche aus Deutschland ergeben. Weitere Netzwerktreffen wurden auch im Berichtszeitraum von den weiteren Ständigen Vertretungen und bilateralen Auslandsvertretungen an dem jeweiligen Sitz internationaler Organisationen durchgeführt.

Netzwerkaktivitäten des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

Das ZIF fördert die Netzwerkbildung unter den sekundierten Deutschen in Friedensmissionen und Kriseneinsätzen durch verschiedene Ansätze:

- In Friedenseinsätzen mit ZIF-Sekundierten benennt das ZIF zivile Koordinatorinnen und Koordinatoren, führt regelmäßige Kontingenttreffen durch und fördert Personalentwicklung durch thematische Veranstaltungen, Workshops und Qualifizierungsmaßnahmen, teilweise in Kooperation mit polizeilichen und militärischen Partnern.
- Über regionale ZIF-Netzwerke in Deutschland wird die Vernetzung für nicht im Einsatz befindliche Expertinnen und Experten gefördert.

Ein besonderer Fokus wurde im Berichtszeitraum auf die Fürsorge, Kontakt- und Netzwerkpflge unter Bedingungen einer globalen Pandemie gelegt, um einen engen Kontakt innerhalb dieser Gruppe sowie zur Bundesregierung digital sicherzustellen.

D Umsetzung des Personalrahmenkonzeptes der Bundesregierung zur internationalen Personalpolitik

Das Personalrahmenkonzept der Bundesregierung von 2007⁴⁹ mit dem Ziel einer strategischen Entsendepolitik von Bediensteten definiert Mindeststandards in zentralen Fragestellungen der internationalen Personalpolitik und schlägt Maßnahmen zu deren Erreichung vor. Die Ressortrunde Internationale Personalpolitik tauscht sich in regelmäßigen Abständen zur Umsetzung dieses Konzepts aus.

Ein Kernziel dieses Konzepts ist die möglichst strategische Entsendung von Bediensteten in internationale Organisationen und europäische Institutionen, erweitert um das „Spiralmodell“, das einen routinemäßigen Wechsel zwischen Verwendungen im nationalen und internationalen Umfeld vorsieht. Mittelfristig sollen damit die Erfolgsaussichten bei Bewerbungen auf Posten der mittleren und oberen Führungsebene gesteigert werden. Ein probates und erfolgreiches Mittel zur Ermöglichung von Verwendungen z.B. bei der NATO, ist die Zuweisung bzw. Kommandierung von Personal auf Basis eines freiwilligen Beitrags⁵⁰, bei welcher der Organisation Personal zur Dienstleistung kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Diese Entsendungen sollen durch entsprechende Karriereanreize und Karrieresicherungsmaßnahmen für Rückkehrer gefördert werden. Insgesamt betrug die Zahl der Entsendungen aus der Bundesregierung einschließlich nachgeordneter Bereich 1.792 Beschäftigte, davon 263 Frauen (davon Anteil BMVg 1.231 Beschäftigte / 108 Frauen). Erschwert wird eine Umsetzung in größerem Umfang von teilweise stark begrenzten personalwirtschaftlichen Kapazitäten.

1. Positive Umsetzungsbeispiele aus Ministerien

Viele Ministerien nutzen insbesondere aktiv und systematisch Angebote für dienstjüngere Beschäftigte bzw. bauen sie in ihr eigenes Ausbildungs- und Fortbildungsprogramm ein. Dabei handelt es sich meist um kürzere Einsätze (zwei bis elf Monate) bei internationalen Organisationen oder der EU. So bietet zum Beispiel das AA immer wieder EU- oder VN-Stagen während der Attachéausbildung an oder ermöglicht Personalaustauschprogramme, auch mit der neuen EAD-Akademie. BMWK und BMF entsenden Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der sogenannten Außenprobezeit. Viele Ressorts nutzen das Programm „Erasmus for Officials“ und das EU-Programm „Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung“ (NSBW). Aber auch längere Personalentsendungen sind fester Bestandteil internationaler Personalpolitik, im BMZ etwa mit Entsendungsdauern von zwei bis vier Jahren.

Insgesamt liegt bei den meisten Ressorts (noch) ein klarer Schwerpunkt auf den Einsätzen in den EU-Institutionen. Es ist erklärtes Ziel der Bundesregierung, insbesondere das Instrument der Abordnung nationaler Sachverständiger strategisch noch besser zu nutzen. Das BMWK hat dazu einen eigenen Leitfaden für deren Vorbereitung erstellt, der auch anderen Ressorts zur Verfügung gestellt wird. Entsendungen in das VN-Sekretariat sind aufgrund rechtlicher Regelungen kaum möglich. Vermehrt werden aber Möglichkeiten zu Entsendungen in die Fonds, Programme und Sonderorganisationen im VN-System genutzt.

Weiterentwickelt werden die Instrumente bei der personalwirtschaftlichen Begleitung und den Karriereanreizen. Insgesamt gelten Auslandsaufenthalte in der Ministerialadministration inzwischen überwiegend, wenn auch noch in unterschiedlichem Maße, als karrierefördernd. Einsätze in internationalen Organisationen sind größtenteils integraler Bestandteil der Personalentwicklungskonzepte (AA, BMAS, BMBF, BMF, BMI, BMVg, BMWK, BMZ). Dies soll nicht nur auf die Einstiegsphase beschränkt werden, sondern auch Möglichkeiten für spätere Tätigkeiten eröffnen (Ziel: „Spiralmodell“). Ein Einsatz in internationalen Organisationen bzw. der EU geht in die Personalakte der Beschäftigten ein, sofern internationale Beurteilungsbeiträge vorgelegt werden.

Anreiz für eine Verwendung in einer internationalen Organisation kann auch eine darauf aufbauende passende Anschlussverwendung sein, auch um die in den Organisationen erworbenen Kenntnisse von Bediensteten im Anschluss systematisch zu nutzen. Zudem gab es zuletzt diverse Beispiele von Bediensteten verschiedener Ressorts, die während ihres Einsatzes in den internationalen Organisationen befördert wurden oder aber vorübergehend (Beurlaubung) oder auch dauerhaft in eine internationale Organisation wechseln konnten.

Die besonders im Zuge der Covid-19-Pandemie deutlich ausgeweiteten digitalen Möglichkeiten gestatteten eine engere Anbindung während der Entsendung. Das BMZ beispielsweise bezieht zu internationalen Organisationen entsandte Beschäftigte in hausinterne virtuelle Formate ein.

⁴⁹ Personalrahmenkonzept der Bundesregierung zu zentralen Fragen der internationalen Personalpolitik, siehe S. 12, 1. BT-Bericht, BT-Drucksache 16/10963

⁵⁰ „Voluntary National Contribution (VNC)“

Im **AA** ist es bei entsprechender Einstufung und Wertigkeit der Tätigkeit sowie erfolgreichem Auswahlverfahren möglich, die sogenannte Stellvertreterzeit (A15 BBesG) – eine Voraussetzung für künftige Führungspositionen ab A16 – alternativ zur Zentrale in Berlin beim EAD, sonstigen EU-Institutionen oder in internationalen Organisationen abzuleisten. Im EAD sind derzeit sieben AA-Beschäftigte stellvertreterwertig im Einsatz, bei der NATO eine Kollegin. Um Beschäftigte frühzeitig an die Tätigkeit heranzuführen, sind kürzerer Einsätze schon während der Attachézeit möglich, insbesondere im EU-Bereich. Zudem wird regelmäßig das Interesse an einer Verwendung in internationalen Organisationen abgefragt und ein umfangreiches Angebot zur gezielten Vorbereitung auf Auswahlverfahren und Interviews für internationale Organisationen angeboten. Die Beschäftigten nehmen auch während ihrer Abwesenheit weiter an allen Regelbeurteilungsverfahren und Beförderungsverfahren teil. Die erlangten Kenntnisse und Erfahrungen werden nach Möglichkeit durch passende Anschlussverwendungen im In- und Ausland genutzt und vertieft.

Das **BMBF** hat fünf Stellen für den Einsatz als nationale Sachverständige bei der Europäischen Kommission reserviert. Ermöglicht und beworben werden darüber hinaus die Teilnahme an internationalen Kurzprogrammen (unter anderem nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung, Erasmus Public Administration) und der Einsatz in internationalen Einrichtungen, der auch im Rahmen einer Außenverwendung absolviert werden kann. Die Beschäftigten nehmen während ihrer Abwesenheit weiterhin an dem Regelbeurteilungsverfahren und der Beförderungsplanung teil. Häufig ist einem späteren Funktionswechsel (Übertragung einer Referatsleitung) eine erfolgreiche Auslandsverwendung vorausgegangen. Um die Nachfrage nach internationalen Einsätzen mittelfristig weiter zu erhöhen, sieht das Konzept zur Internationalen Verwendung u.a. folgenden Maßnahmen vor:

- Regelmäßige Informationsveranstaltungen mit Erfahrungsaustausch mit Rückkehrenden,
- Aufnahme in eine Interessentengruppe bei ernsthafter Verwendungsabsicht im Ausland, die den Zugang zu fachlich einschlägigen Veranstaltungen, Expertenrunden oder Netzwerktreffen ermöglicht,
- Intranet-Portal „Internationale Personaleinsätze“ mit Informationen zu Auslandsstellen und künftigen Vakanzan,
- Obligatorisches Entsende- bzw. Zielvereinbarungsgespräch vor Entsendung sowie Sicherung des Wissenstransfers nach Rückkehr.

Das **BMEL** ermöglicht und fördert ebenfalls eine Vielzahl von Auslandsverwendungen: Es werden regelmäßig nationale Sachverständige insbesondere an die Europäische Kommission entsandt. Darüber hinaus nehmen Beschäftigte an den Kurzzeiteinsätzen als Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung sowie am „Erasmus Public Administration-Programm“ teil. Bereits bei der Einstellung wird den Beschäftigten das Konzept für internationale Verwendungen erläutert. Es werden Informationsveranstaltungen (einschließlich Erfahrungsaustausch mit den Rückkehrerinnen und Rückkehrern) angeboten, Abfragen und Übersichten für Auslandsverwendungen mit Informationen über die Dienstposten werden durchgeführt und deren Nachbesetzungen werden zeitnah im Intranet publiziert. Die Auslandstätigkeiten werden im Beurteilungssystem berücksichtigt und Beschäftigte in Beförderungsverfahren mit einbezogen.

Im **BMF** ist die Förderung von internationalen Einsätzen der Beschäftigten fest verankert. Verwendungen erfolgen z.B. als nationale Sachverständige bei der Europäische Kommission oder im Wege von Entsendungen und Beurlaubungen zu internationalen Organisationen. Die dort gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen werden bei Rückkehr der Beschäftigten durch eine gezielte Einsatzplanung nach Möglichkeit weiter verfestigt und abgerufen. Im Berichtszeitraum wurden die Anstrengungen intensiviert, qualifiziertes Personal in internationalen Einrichtungen zu platzieren. So ist es etwa schon zu einem sehr frühen Stadium der Beschäftigung im BMF möglich, eine mehrjährige Auslandsverwendung anzutreten. Außerdem wurde ein „Interessenpool für Auslandsverwendungen“ erstellt, um gezielt Beschäftigte für internationale Verwendungen zu identifizieren.

Das **BMG** fördert die internationale Verwendungsbreite der Beschäftigten. Dazu gehört insbesondere die Verwendung in internationalen Organisationen und Einrichtungen. Regelmäßig werden daher Dienstposten bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel oder Stellen der Europäischen Kommission für nationale Sachverständige ausgeschrieben und besetzt. Ferner werden Ausschreibungen für Einsätze bei der WHO und der UN bekanntgemacht. Neben den längerfristigen Verwendungen bietet das BMG den Beschäftigten die Teilnahme an internationalen Weiterentwicklungsprogrammen an. Es besteht beispielsweise die Möglichkeit, an dem Kurzpraktikums-Programm „Erasmus for Officials“ der EU oder dem EU-Programm „nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung“ teilzunehmen. Über die aktuellen Angebote informiert das BMG die Beschäftigten regelmäßig intern und bietet Interessierten individuelle Beratung an.

Im Personalentwicklungskonzept des **BMI** ist die Erweiterung der europäischen und internationalen Handlungskompetenz als Handlungsfeld der individuellen Personalentwicklung definiert. Das BMI und sein Geschäftsbereich entsendet regelmäßig nationale Sachverständige in Institutionen und Projekte der EU sowie Verbindungspersonen in Partnerministerien/-behörden. Daneben wird die Teilnahme am „Erasmus Public Administration-Programm“ sowie an Programmen und Kurzeinsätzen als Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung unterstützt. Alle im Ausland eingesetzten Personen werden im BMI sowohl in das Beurteilungssystem als auch in das Beförderungsverfahren einbezogen. Eine Anschlussverwendung mit internationalem oder EU-Bezug wird angestrebt. Relevante Stellenausschreibungen sowie Informationsmaterial zu Auslandstätigkeiten werden intern bekanntgegeben, regelmäßige Informationsveranstaltungen geben Einblicke in die Auslandseinsätze.

Das **BMJ** hat im Berichtszeitraum seine Personalentsendungen weiter ausgebaut: Es werden regelmäßig nationale Sachverständige an die Europäische Kommission entsandt. Daneben fördert das BMJ den Einsatz als (stellvertretendes) deutsches nationales Mitglied und als nationaler Sachverständiger bei EUROJUST sowie als Delegierter Europäischer Staatsanwalt bei EUStA. Beschäftigte erhalten zudem die Möglichkeit einer Auslandsverwendung bei den verschiedenen Ständigen Vertretungen. Beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte besteht seit einigen Jahren die Möglichkeit, Richterinnen oder Richter bzw. Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte aus der nationalen Gerichtsbarkeit in die Kanzlei des Gerichtshofs zu entsenden. Dies wird auch derzeit erfolgreich praktiziert. Zum Stichtag des Berichts befindet sich ein Staatsanwalt aus Bayern beim EGMR, dessen Stelle durch das BMJ finanziert wird. Dem EPG, an dessen Konzeptionierung und Aufbau das BMJ maßgeblich beteiligt war, ist Personal des BMJ und seines Geschäftsbereichs u.a. in die strategischen Bereiche Präsidium und Kanzlei zugewiesen worden. Ausschreibungen von internationalen Organisationen oder der Europäischen Kommission mit fachlichem Bezug zu den Aufgaben des BMJ werden stets intern veröffentlicht.

Im **BMVg** wird einmal jährlich das sogenannte NATO-Praktikum durchgeführt. Pro Jahr wird dabei bis zu zwölf jüngeren Angehörigen des höheren und gehobenen Dienstes der Bundeswehrverwaltung die Möglichkeit eröffnet, sich im Rahmen von dreimonatigen Arbeitsaufenthalten als nationale Expertinnen und Experten, etwa beim Internationalen Stab der NATO in Brüssel, NATO-Agenturen oder auch im Bereich der EU, auf die Übernahme von Aufgaben in diesen Organisationen vorzubereiten. Als freiwilligen Personalbeitrag oder nationale Sachverständige werden sie in die Aufgaben und Arbeitsweisen der Organisationen eingewiesen. Dies kann bei späteren Bewerbungen bei internationalen Organisationen einen ausschlaggebenden Vorteil darstellen. Die bestehende Personalentwicklungskonzeption im Geschäftsbereich des BVMg sieht zudem eine Verkürzung der für eine Förderung in die Besoldungsgruppe A16 BBesG erforderlichen ministeriellen Verwendung auf ein Jahr vor. Voraussetzung ist, dass eine internationale Verwendung von mindestens vier Jahren ausgeübt wurde.

Das **BMWK** fördert den internationalen Einsatz von Beschäftigten und hat Auslandsaufenthalte in das Personalentwicklungskonzept integriert. Dienstjüngere Beschäftigte bis Besoldungsgruppe A14 können während der einjährigen „Außenprobezeit“ grundlegende Kenntnisse der internationalen Arbeit erwerben. Es wird darauf geachtet, dass das Angebot nicht nur dem höheren, sondern auch dem gehobenen Dienst zur Verfügung steht, für den eine neue Außenprobezeitstelle geschaffen wurde. Zudem sollen dienstältere Beschäftigte gezielt für eine zeitlich befristete mehrjährige internationale Aufgabe gewonnen werden. Neben der Tätigkeit an Auslandsvertretungen ist auch die Entsendung an internationale Organisationen oder europäische Institutionen mit einer einhergehenden Beurlaubung möglich. BMWK fördert zudem den Einsatz von nationalen Sachverständigen bei der EU. Internationale Stellenangebote werden regelmäßig intern veröffentlicht. Auf Grundlage des hauseigenen IO-Konzeptes können sich Beschäftigte mit Führungserfahrung und Interesse an einer internationalen Tätigkeit in einen internen Kandidatenpool eintragen lassen. Das BMWK prüft kontinuierlich, wie das Angebot an Auslandsformaten für Beschäftigte erweitert werden kann, etwa durch internationale Beamtenaustausche.

Das **BMZ** misst Personalentsendungen zu internationalen Organisationen, Entwicklungsbanken und der EU besondere Bedeutung zu. Mit der gestiegenen politischen Relevanz einer starken europäischen und multilateralen Entwicklungspolitik wurde die strategische Gestaltung der internationalen Personalpolitik weiter intensiviert, beispielsweise durch Personalentsendungen an Organisationen, in denen das BMZ finanziell und strategisch besonders engagiert ist. Hierzu gehören bei UNDP Entsendungen in die Themenbereiche Klima oder Flucht und Migration, bei IOM in den Bereich Partnerships, bei WFP zur Stärkung der Entwicklungs- und Resilienzdimension des WFP im Sahel oder bei der EU-Kommission etwa Entsendungen in die Themenbereiche Team Europe Initiativen, Globale Partnerschaften und internationale Finanzinstitutionen, Migration oder Budgetfinanzierung (in Vorbereitung) und beim EAD in den Bereich Finanzinstrumente und internationale Zusammenarbeit. In Umsetzung des Personalrahmenkonzeptes werden dabei Stellen für Einsätze in internationalen Organisationen und EU Institutionen reserviert, im Berichtszeitraum konnten so bis zu 13 Personen entsendet werden. Für die Beschäf-

tigten ist die Übernahme eines derartigen Postens, ebenso wie andere Auslandseinsätze, ein struktureller Bestandteil der BMZ-Personalentwicklung. Während der Entsendung, aber besonders nach Rückkehr in das BMZ werden die erworbenen Kenntnisse und Netzwerke gezielt in Wert gesetzt, etwa bei Anschlussverwendungen. Besondere Erfahrungen werden in verschiedenen internen Formaten ins Haus kommuniziert. Flankierend zu den eigenen Personalentsendungen und Personalaustauschen des BMZ werden BMZ-finanzierte Entsendungen zu internationalen Organisationen, Entwicklungsbanken und zur EU über Durchführungsorganisationen der staatlichen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (GIZ, KfW) genutzt, um in entwicklungspolitisch wichtigen Themenbereichen Akzente zu setzen. Im Berichtszeitraum wurden über dieses Instrument beispielsweise in den folgenden Prozessen entwicklungspolitische Themen mit deutschen Expertinnen und Experten flankiert: G7-Präsidentschaft des Vereinigten Königreichs, EU-Ratspräsidentschaften Sloweniens und Tschechiens, G20-Präsidentschaft Indonesiens. Ferner wurden im entwicklungspolitischen Kontext bei der EU-Kommission die Themen Klimaschutz, erneuerbare Energiequellen, soziale Sicherung, nachhaltige Ernährungssicherung, Digitalisierung, Privatwirtschaftsförderung, nachhaltige Finanzpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie vereinzelt auch regionale Schwerpunkte durch Personalentsendungen gezielt unterstützt.

2. Entsandte Beschäftigte (Bundes- und Landesbehörden) in internationalen und EU Organisationen

Die nachstehenden Tabellen listen die im Berichtszeitraum entsandten Beschäftigten der Bundesressorts und der Bundesländer, einschließlich entsandter Bediensteter aus den Polizeibehörden des Bundes und der Länder. Gezählt wurden Tätigkeiten von einer Dauer von mindestens zwölf Monaten. Kürzere Einsätze finden ebenfalls statt, sind in der Übersicht aber nicht erfasst.⁵¹

| Entsendungen von Beschäftigten der <u>Bundesressorts</u> (inkl. nachgeordneter Bereich) 2021-2022 | AA | BMAS | BMBF | BMEL | BMF | BMFSFJ | BMG | BMI | BMJ | BMUV | BMDV | BMVg | BMWK | BMZ | Gesamt |
|---|-------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-------------------|-----------------|------------------|--------------------|------------------|-----------------|------------------|----------------------|-------------------|-------------------|----------------------|
| GESAMT (davon Frauen) | 53 (17) | 6 (1) | 5 (3) | 3 (1) | 60 (25) | 2 (2) | 10 (8) | 280 (42) | 18 (9) | 6 (3) | 18 (2) | 1231 (108) | 37 (21) | 62 (21) | 1792 (263) |
| ACER | | | | | | | | | | | | | 2 | | 2 |
| ADB (u. CAREC) | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 | 2 |
| AfDB | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 |
| CDB | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 |
| CEB | | | | | 1 | | | | | | | | | | 1 |
| CEPT | | | | | | | | | | | | | 1 | | 1 |
| Donaukommission | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 |
| EAD | 34 | | | | 2 | | | 1 | | | | 1 | | 6 | 44 |
| EASA | | | | | | | | | | | 2 | 1 | | | 3 |
| EUAA (ehem. EASO) | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |

⁵¹ Die Zahlen umfassen in den meisten Fällen auch Beschäftigte, die zeitlich befristet für die Tätigkeit an einer IO oder einer europäischen Institution beurlaubt wurden. Entsendungen bzw. Abordnungen an deutsche Auslandsvertretungen und die deutschen Ständigen Vertretungen bei der EU, NATO, VN u.a. werden hier nicht erfasst.

| Entsendungen von Beschäftigten der Bundesressorts (inkl. nachgeordneter Bereich) 2021-2022 | AA | BMAS | BMBF | BMEL | BMF | BMFSFJ | BMG | BMI | BMJ | BMUV | BMDV | BMVg | BMWK | BMZ | Gesamt |
|--|----|------|------|------|-----|--------|-----|-----|-----|------|------|------|------|-----|--------|
| EBA | | | | | 1 | | | | | | | | | | 1 |
| EBRD | | | | | 2 | | | | | | | | | | 2 |
| ECDC | | | | | | | 1 | | | | | | | | 1 |
| ECHA | | | | | | | | | | 1 | | | | | 1 |
| ECO | | | | | | | | | | | | | 1 | | 1 |
| EDA | | | | | | | | | | | | 10 | | | 10 |
| EDSB | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| EDQM | | | | | | | 1 | | | | | | | | 1 |
| EEA | | | | | | | | | | 1 | | | | | 1 |
| EGMR | | | | | | | | | 1 | | | | | | 1 |
| EHJ | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| EIB | 1 | | | | | | | 2 | | | | | | 3 | 6 |
| EIGE | | | | | | 1 | | | | | | | | | 1 |
| EIOPA | | | | | 1 | | | | | | | | | | 1 |
| ENISA | | | | | | | | 2 | | | | | | | 2 |
| EMA | | | | | | | 3 | | | | | | | | 3 |
| EMSA | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 |
| EPA/EPO | | | | | 1 | | | | 3 | | | | | | 4 |

| Entsendungen von Beschäftigten der Bundesressorts (inkl. nachgeordneter Bereich) 2021-2022 | AA | BMAS | BMBF | BMEL | BMF | BMFSFJ | BMG | BMI | BMJ | BMUV | BMDV | BMVg | BMWK | BMZ | Gesamt |
|---|-----------|-------------|-------------|-------------|------------|---------------|------------|------------|------------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------|---------------|
| EPG | | | | | | | | | 1 | | | | | | 1 |
| ERA | | | | | | | | | | | 2 | | | | 2 |
| ESA | | | | | | | | 1 | 1 | | | 2 | 1 | | 5 |
| ESDC | | | | | | | | | | | | 1 | | | 1 |
| ESMA | | | | | | | | | | | | 1 | | | 1 |
| EUBAM Rafah | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| EUAM Ukraine | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| EUAM Irak | | | | | | | | 3 | | | | | | | 3 |
| EUBAM Moldau/Ukraine | | | | | | | | 3 | | | | | | | 3 |
| EUCAP Sahel Niger | | | | | | | | 1 | | | | | | 1 | 2 |
| EUCAP Somalia | | | | | | | | 2 | | | | | | | 2 |
| EuGH | | | | | 1 | | | | | | | | 1 | | 2 |
| EUIPO | | | | | | | | | 2 | | | | | | 2 |
| Europäische Kommission | 1 | 5 | 3 | 3 | 14 | 1 | 3 | 33 | 4 | 1 | | 6 | 22 | 16 | 112 |
| EUMETSAT | | | | | | | | | | | 4 | | | | 4 |
| EUMS & MPCC | | | | | | | | | | | | 32 | | | 32 |
| EULEX Kosovo | | | | | | | | | | | | | | | - |
| EUMM Georgien | | | | | 1 | | | 2 | | | | | | | 3 |

| Entsendungen von Beschäftigten der <u>Bundesressorts</u> (inkl. nachgeordneter Bereich) 2021-2022 | AA | BMAS | BMBF | BMEL | BMF | BMFSFJ | BMG | BMI | BMJ | BMUV | BMDV | BMVg | BMWK | BMZ | Gesamt |
|---|----|------|------|------|-----|--------|-----|-----|-----|------|------|------|------|-----|--------|
| EUPOL COPPS Palästina | | | | | | | | | | | | | | | - |
| EUREKA | | | 1 | | | | | | | | | | | | 1 |
| EUROCONTROL | | | | | | | | | | | | 6 | | | 6 |
| EUROJUST | | | | | | | | | 2 | | | | | | 2 |
| Europäisches Parlament | | | | | | | | 1 | | | | 1 | 1 | | 3 |
| EUR – Europarat | 1 | | | | 2 | | | | | | 1 | | | | 4 |
| EUROPOL | | | | | 4 | | | 19 | | | | | | | 23 |
| EURSC | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| EUROSTAT | | | | | | | | | | | | | | | - |
| EUStA | | | | | | | | 1 | 2 | | | | | | 3 |
| EZB | | | | | 3 | | | | | | | | 2 | | 5 |
| FAO | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 |
| Frontex | | | | | | | | 163 | | | | | | | 163 |
| GS des Rates der EU | | | | | 1 | | | 1 | | | | | | | 2 |
| IADB (OMI) | | | | | | | | | | | | | | 2 | 2 |
| IAEO | | | | | | | | | | 1 | | | | | 1 |
| ICAO | | | | | | | | | | | 2 | | | | 2 |
| ICARDA | | | | | | | | | | 1 | | | | | 1 |

| Entsendungen von Beschäftigten der <u>Bundesressorts</u> (inkl. nachgeordneter Bereich) 2021-2022 | AA | BMAS | BMBF | BMEL | BMF | BMFSFJ | BMG | BMI | BMJ | BMUV | BMDV | BMVg | BMWK | BMZ | Gesamt |
|---|----|------|------|------|-----|--------|-----|-----|-----|------|------|------|------|-----|--------|
| ICMPD | | | | | | | | 2 | | | | | | | 2 |
| IFAD | | | | | | | | | | | | | | | - |
| IHO | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 |
| ILL | | | 1 | | | | | | | | | | | | 1 |
| ILO | | 1 | | | | | | | | | | | | 1 | 2 |
| IMO | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| INTERPOL | | | | | 3 | | | 21 | | | | | | | 24 |
| IOM | 1 | | | | | | | | | | | | | 1 | 2 |
| IOTA | | | | | | | | | | | | | | | - |
| IRENA | | | | | | | | | | | | | | | - |
| ICC | | | | | | | | | 1 | | | | | | 1 |
| IMF | | | | | 8 | | | | | | | | | | 8 |
| MCCE | | | | | | | | | | | | 2 | | | 2 |
| MINUSMA | 1 | | | | | | | 3 | | | | | | | 4 |
| MONUSCO | | | | | | | | | | | | | | | - |
| NATO International Staffs | 4 | | | | | | | | | | | 12 | | | 16 |
| NATO International Military Staff | | | | | | | | | | | | 47 | | | 47 |
| NATO Command Structure | | | | | | | | 9 | | | | 814 | | | 823 |

| Entsendungen von Beschäftigten der <u>Bundesressorts</u> (inkl. nachgeordneter Bereich) 2021-2022 | AA | BMAS | BMBF | BMEL | BMF | BMFSFJ | BMG | BMI | BMJ | BMUV | BMDV | BMVg | BMWK | BMZ | Gesamt |
|---|----|------|------|------|-----|--------|-----|-----|-----|------|------|------|------|-----|--------|
| NAGSMOIL | | | | | | | | | | | | | | | - |
| NAHEMA | | | | | | | | | | | | 25 | | | 25 |
| NAMEADSMA | | | | | | | | | | | | 2 | | | 2 |
| NAPMA u. NCIA | | | | | | | | | | | | 26 | | | 26 |
| NETMA | | | | | | | | | | | | 129 | | | 129 |
| NSPA | | | | | | | | | | | | 14 | | | 14 |
| OCCAR | | | | | | | | | | | | 90 | 1 | | 91 |
| OECD | 2 | | | | 2 | | | | | | | | 3 | 1 | 8 |
| OLAF | | | | | | | | | | | | | | | - |
| OSZE (plus Missionen) | 2 | | | | | | | | | | | | | | 2 |
| OTIF | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 |
| OVCW | | | | | | | | | | | | 1 | | | 1 |
| SE – Scola Europea | | | | | | | | | | | | | | | - |
| SRB | | | | | 2 | | | | | | | | | | 2 |
| UNITAMS | | | | | | | | | | | | | | | - |
| UNCTAD | | | | | | | | | | | | | | | - |
| UNDP | | | | | | | | | | | | | | 4 | 4 |
| UNFCCC | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 |

| Entsendungen von Beschäftigten der <u>Bundesressorts</u> (inkl. nachgeordneter Bereich) 2021-2022 | AA | BMAS | BMBF | BMEL | BMF | BMFSFJ | BMG | BMI | BMJ | BMUV | BMDV | BMVg | BMWK | BMZ | Gesamt |
|--|-----------|-------------|-------------|-------------|------------|---------------|------------|------------|------------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------|---------------|
| UNMIK | | | | | | | | | | | | | | | - |
| UNICEF | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 |
| UNIDO | | | | | | | | | | | | | | 4 | 4 |
| UNITAR | | | | | | | | | | | | | 1 | | 1 |
| UNOPS | | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 |
| UN OSES | 1 | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| UNSOM | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| VN-Sekretariat | 4 | | | | | | | 2 | 1 | | | 8 | 1 | | 16 |
| WBG | 1 | | | | 5 | | | | | | | | | 14 | 20 |
| WFP | | | | | | | | | | | | | | 2 | 2 |
| WHO | | | | | | | 2 | | | | | | | 1 | 3 |
| WIPO | | | | | | | | | | | | | | | - |
| WMO | | | | | | | | | | | 2 | | | | 2 |
| WTO | | | | | 6 | | | | | | | | | | 6 |
| WZO | | | | | | | | | | | | | | | - |
| ZKR | | | | | | | | | | | 1 | | | | 1 |

| Entsendungen von Beschäftigten der Bundesländer (inkl. nachgeordneter Bereich) ⁵² im Berichtszeitraum 2021-2022: | BW | BY | BE | BB | HB | HH | HE | MV | NI | NW | RP | SL | SN | ST | SH | TH | Gesamtzahlen |
|---|-------------------|-------------------|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|------------------|-----------------|------------------|-------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|--------------------|
| GESAMT (davon Frauen) | 60 (25) | 37 (13) | 19 (7) | 6 (3) | 2 (0) | 3 (2) | 26 (5) | 1 (0) | 22 (9) | 69 (27) | 5 (2) | 2 (1) | 7 (1) | 2 (0) | 7 (0) | 3 (0) | 271 (95) |
| ACA | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| BES | | | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| CEPOL | | | | | | | | | 1 | | | | | | | | 1 |
| CERN | 10 | | | | | | | | | 1 | | | 2 | | | | 13 |
| EAD/EEAS | | 1 | | | | | | | 1 | 3 | | | | | | | 5 |
| EGMR | 2 | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 3 |
| EIB | | | | | | | 2 | | | 1 | | | | | | | 3 |
| EPA | | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| EPN | | | | | | | | | 1 | | | | | | | | 1 |
| EUAM Irak | | | | | | | 1 | | | | | | | | | | 1 |
| EUAM Ukraine | 1 | | | | | | 1 | | 1 | 3 | | | | | | | 6 |
| EUCAP Sahel Niger | 2 | | 1 | | | | 1 | | | 2 | 1 | | | | | | 7 |
| EUCAP Somalia | 2 | | | | 1 | | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | | | | | | 8 |
| EuG(H) | 1 | | | | | | | | | 5 | | | | | | | 7 |
| EU-KOM | 15 | 10 | 1 | | | | 3 | | 1 | 13 | 1 | 1 | 2 | | 1 | | 48 |
| EULEX Kosovo | 2 | 6 | | 2 | 1 | | 1 | | | 2 | | | | | 2 | | 16 |
| EU LISA | | | | | | | 1 | | 1 | | | | | | | | 2 |
| EUMM Georgien | 6 | | 2 | 3 | | 1 | 6 | | 3 | 8 | 2 | 1 | 3 | 1 | 2 | 3 | 41 |
| EUPOL COPPS | 1 | | | | | | 1 | | 1 | 3 | | | | | | | 6 |
| EUROJUST | 1 | 2 | 1 | | | | | | | 4 | | | | | | | 8 |
| EU Parlament | 1 | | | | | | | | | 2 | | | | | | | 3 |
| EUROPOL | 2 | 4 | 8 | 1 | | | 4 | | 3 | | | | | | | | 22 |
| Europarat | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| EUStA | 1 | 2 | 2 | | | 1 | 1 | | 1 | 1 | | | | | | | 9 |

⁵² erhoben unter Mitwirkung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Internationale Polizeieinsätze“ (AG IPM)

| Entsendungen von Beschäftigten der Bundesländer (inkl. nachgeordneter Bereich) ⁵² im Berichtszeitraum 2021-2022: | BW | BY | BE | BB | HB | HH | HE | MV | NI | NW | RP | SL | SN | ST | SH | TH | Gesamtzahlen |
|---|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|--------------|
| EZB | | | | | | | 1 | | | | | | | | | | 1 |
| GS Benelux-Union | | | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| IAEO | | 1 | | | | | | | 1 | | | | | | | | 2 |
| ICC einschl. Sondertribunale | 2 | 1 | 1 | | | | | | | | | | | | | | 4 |
| ICJ | | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| INTERPOL | | 2 | | | | | | | 1 | | | | | | | | 3 |
| IRMCT | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| MINUSMA (Mali) | 1 | 1 | | | | 1 | 1 | | 3 | 7 | | | | 1 | | | 15 |
| NATO HQ | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| OECD | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| OLAF | | | 2 | | | | | | | | | | | | | | 2 |
| UNAMID | | | | | | | 1 | | | | | | | | | | 1 |
| UNFPA | | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| UNITAMS | 2 | | | | | | | | 2 | 6 | | | | | | | 10 |
| UNMIK | 2 | | | | | | | | | 1 | | | | | 1 | | 4 |
| UNSOM | | | | | | | | | | 2 | | | | | 1 | | 3 |
| UPC | 1 | | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| VN-Sekretariat | | | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| WADA | | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| WFP | | 1 | | | | | | | | | | | | | | | 1 |
| WHO | | 1 | | | | | | | | 1 | | | | | | | 2 |

E Anhang

| Entsendungen/Sekundierungen durch das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) im Berichtszeitraum 2021-2022:⁵³ | Gesamtzahl | davon Frauen |
|--|-------------------|---------------------|
| | 306 | 133 |
| EU | 138 | 54 |
| EUAM Ukraine | 21 | 5 |
| EULEX Kosovo | 9 | 4 |
| EUMM Georgien | 17 | 8 |
| EUAM Irak | 8 | 4 |
| EUCAP Sahel Mali | 8 | 4 |
| Regionale Beratungs- und Koordinierungszelle (RACC) | 1 | - |
| EUCAP Somalia | 8 | 3 |
| EUCAP Sahel Niger | 9 | 4 |
| EUPOL COPPS | 9 | 4 |
| EUBAM Libyen | 7 | 2 |
| EUAM RCA | 3 | - |
| EU NAVFOR MED IRINI | 2 | 1 |
| EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA | 2 | - |
| Kosovo Specialist Chambers & Specialist Prosecutor's Office | 3 | - |
| EAD (inkl. ESDC) | 17 | 9 |
| EU Delegation Republik Moldau | 1 | - |
| EU Delegation Tschad | 1 | - |
| EU Delegation Demokratische Republik Kongo | 1 | 1 |
| EUSB für den Südkaukasus und die Krise in Georgien | 3 | 1 |
| EUSB in Bosnien und Herzegowina | 1 | - |
| EUSB im Kosovo | 1 | 1 |
| EUSB für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und andere regionale Fragen im Westbalkan | 1 | 1 |
| EUSB für Zentralasien | 2 | 1 |
| EUSB für die Sahelzone | 2 | - |
| EUSB für das Horn von Afrika | 1 | 1 |

⁵³ Personen, die den Einsatz gewechselt haben, werden in beiden bzw. in drei Einsätzen gezählt. Karrierewege innerhalb eines Einsatzes werden nicht abgebildet.

| Entsendungen/Sekundierungen durch das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) im Berichtszeitraum 2021-2022:⁵³ | Gesamtzahl | davon Frauen |
|--|-------------------|---------------------|
| | 306 | 133 |
| OSZE | 98 | 46 |
| OSZE Sonderbeobachtungsmision Ukraine | 50 | 24 |
| OSZE Mission im Kosovo | 4 | - |
| OSZE Programmbüro in Duschanbe | 3 | 1 |
| OSZE Mission Serbien | 2 | 1 |
| OSZE Präsenz in Albanien | 1 | 1 |
| OSZE Projektkoordinator in Ukraine (bis 10/2022) | 1 | 1 |
| OSZE Mission Skopje | 2 | - |
| OSZE Projektkoordinator in Usbekistan | 1 | - |
| OSZE Programmbüro in Astana | 1 | - |
| OSZE Mission Montenegro | 1 | - |
| OSZE Mission Moldau | 2 | 1 |
| OSZE Sekretariat, ab 11/2022 inkl. OSZE Unterstützungsprogramm für die Ukraine | 23 | 10 |
| OSZE Parlamentarische Versammlung | 1 | - |
| OSZE Hochkommissar für Minderheiten | 1 | 1 |
| OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) | 3 | 3 |
| OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit | 2 | 2 |
| | | |
| VN | 41 | 19 |
| MINUSMA | 2 | 1 |
| UNITAD | 2 | 1 |
| UNMISS | 4 | 4 |
| Sondergericht für die Zentralafrikanische Republik | 2 | - |
| UN-Sekretariat | 2 | 1 |
| UN Resident Coordinator Kenia | 1 | - |
| UNDP Sudan | 4 | 2 |
| UNDP Afghanistan | 1 | 1 |
| OCHA Sudan | 1 | - |
| OCHA Nepal | 1 | - |
| OCHA Äthiopien | 2 | 1 |
| OCHA Sri Lanka | 1 | - |
| OCHA Irak | 1 | - |

| Entsendungen/Sekundierungen durch das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) im Berichtszeitraum 2021-2022:⁵³ | Gesamtzahl | davon Frauen |
|--|-------------------|---------------------|
| | 306 | 133 |
| OCHA Ukraine | 1 | - |
| OCHA Haiti | 2 | - |
| OCHA Somalia | 1 | - |
| OCHA Zentralafrikanische Republik | 1 | - |
| OCHA Nigeria | 1 | - |
| WFP Italien | 1 | 1 |
| WFP Philippinen | 1 | - |
| WFP Sudan | 1 | - |
| WFP Madagaskar | 1 | 1 |
| WFP Nigeria | 1 | 1 |
| WFP Palästinensische Gebiete | 1 | 1 |
| WFP Thailand | 1 | 1 |
| WHO Kenia | 1 | 1 |
| WHO Senegal | 1 | 1 |
| WHO Somalia | 1 | 1 |
| UNHCR Polen | 1 | - |
| NATO | | |
| | 8 | 2 |
| Defence Institution Building School (Georgien) | 1 | - |
| NATO Hauptquartier | 5 | 2 |
| Allied Land Command (LANDCOM) | 1 | - |
| NATO Mission Irak | 1 | - |
| Europarat | | |
| | 7 | 5 |
| Europarat Büro in Belgrad | 1 | - |
| Europarat Hauptquartier | 4 | 3 |
| Europarat Büro in Jerewan | 1 | 1 |
| Entwicklungsbank des Europarates | 1 | 1 |
| Organisation Amerikanischer Staaten | | |
| | 7 | 4 |
| MAPP | 7 | 4 |

| Entsendungen/Sekundierungen durch das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) im Berichtszeitraum 2021-2022: ⁵³ | Gesamtzahl | davon Frauen |
|---|------------|--------------|
| | 306 | 133 |
| Ausländische Regierungen | 6 | 3 |
| Polnischer OSZE-Vorsitz | 2 | 1 |
| Albanischer OSZE-Vorsitz | 1 | - |
| Schwedischer OSZE-Vorsitz | 1 | 1 |
| Büro der Vize-Premierministerin der Republik Nordmazedonien | 1 | 1 |
| Amt für Europaangelegenheiten der Republik Nordmazedonien | 1 | - |
| Andere Einsätze | 1 | - |
| Büro des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina | 1 | - |
| <i>Anmerkung: Die Zahlen umfassen das sekundierte Personal in den Einsätzen im Berichtszeitraum 2021-2022. 44 Personen (davon 15 Frauen) haben während des Berichtszeitraums den Einsatz gewechselt und werden in beiden bzw. drei Einsätzen gezählt. Karrierewege innerhalb eines Einsatzes werden nicht abgebildet.</i> | | |

Übersicht: Hochrangige Deutsche in einigen internationalen Organisationen und EU-Institutionen⁵⁴

| Organisation | Name | Titel | Vorname | Position |
|--|-----------------|--------|-----------|---|
| Ausschuss für einheitliche Abwicklung für Finanzinstitute in der EU (SRB) | König | Dr. | Elke | Vorsitzende (bis 11/2022) |
| Abkommen zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen (EURO-BATS) | Streit | | Andreas | Exekutivsekretär |
| Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) | Schuknecht | Dr. | Ludger | Vizepräsident |
| Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) | Siebel | Dr. | Jürgen | Exekutivdirektor |
| Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte | Salazar-Volkman | | Christian | Direktor für Feldoperationen und technische Kooperation |
| Büro des Hohen Repräsentanten (OHR) | Schmidt | | Christian | Hoher Repräsentant |
| Deutsch-Französisches Forschungsinstitut St. Louis (ISL) | Meinl | Oberst | Martin | Direktor |
| Einheitliches Patentgericht (EPG) | Grabinski | Dr. | Klaus | Präsident |

⁵⁴ nur jeweils die obersten zwei Ebenen einer Organisation wurden berücksichtigt

| Organisation | Name | Titel | Vorname | Position |
|--|---------------|-------|-----------|---------------------------------------|
| | Jacobi | | Axel | Vizekanzler |
| Entwicklungsbank des Europarats (CEB) | Böhmer | | Johannes | Vize Gouverneur |
| Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) | Steiner | | Achim | Administrator (=Leiter) |
| Ermittlungsgruppe der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Anstrengungen, die Organisation Islamischer Staat im Irak und der Levante/Daesh für ihre Straftaten zur Rechenschaft zu ziehen (UNITAD) | Ritscher | | Christian | Leiter |
| Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (OBS) | Nikoltchev | Dr. | Susanne | Geschäftsführende Direktorin |
| Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) | Rigterink | | Jürgen | Erster Vizepräsident |
| Europäisches Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln (EDQM) | Dörr | Dr. | Petra | Leiterin |
| Europäische Investitionsbank (EIB) | Hoyer | Dr. | Werner | Präsident |
| Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT) | Kern | Dr. | Martin | Direktor |
| Europäische Kommission | von der Leyen | Dr. | Ursula | Präsidentin |
| Europäische Kommission | Fink-Hooijer | Dr. | Florika | Generaldirektorin Umwelt |
| Europäische Kommission | Kraff | Dr. | Manfred | Generaldirektor Interner Audit-Dienst |
| Europäische Kommission | Weyand | Dr. | Sabine | Generaldirektorin Handel |
| Europäische Kommission | Jorna | | Kerstin | Generaldirektorin Binnenmarkt |
| Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union | Westphal | | Thomas | Generaldirektor Wirtschaft & Finanzen |
| Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO) | Kaufer | Dr. | Andreas | Direktor für Betrieb |
| Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO) | Burger | Dr. | Claudia | Direktorin Verwaltung |

| Organisation | Name | Titel | Vorname | Position |
|---|-------------|-----------------------|----------------|--|
| Europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) | Bank | Dr. | Cristian | Direktor Programmentwicklung |
| Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) | Mnich | Prof. Dr. | Joachim | Direktor für Forschung und Datenverarbeitung |
| Europäische Synchrotronstrahlungsanlage (ESRF) | Reichert | Prof. Dr. | Harald | Direktor für physikalische Forschung |
| Europäische Weltraumorganisation (ESA) | Densing | Dr. | Rolf | Direktor für Missionsbetrieb und Leiter des Raumfahrtkontrollzentrums (ESOC), Darmstadt |
| Europäische Weltraumorganisation (ESA) | Hasinger | Prof. Dr. | Günther | Direktor für Wissenschaft und Leiter des Europäischen Weltraumastronomiezentrum (ESAC), Madrid |
| Europäischer Gerichtshof (EuGH) | von Danwitz | Prof. Dr. Dr. h.c. | Thomas | Richter |
| Europäischer Gerichtshof (EuGH) | Kokott | Prof. Dr. | Juliane | Generalanwältin |
| Europäischer Militärstab | Albl | Generalmajor | Werner | Stellv. Direktor und Stabschef des Militärischen Planungs- und Durchführungsstabes (MPCC) |
| Europäischer Militärstab | Denk | Brigadegeneral | André Erich | Direktor Logistik (bis 12/2022) |
| Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL Heidelberg) | Hentze | Prof. Dr. Dr. h.c. | Matthias | Direktor (Advisor for Director General, Fundraising, Alumni) |
| Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL Heidelberg) | Bork | Prof. Dr. | Peer | Direktor, Leiter EMBL Standort Hamburg |
| Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL Hamburg) | Wilmanns | Prof. Dr. Dr. h.c. | Matthias | Leiter EMBL Hamburg |
| Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL-EBI Hinxton) | Apweiler | Dr. | Rolf | Co-Leiter EMBL EBI Hinxton |
| Europäisches Parlament | Welle | | Klaus | Generalsekretär (bis 31.12.2022) |
| Europäisches Patentamt (EPO) | Ernst | Dr. | Christoph | Vizepräsident Generaldirektion Recht/Internationale Angelegenheiten |
| Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESDC) | Osterrieder | | Holger | Leiter |

| Organisation | Name | Titel | Vorname | Position |
|--|--------------|-----------|-----------|--|
| Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) | Pappenberger | Dr. | Florian | Direktor Vorhersage |
| Europäisches Zentrum zur Krankheitsvorbeugung und Kontrolle | Ammon | Dr. | Andrea | Direktorin |
| EU-Beratungsmission im Irak (EUAM Iraq) | Buik | Lt.PD | Christoph | Leiter (bis 05/2022) |
| EU-Mission zum Kapazitätenaufbau in Niger (EUCAP Sahel Niger) | Pittelkau | LtdPD*in | Antje | Leiterin |
| Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) | Stegling | | Christine | Stellv. Geschäftsführerin |
| Helsinki-Kommission (HELCOM) | Stempel | | Rüdiger | Generalsekretär |
| Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) | Bartsch | | Dominik | Länderbüroleiter Amman |
| Institut Max von Laue – Paul Langevin (ILL) | Meyer | Prof. | Alexander | Direktor |
| Internationale Arbeitsorganisation (ILO) | Koller | | Heinz | Regionaldirektor Europa und Zentralasien |
| Internationale Hydrographische Organisation (IHO) | Jonas | Dr. | Mathias | Generalsekretär |
| Internationale Kommission für den öffentlichen Dienst des VN-Sekretariats (ICSC) | Pawlik | | Regina | Exekutivsekretärin |
| Internationaler Fond für Landwirtschaftsentwicklung (IFAD) | Ziller | | Dominik | Vizepräsident (bis 02/2023) |
| Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol) | Stock | Prof. Dr. | Jürgen | Generalsekretär |
| Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) | Breuer | Dr. | Joachim | Präsident |
| Internationale Seeschiffahrts-Organisation (IMO) | Deggim | Dr. | Heike | Direktorin der Schiffssicherheitsabteilung |
| Internationaler Gerichtshof (ICJ) | Nolte | Prof. Dr. | Georg | Richter |
| Internationaler Strafgerichtshof (ICC) | Schmitt | Prof. Dr. | Bertram | Richter |
| Internationale Tropenholzorganisation | Breulmann | Dr. | Gerhard | Direktor Operations |
| Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) | Krosiak | | Daniela | Stellv. Missionsleiterin |

| Organisation | Name | Titel | Vorname | Position |
|--|-------------|-----------------------|----------------|--|
| Institut der Vereinten Nationen zur Abrüstungsforschung (UNIDIR) | Geiss | Prof. Dr. | Robin | Direktor |
| Residualmechanismus für Internationale Strafgerichte (IRMCT) | Hoefer | | Claudia | Richterin |
| Kosovo-Sondergericht | Ambos | Prof. Dr. Dr. h.c. | Kai | Richter |
| Kosovo-Sondergericht | Barthe | Dr. | Christoph | Richter |
| Kosovo-Sondergericht | Laker | Dr. | Thomas | Richter |
| NATO Advisory and Liaison Team (NALT) | Hoppe | Brigade-general | Joachim | Direktor |
| NATO Internationaler Stab | Cadenbach | | Bettina | Beigeordnete Generalsekretärin für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik |
| NATO Internationaler Stab | See | Generalmajor | Jörg | Stellv. Beigeordneter Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteleitung |
| NATO Internationaler Stab | Brötz | Generalmajor | Jürgen | Beigeordneter Generalsekretär für Nachrichtenwesen |
| NATO Administrative Tribunal | Laker | Dr. | Thomas | Richter |
| NATO Internationaler Militärstab | Häussler | Generalmajor | Ulf | Direktor für Operationen und Planung |
| NATO-Agentur für Entwicklung, Produktion und logistische Betreuung der Waffensysteme EF 2000 und Tornado (NETMA) | Dr. Koch | | Uwe | Stellv. Generaldirektor |
| NATO Unterstützung und Beschaffungsagentur für AWACS (NAPMA) | Gschossmann | Brig. Gen. | Michael | Generaldirektor |
| Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) | Müller | Dr. | Gerd | Generaldirektor |
| Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) | Beger | | Gunther | Abteilungsleiter und einer der stellv. Generaldirektoren |
| Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) | Schmid | | Helga Maria | Generalsekretärin |

| Organisation | Name | Titel | Vorname | Position |
|--|---------------------|-----------|-----------|--|
| VN-Unterstützungsmission in Afghanistan (UNAMA) | Potzel | | Markus | Stellv. Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen |
| VN-Mission zur Unterstützung des Übergangs im Sudan (UNITAMS) | Perthes | Prof. Dr. | Volker | Sonderbeauftragter des VN Generalsekretärs und Missionsleiter |
| VN-Unterstützungsmission im Irak (UNAMI) | Vojackova-Sollorano | | Irena | Stellv. Sonderbeauftragter des VN Generalsekretärs / Beauftragte für humanitäre Hilfe (bis 09/2022) |
| VN-Unterstützungsmission in Mali (MINUSMA) | Kroslak | | Daniela | Stellv. Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs |
| VN-Sekretariat | Kania | | Beatrix | Direktorin Protokoll |
| Weltbank (WB) | D'Angelo | Dr. | Anke | Vizepräsidentin |
| Weltbank (WB) | Schäfer | Dr. | Hartwig | Vizepräsident (bis 06/2022) |
| Weltbank (WB) | Vögele | Dr. | Jürgen | Vizepräsident |
| Welternährungsprogramm (WFP) | Klamert | | Ute | Beigeordnete Exekutivdirektorin |
| Weltgesundheitsorganisation (WHO) | Böhme | Dr. | Catherina | Kabinettschefin / Beigeordnete Generaldirektorin |
| Weltorganisation für Meteorologie (WMO) | Adrian | Prof. Dr. | Gerhard | Präsident |
| Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung (UNSCEAR) | Friedl | Dr. | Anna | Stellv. Vorsitzende |
| Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) | Küpper | | Wolfgang | Generalsekretär |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|---|
| AA | Auswärtiges Amt |
| ACA | Atrocity Crimes Advisory Group |
| ACER | Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden |
| ADB | Asiatische Entwicklungsbank |
| ADG | Beigeordneter Generaldirektor (Assistant Director General, entspricht B6) |
| AEUV | Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union |
| AfDB | Afrikanische Entwicklungsbank |
| AG IPM | Arbeitsgruppe Internationale Polizeieinsätze |
| AIIB | Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank |
| AMDC | Air and Missile Defence Committee |
| ATAF | African Tax Administration Forum |
| ASG | Beigeordneter Generalsekretär (Assistant Secretary General, entspricht ca. B9) |
| AWACS | Airborne Warning and Control System (Luftgestütztes Luftraumüberwachungs- und Einsatzführungssystem der NATO) |
| AWACS | Airborne Warning and Control System (Luftgestütztes Luftraumüberwachungs- und Einsatzführungssystem der NATO) |
| BES | Euregionales Kooperationsbüro für Strafjustiz |
| BFIO | Büro Führungskräfte zu internationalen Organisationen |
| BKA | Bundeskriminalamt |
| BMAS | Bundesministerium für Arbeit und Soziales |
| BMBF | Bundesministerium für Bildung und Forschung |
| BMEL | Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft |
| BMF | Bundesministerium der Finanzen |
| BMFSFJ | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend |
| BMG | Bundesministerium für Gesundheit |
| BMI | Bundesministerium des Innern und für Heimat |
| BMJ | Bundesministerium der Justiz |

| | |
|----------|---|
| BMUV | Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz |
| BMVg | Bundesministerium der Verteidigung |
| BMDV | Bundesministerium für Digitales und Verkehr |
| BMWK | Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz |
| BMZ | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| CAREC | Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ländern der zentralasiatischen Region |
| CDB | Karibische Entwicklungsbank |
| CEB | Entwicklungsbank des Europarats |
| CEDEFOP | Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung |
| CEPOL | Agentur der EU für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung |
| CEPT | Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation |
| CERN | Europäische Organisation für Kernforschung |
| COR | Europäischer Ausschuss der Regionen |
| COVAX | Covid-19 Vaccines Global Access Initiative |
| CSP | Carlo-Schmid-Programm |
| DAAD | Deutscher Akademischer Austauschdienst |
| DASG | Stellv. Beigeordneter Generalsekretär (Deputy Assistant Secretary General, entspricht etwa B7) |
| DDG | Stellvertretender Generaldirektor |
| EAD/EEAS | Europäischer Auswärtiger Dienst |
| EASA | Europäische Agentur für Flugsicherheit |
| EBA | Europäische Bankenaufsichtsbehörde |
| EBD | Europäische Bewegung Deutschlands |
| EBRD | Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung |
| ECDC | Europäisches Zentrum zur Krankheitsvorbeugung und -kontrolle |
| ECHA | Europäische Chemikalienagentur |
| ECO | Europäisches Kommunikationsbüro |

| | |
|------------------|--|
| ECOSOC | Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen |
| EDA | Europäische Verteidigungsagentur |
| EDQM | Europäisches Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln |
| EDSB | Europäischer Datenschutzbeauftragter |
| EEA | Europäische Umweltagentur |
| EFTA-Gerichtshof | Europäische Freihandelsassoziation |
| efP | Beistandsinitiative der NATO im Baltikum und Polen |
| EGMR | Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte |
| EHI | Association of the European Heating Industry |
| EIB | Europäische Investitionsbank |
| EIGE | Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen |
| EIOPA | Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung |
| EMA | Europäische Arzneimittelagentur |
| EMBL | Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie |
| END/SNE | Abgeordnete nationale Sachverständige („experts nationaux détachés“ bzw. „seconded national experts“) (EU-Kommission und EU-Agenturen) |
| EPA/EPO | Europäisches Patentamt/Europäische Patentorganisation |
| EPG | Europäische Politische Gemeinschaft |
| EPN | European Patrols Network |
| ERA | Europäische Eisenbahnagentur |
| ERCEA | Exekutivagentur des europäischen Forschungsrats |
| ERH | Europäischer Rechnungshof |
| ESA | Europäische Weltraumorganisation |
| ESDC | Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg |
| ESFS | Europäisches Finanzaufsichtssystem |
| ESMA | Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde |
| ESRB | Europäischer Ausschuss für Systemrisiken |
| EU | Europäische Union |
| EUAA | Asylagentur der Europäischen Union |
| EUAM Irak | Zivile Beratungsmission der EU im Irak |

| | |
|--------------------------------------|---|
| EUAM Ukraine | Zivile Beratungsmission der EU in der Ukraine |
| EUBAM Moldau/Ukraine | Zivile Grenzunterstützungsmission der EU für Moldau und die Ukraine |
| EUBAM Rafah | Zivile Grenzunterstützungsmission der EU für den palästinensisch-ägyptischen Grenzübergang Rafah |
| EUAM RCA | Zivile Beratungsmission der EU in der Zentralafrikanischen Republik |
| EUCAP Sahel Mali | Zivile Mission der EU für den Kapazitätsaufbau in Mali |
| EUCAP Sahel Niger | Zivile Mission der EU für den Kapazitätsaufbau in Niger |
| EUCAP Somalia | Zivile Mission der EU für den Kapazitätsaufbau in Somalia |
| EuGH | Gerichtshof der Europäischen Union |
| EUIPO | Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum |
| EU-KOM | Europäische Kommission |
| EULEX Kosovo | Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo |
| EU LISA | Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts |
| EUMETSAT | Europäische Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten |
| EUMM Georgien | Zivile Beobachtungsmission der EU in Georgien |
| EUMS | Militärstab der Europäischen Union |
| EU NAVFOR MED IRINI | Militärische Operation der Länder der EU, um das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen durchzusetzen |
| EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA | Multinationale Mission der EU zum Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, der freien Seefahrt und zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias am Horn von Afrika im Golf von Aden |
| EUPOL COPPS | Polizeimission der Europäischen Union in den palästinensischen Gebieten |
| EuRH | Europäischer Rechnungshof |
| EuR | Europarat |
| EUREKA | Europäische Forschungsinitiative für anwendungsorientierte Forschung |

| | |
|-------------------------|---|
| EUROCONTROL | Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt |
| EUROFOUND | Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen |
| EUROfusion PMU Garching | Konsortium bestehend aus Fusionsforschungseinrichtungen in Ländern der EU und der Schweiz |
| EUROfusion JET England | Zentrale Forschungseinrichtung des Europäischen Fusionsprogramms |
| EUROJUST | Justizbehörde der Europäischen Union |
| EUROPOL | Europäisches Polizeiamt |
| EUROSTAT | Statistisches Amt der EU |
| EURSC | Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen |
| EUSa | Europäische Staatsanwaltschaft |
| EUSB | Sonderbeauftragte / Sonderbeauftragter der EU |
| EZB | Europäische Zentralbank |
| EZMW | Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage |
| F4E | Fusion for Energy |
| FAO | Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN |
| FBI | Zentrale Sicherheitsbehörde der Vereinigten Staaten |
| FRONTEX | Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache |
| GD | Generaldirektor |
| GIZ | Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit |
| GPP | Government Provided Personnel – Entsendemodalität an VN-Missionen |
| GSVP | Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (EU) |
| GTP | German Trainee Programme |
| HKNM | Hochkommissar für Nationale Minderheiten (OSZE) |
| IADB | Inter-American Development Bank |
| IAEA/IAEO | Internationale Atomenergie-Organisation |
| IBRD | Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung |
| ICAO | Internationale Zivilluftfahrtorganisation |

| | |
|------------|--|
| ICARDA | International Center for Agricultural Research in the Dry Areas |
| ICC | Internationaler Strafgerichtshof |
| ICMPD | International Centre for Migration Policy Development |
| IDB | Inter-Amerikanische Entwicklungsbank |
| IFAD | Internationaler Fonds für ländliche Entwicklung |
| IFC | Internationale Finanz- Corporation |
| ICJ | Internationaler Gerichtshof |
| IHO | International Hydrographic Organization |
| ILL | Institut Lernen und Leben |
| ILO | Internationale Arbeitsorganisation |
| IMF | International Monetary Fund |
| IMS (NATO) | Internationaler Militärstab der NATO |
| IMO | Internationale Seeschiffahrts-Organisation |
| INTERPOL | Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation |
| IO | Internationale Organisation |
| IOM | Internationale Organisation für Migration |
| IOTA | Innereuropäische Organisation der Steuerverwaltungen |
| IRENA | International Renewable Energy Agency |
| IRMCT | (vorher MICT) Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe |
| IS (NATO) | Internationaler Stab der NATO |
| ISGH | Internationaler Seegerichtshof |
| ICC | Internationaler Strafgerichtshof |
| IMF | Internationaler Währungsfonds |
| JPO | Junior Professional Officer |
| LANDCOM | Allied Land Command |
| MACCIH | UN-Sonderkommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras |
| MAPP | Peace Support Mission of the Organization of American States (OAS) |
| MIGA | Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur |
| MINUJUSTH | Mission der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Justiz in Haiti |

| | |
|---------------|--|
| MINUSMA | Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali |
| MONUSCO | Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Republik Kongo |
| MPCC | The Military Planning and Conduct Capability |
| NAGSMA | NATO Alliance Ground Surveillance Management Agency |
| NAGSMOIL | NATO Alliance Ground Surveillance Management Organisation |
| NAHEMA | NATO Helicopter Management Agency |
| NAMEADSMA | NATO Medium Extended Air Defense System Management Agency |
| NAPMA | NATO Airborne Early Warning & Control Programme Management Agency |
| NATO | Organisation des Nordatlantikvertrages (North Atlantic Treaty Organization) |
| NCIA | NATO Communications and Information Agency |
| NETMA | NATO Eurofighter and Tornado Development, Production & Logistics Management Agency |
| NGOs | Non Governmental Organizations / Nichtregierungsorganisationen |
| NQ | Non-Quota (NATO) |
| NSBW-Programm | Programm nationaler Sachverständiger in beruflicher Weiterbildung |
| NSPA | NATO Support and Procurement Agency |
| OCCAR | Organisation for Joint Armament Cooperation |
| ODIHR | Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE |
| OECD | Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
| OHCHR | Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte |
| OLAF | European Anti-Fraud Office |
| OSZE | Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| OTIF | Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr |
| OVCW | Organisation für das Verbot chemischer Waffen |
| RACC | Regionale Beratungs- und Koordinierungszelle |
| RFoM | Beauftragte für Medienfreiheit (OSZE) |

| | |
|--------|--|
| SACEUR | Supreme Allied Commander Europe (NATO) |
| SAB | Wissenschaftlicher Beirat der Vereinten Nationen |
| SE | (Scola Europea) Societas Europaea |
| SMM | Sonderbeobachtungsmission der OSZE in der Ukraine |
| SRB | Single Resolution Board – Ausschuss für einheitliche Abwicklung (EU) |
| SRM | Einheitlicher Abwicklungsmechanismus |
| UIL | Institut für Lebenslanges Lernen |
| UNAMA | Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan |
| UNAMI | Unterstützungsmission der Vereinten Nationen im Irak |
| UNAMID | United Nations – African Union Hybrid Operation in Darfur |
| UNAIDS | Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids |
| UNCTAD | Konferenz der Vereinten Nationen für Handel- und Entwicklung |
| UNDG | Nachhaltige Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen |
| UNDP | Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen |
| UNECE | Wirtschaftskommission für Europa |
| UNEP | Umweltprogramm der Vereinten Nationen |
| UNESCO | Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur |
| UNFCCC | Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen |
| UNFPA | Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen |
| UNHCR | Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge |
| UNICEF | Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen |
| UNIDIR | Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung |
| UNIDO | Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung |
| UNIFIL | VN-Beobachtermission im Libanon |
| UNMIK | Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo |

| | |
|---------|---|
| UNMISS | United Nations Mission in South Sudan |
| UNMHA | VN-Mission zur Unterstützung des Abkommens zu Hodeidah, Jemen |
| UNITAD | Ermittlungsgruppe der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Anstrengungen, die Organisation Islamischer Staat im Irak und der Levante/Daesh für ihre Straftaten zur Rechenschaft zu ziehen |
| UNITAR | Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen |
| UNITAMS | Integrierte Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Übergang in Sudan |
| UN-OCHA | VN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten |
| UNRWA | Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten |
| UNODC | Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung |
| UN OSES | Büro des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Syrien |
| UNSMIL | Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen |
| UNSOM | Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia |
| UNV | Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen |
| UPC | Unified Patent Court |
| USG | Under Secretary General (VN) – stellvertretender Generalsekretär (entspricht ca. B9) |
| VDBIO | Verband deutscher Bediensteter bei Internationalen Organisationen |
| VN | Vereinte Nationen |
| WADA | World Anti-Doping Agency |
| WB | Weltbank |
| WBG | Weltbankgruppe |
| WFP | Welternährungsprogramm |
| WHO | Weltgesundheitsorganisation |
| WIPO | Weltorganisation für geistiges Eigentum |
| WMO | Weltorganisation für Meteorologie |
| WTO | Welthandelsorganisation |
| WZO | Zionistische Weltorganisation |

| | |
|-----|---|
| YPP | Young Professionals Programme |
| ZKR | Zentralkommission für die Rheinschifffahrt |
| ZIF | Zentrum für Internationale Friedenseinsätze |

